

ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

**Der Wettbewerbspakt -
eine Bestandsaufnahme**

Alexandra Strickner

**»Wirklich tüchtige und
würdige Genossinnen«**

Gabriella Hauch

**Der Februar 1934 im Spiegel
der Akten der Bundespolizeidirektion**

Florian Weninger

**Mexiko: Dank Freihandel
ein gescheiterter Staat**

Boris Ginner und Alexander Strobl



UNSERE STADT!

JÜDISCHES MUSEUM WIEN

EDITORIAL

Die Abwicklung der Hypo Alpe Adria wird, so viel steht fest, eine teure Angelegenheit. Dass die Regierung angesichts der Kärntner Landeshaftungen in einer schwierigen Situation war und ist, leuchtet ein. Verwunderlich erscheinen dennoch drei Aspekte: Zum einen erstaunt die Gelassenheit, mit der ein Anstieg der Staatsschuldenquote um vier bis sechs Prozentpunkte kommuniziert wird. Seit Jahren wird die Notwendigkeit der Budgetkonsolidierung trotz stagnierender Wirtschaft und massiv steigender Arbeitslosigkeit mit dem Vertrauen der Finanzmärkte begründet, das bei weiter steigender Verschuldung in die Brüche zu gehen drohe. Geht es um die Liquidierung einer mittelgroßen Landesbank, ist von den üblichen Cassandra-Rufen wegen der Staatsschuldenquote nichts zu hören. Gerade wegen der Sorge um die Staatsfinanzen überrascht auch der pflegliche Umgang mit Österreichs Finanzsektor. Dessen Beteiligung an den Kosten der Abwicklung wurde offenbar als Opting-Out-Option zur Bankenabgabe verstanden, eine verpflichtende Beteiligung steht offenbar nicht im Raum. Was zur dritten und spannendsten Frage führt: Die Umstände der Notverstaatlichung selbst. Die Frage, wer davon profitiert hat und wer daher auch an den Kosten dieser Operation zu beteiligen wäre, ist nicht nur eine Frage der politischen Verantwortlichkeit. Es ist vor allem auch eine Frage, der in einem wirtschaftlich fortgesetzt instabilen Umfeld praktische Bedeutung zukommen kann. Es ist aber auch eine Frage, anhand derer man Überlegungen und vor allem Handlungen zur Neustrukturierung des Finanzsektors zügig vorantreiben sollte.

Die Entwicklungen im Zusammenhang mit der **Krisenpolitik** in Europa sind Thema des einleitenden Beitrags von **ATTAC-Obfrau Alexandra Strickner**: Der umstrittene »**Wettbewerbspakt**« wurde beim Europäischen Rat im Dezember 2013 verschoben. Das sei ein wichtiger Teilerfolg im Kampf gegen die verheerende EU-Krisenpolitik, eine dringend erforderliche politische Kehrtwende stehe aber nach wie vor aus.

Den **80. Jahrestag der Februarereignisse** hat **Florian Wenninger** genutzt, um anhand der **Akten der Bundespo-**

lizeidirektion Wien eine Auswahl an dokumentierten Vorfällen zu präsentieren, die einen Einblick in die konkrete persönliche Dimension der Ereignisse gewähren.

Die Bearbeitung des **125. Jahrestages des Hainfelder Einigungsparteitages** setzt sich auch in diesem Heft fort: Gabriella Hauch skizziert die Entwicklung der frühen **sozialdemokratischen Frauenbewegung**.

Josef Falkinger hingegen beschäftigt sich eingehend mit der Frage, welche **politischen und wirtschaftlichen Mechanismen** zu den fortgesetzten **Stimmverlusten** der Sozialdemokratie führen und zeigt einige Beispiele auf, die **Anknüpfungspunkte für eine offensivere und erfolgversprechendere Alternativen** bieten würden.

Ganz ähnliches unternehmen **Boris Ginner** und **Alexander Strobl** für die Entwicklung Mexikos unter neoliberaler Hegemonie. Sie zeigen auf, welche verheerenden ökonomischen und sozialen Folgen die Umgestaltung dieses Landes in den letzten Jahrzehnten hatte.

Welche **Auswirkungen** haben **Mindestlöhne auf den Arbeitsmarkt?** **Günther Grunert** setzt sich in seinem Beitrag mit empirischen Befunden und neoklassischen Mythen dazu ausführlich auseinander.

Nach den **Büchertipps** geht **Ludwig Dvořák** abschließend der Frage nach, wie weit das medial konstatierte geschichtspolitische Einlenken der ÖVP in Sachen **12. Februar tatsächlich** reicht.

Wir wünschen gute Unterhaltung beim Lesen und Schauen!

Inhalt



Fahrrad »Halbrennmaschine« Opel Victoria Blitz aus dem Besitz von Theodor Herzl Adam Opel, Rüsselsheim, 1893–1896, JMW, Inv. Nr. 16838, Dauerleihgabe Literaturmuseum Altaussee, Foto: David Peters

- 6 Der Wettbewerbspakt - eine Bestandsaufnahme**
VON ALEXANDRA STRICKNER
- 10 Der Februar 1934 im Spiegel der Akten der Bundespolizeidirektion**
VON FLORIAN WENNINGER
- 16 »Wirklich tüchtige und würdige Genossinnen«**
VON GABRIELLA HAUCH
- 20 Zur programmatischen Krise der Sozialdemokratie**
VON JOSEF FALKINGER
- 28 Mexiko: Dank Freihandel ein gescheiterter Staat**
VON BORIS GINNER UND ALEXANDER STROBL
- 36 Eine Million Jobverluste in Deutschland?**
VON GÜNTER GRUNERT
- 48 Buchtipps**
Sachliches & Belletristisches
- 50 Eine geschichtspolitische Wende?**
SCHLUSSWORT VON LUDWIG DVOŘÁK

Der Wettbewerbspakt – eine Bestandsaufnahme

Beim Europäischen Rat im Dezember 2013 gab es keinen Beschluss über den Pakt für »Wettbewerbsfähigkeit und Konvergenz«. Die Plattform »Europa geht anders«, die seit Anfang 2013 gegen den Wettbewerbspakt in Österreich aktiv ist, hat einen Beitrag zur neuerlichen Verschiebung der Entscheidung geleistet. Dieser kleine Erfolg darf aber nicht darüber hinweg täuschen, dass eine substantielle Kehrtwende in der EU-Krisenpolitik noch aussteht, analysiert Alexandra Strickner.

Nach der Umsetzung des Fiskalpaktes – also der Einführung der Schuldenbremsen in den EU-Mitgliedsländern – wurde auf EU-Ebene das nächste Projekt auf die Tagesordnung gesetzt: der Wettbewerbspakt. Laut der Analyse der Herrschenden, ist der Grund für die gegenwärtige Krise in Europa, nicht nur in zu hohen Sozialausgaben zu suchen, sondern auch in der mangelnden Wettbewerbsfähigkeit der EU-Mitgliedsländer. Zu hohe Löhne, zu unflexible Arbeitsmärkte, zu hohe Kosten für Sozialabgaben, zu hohe Umweltauflagen – das und noch mehr seien Gründe dafür, dass in Europa hergestellte Güter und Dienstleistungen am globalen Markt zu teuer sind und daher zu wenig Absatzmärkte finden.

Ginge es daher nach Angela Merkel mitsamt den neoliberalen Entscheidungsträgern und der EU-Kommission, hätten beim Europäischen Rat Mitte Dezember 2013 Beschlüsse gefasst werden sollen, nach denen sich alle Mitgliedsstaaten in bindenden »Verträgen für Wettbewerbsfähigkeit« zu »Strukturreformen« verpflichten. Damit sind beispielsweise Lohn- und Pensionskürzungen, längere Arbeitszeiten, Privatisierungen, Kürzungen im Bildungswesen und Gesundheitssystem gemeint. Diese Strukturreformen sollen unabhängig vom Vorhandensein von Budgetdefiziten umgesetzt werden, also auch wenn das nationale Budget ausgeglichen ist. Bislang gab es auch die Idee, die Umsetzung dieses Projekts mit Zuckerbrot und Peitsche sicherzustellen. So ist ein Vorschlag, für eine zeitgerechte Umsetzung der »Strukturreformen« den Mitgliedsländern finanzielle Förderungen zu gewähren und im Falle der Nichtumsetzung durch Parlamente, mit Verwarungen und letztlich Sanktionen in Form von Geldbußen zu drohen.

Aus der Sicht der Plattform »Europa geht anders« ist der Wettbewerbspakt nichts anderes als die Umsetzung der Troi-

kapolitik in allen Euro- bzw. EU-Mitgliedsstaaten. Die Auswirkungen dieser Politik, die bereits in Griechenland, Spanien oder Portugal umgesetzt wird, ist katastrophal: Sie führt zu Massenarbeitslosigkeit, Verarmung und Verelendung, Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen mit der Konsequenz, dass Menschen mit geringem oder keinem Einkommen der Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen wie medizinische Versorgung verwehrt bleibt und steigenden Staatsschulden. Mit dieser Politik wird die Krise nicht gelöst, sondern verschärft.

WO STEHT DAS PROJEKT WETTBEWERBSPAKT GEGENWÄRTIG?

Beim Europäischen Rat im Dezember 2013 gab es letztlich keinen Beschluss über diesen Pakt für »Wettbewerbsfähigkeit und Konvergenz«. Zu groß waren die Differenzen zwischen den Mitgliedsstaaten. So gab es eine Gruppe von Regierungschefs u.a. aus den Niederlanden, Finnland und Schweden, die das Projekt inhaltlich befürworten, jedoch dafür keine finanziellen Mittel bereitstellen wollen. Eine weitere Gruppe rund um Luxemburg und Belgien lehnt den Pakt ab, da sie keine weitere Einmischung der Europäischen Kommission in sozialpolitische Belange wollen.

Die Position Österreichs bewegt sich zwischen diesen beiden Polen. Österreich will ebenfalls keine finanziellen Mittel für das »Zuckerbrot« bereitstellen und beharrt auch auf dem Prinzip der »Freiwilligkeit«. Mitgliedsländer sollen selber entscheiden können, ob sie einen Wettbewerbspakt unterschreiben wollen oder nicht. Darüber hinaus gibt es noch jene Gruppe von Ländern, die die geforderten Strukturreformen bereits aktiv umsetzen und vorantreiben – wie z.B. Spanien oder Frankreich. Deshalb sind aus deren Sicht weitere vertragliche Verpflichtungen nicht notwendig. Diese Differenzen führten zu einer Vertagung des Vorhabens beim Europäischen Rat im

Dezember 2013 auf Oktober 2014 – also nach den Wahlen zum Europäischen Parlament und der Einrichtung einer neuen Europäischen Kommission.

VERSCHIEBUNG DER ENTSCHEIDUNG – EIN ERFOLG DER ZIVILGESELLSCHAFT?

Die Plattform »Europa geht anders«, die seit Anfang 2013 gegen den Wettbewerbspakt in Österreich aktiv ist, hat durchaus einen Beitrag zur neuerlichen Verschiebung der Entscheidung geleistet. Denn – im Gegensatz zum Fiskalpakt – der seitens der Regierungschefs im Dezember 2012 ohne vorab Diskussion auf EU-Ebene beschlossen wurde, gelang es rund um das Projekt »Wettbewerbspakt« eine solche zu befördern. Die Beschäftigung mit und die Diskussion über dieses Vorhaben unter anderem innerhalb der Gewerkschaften, der Arbeiterkammer, innerhalb zivilgesellschaftlicher Organisationen aber auch innerhalb der SPÖ und der Grünen führten dazu, dass die politisch Verantwortlichen – allen voran Bundeskanzler Faymann – sich vor der Diskussion und einer möglichen Entscheidung im Europäischen Rat mit diesem Thema auseinandersetzen mussten. Die vorsichtige Positionierung Faymanns zu diesem Vorhaben beim Europäischen Rat im Dezember 2013 ist durchaus der Arbeit dieser Plattform geschuldet.

Dieser kleine Erfolg darf uns aber nicht darüber hinweg täuschen, dass es bislang noch zu keiner substantiellen Kehrtwende in der EU-Krisenpolitik gekommen ist. Trotz der ständig steigenden Arbeitslosenzahlen in der EU – bereits mehr als 27 Millionen Menschen sind ohne Arbeit – wird an der bisherigen Politik festgehalten. Der Widerstand gegen Politikmaßnahmen führt bisher in erster Linie zu strategischen und taktischen Manövern seitens der Herrschenden, um den vorhandenen Widerstand zu umgehen oder zu schwächen, und gleichzeitig wo möglich die Umsetzung der Krisenpolitik weiter voranzutreiben. Die Bruchlinien verlaufen dabei gar nicht so sehr zwischen der Europäischen Kommission, Angela Merkel und dem Rest der EU-Staatschefs. So zeigt ein Blick nach Frankreich, dass gegenwärtig der sozialistische Präsident Hollande Strukturreformen umsetzt, wie z. B. Pensionsreformen oder die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Auch die Ankündigung des Handelskommissars Karel de Gucht, eine öffentliche Konsultation über das Thema Klagerechte für Investoren im Rahmen des EU-US-Handelsabkommens durchzuführen, ist in erster Linie ein Ablenkungsmanöver, um den öffentlichen Druck kurz vor den Wahlen zum EU Parlament zu verringern.

Dennoch sind diese kleinen Erfolge – gemeinsam mit den vielen kleinen Erfolgen anderer Menschen und Organisationen, die ebenfalls Nein zu diesem Europa sagen und für ein anderes Europa kämpfen – wichtig. Sie zeigen, dass sich Widerstand lohnt und dass es Sinn macht, an möglichst vielen Stellen Sand ins Getriebe zu streuen. An allen Ecken und Enden beginnen Menschen sich gegen die aktuelle EU-Krisenpolitik zu wehren. Noch nie gab es so viele Proteste in so vielen Ländern Europas. Und noch nie gab es so viele Versuche, europaweite Protestkoordinationen aufzubauen und zunehmend gemeinsam zu agieren. Auch die Plattform »Europa geht anders« hat das von Beginn an gemacht. Die erste Pressekonferenz Mitte Mai 2013 fand parallel in Wien, Berlin und Paris statt und erregte v.a. in den deutschsprachigen Zeitungen einiges an medialer Aufmerksamkeit.

Mit der Personen-Plattform »Europa geht anders« ist ein neuer Akteur entstanden, der in seiner Zusammensetzung und Arbeitsweise neue Möglichkeiten eröffnet. Der Widerstand gegen den Wettbewerbspakt ist dabei erst der Anfang der gemeinsamen Arbeit für eine Kehrtwende hin zu einem demokratischen, sozialen und ökologischen Europa der Vielen! 🍷

ALEXANDRA STRICKNER

ist Ökonomin, Obfrau von Attac
und Mitbegründerin der Plattform »Europa geht anders«.

Unsere Stadt! ★ JÜDISCHES WIEN BIS HEUTE



Theodor Herzls Fahrrad „Opel Victoria Blitz“ hergestellt bei Opel Rüsselsheim, 1893-1896 - Leihgabe Literaturmuseum Altaussee - Foto David Peters

Die neue permanente Ausstellung.
Ab 19. November 2013



**Jüdisches
Museum
Wien**

ein museum der **wien**holding

WIEN KULTUR  **bm:uk** Bundesministerium für
Unterricht, Kunst und Kultur
in Partnerschaft mit
Raiffeisen  **UNIQA**  **Baillod** 
Capital Management
Für die Unterstützung danken wir: **NATIONALFONDS**  **Sotbey's**
Mediapartner von: **KURIER**  **derStandard.at** 

Dorotheergasse 11, Wien 1 · So – Fr 10 – 18 Uhr · www.jmw.at

UNSERE STADT!

JÜDISCHES MUSEUM WIEN

Das Jüdische Museum Wien zeigt seit 19. November 2013 die neue permanente Ausstellung »Unsere Stadt! Jüdisches Wien bis heute«. 25 Jahre nach seiner (Wieder-)Gründung und 20 Jahre nach seinem Einzug in das Palais Eskeles setzt das Jüdische Museum Wien damit neue Standards. Die neue permanente Ausstellung führt von der Gegenwart in die Vergangenheit und bietet einen umfassenden Überblick zur Wiener jüdischen Geschichte.

Jüdisches Wien ab 1945

Im Erdgeschoß beginnt »Unsere Stadt« mit dem Jahr 1945 und führt bis in die Wiener jüdische Gegenwart. Sie berichtet von der fast gänzlich vernichteten jüdischen Gemeinde, die sich gegen den Widerstand der österreichischen Nachkriegspolitik im Laufe der Jahrzehnte zu einer kleinen, aber vielschichtigen und lebendigen Gemeinde entwickelte. Es ist eine Geschichte der Immigration: zunächst aus Ostmitteleuropa, dann aus der ehemaligen Sowjetunion – vor allem aus dem zentralasiatischen Raum. Der in die Ausstellung integrierte Medientisch »ZEIT.ORT.WORT« bietet den BesucherInnen einen Stadtplan mit Adressen jüdischer Institutionen und verschiedener Einrichtungen des heutigen jüdischen Wiener Lebens samt Hintergrundinformationen.

Wiener jüdische Geschichte bis 1945

Nach dem Blick in die Gegenwart führt die Ausstellung im 2. Stock in das Jüdische Wien vom Mittelalter bis zur Schoa. Die Ausstellung hinterfragt dabei unter anderem die Politik der »Toleranz« von Kaiser Joseph II. und seiner Nachfolger. Sie zeigt die kreativen Strategien einer Gemeinde auf, die vor 1852 keine sein durfte und schildert, wie der neu gewonnene Optimismus der Wiener Juden sie aktiv an der Revolution teilnehmen und gegen erniedrigende Persönlichkeits- und Bewegungseinschränkungen kämpfen lässt. Die Stimmung des Liberalismus und das neue Lebensgefühl in einer modernen Metropole, einer wahrhaftigen »Stadt der Immigranten«, werden hier nachvollziehbar. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der »dritten« jüdischen Gemeinde, die zwischen der 1848-Revolution und 1900 zur größten deutschsprachigen und drittgrößten europäischen Gemeinde wird. Sie ist es, die bis heute den Blick auf das jüdische Wien prägt. Dieser Bereich der neuen permanenten Ausstellung macht auch deutlich, wie die Wiener Jüdinnen und Juden bereits in den Jahren um 1900 - einige davon sind heute weltberühmt - durch einen rabiaten Antisemitismus unter Druck geraten waren. Die Zwischenkriegszeit, die Jahre zwischen 1938 und 1945 und der Bruch, den die Schoa sowohl in die jüdische, als auch in die Wiener Geschichte riss, werden hier manifest.

Jüdisches Museum Wien
Dorotheergasse 11, 1010 Vienna, Austria
SO – DO 10:00 – 18:00 Uhr, FR 10:00 – 14:00 Uhr. SA geschlossen
www.jmw.at

Der Februar 1934 im Spiegel der Akten der Bundespolizeidirektion

Den 80. Jahrestag der Februarkämpfe 1934 nimmt Florian Wenninger zum Anlass, die Ereignisse nach der Niederschlagung aus der Perspektive der Polizeiakten der Bundespolizeidirektion Wien zu dokumentieren und schlaglichtartig Einblick zu geben in soziale Verhältnisse, die Vorgangsweise der Behörden und die Behandlung der Opfer der Repression.

Die österreichische Exekutive spielte nicht nur eine maßgebliche Rolle während, sondern auch nach den Februarkämpfen. Im Zuge eines umfassenden Forschungsprojektes zur Repressionspolitik 1933–1938, unter anderem unterstützt durch das Karl-Renner-Institut, werden die Akten der Exekutive systematisch aufgearbeitet. In diesen Akten findet sich der Unterbestand »Februarakten«, die mehrheitlich nach den Kämpfen im Bemühen entstanden, der Aufständischen habhaft zu werden. Die Polizei arbeitete eingegangene Denunziationen ab, vernahm Verdächtige und wertete die Patientenunterlagen der städtischen Krankenhäuser in Wien aus, um verletzten Schutzbündlern und ihren UnterstützerInnen auf die Spur zu kommen.

Die nachfolgend wiedergegebenen Auszüge sind unter zwei Einschränkungen zu lesen: Einerseits wurden sie redaktionell bearbeitet – zwar wurde nichts hinzugefügt ohne es kenntlich zu machen, wohl aber gekürzt und zusammengeführt. Zum Zweiten muss sich der oder die Lesende bewusst sein, dass die Akten lediglich eine Annäherung an die historische Realität sein können. Denn sowohl die verfolgten Aufständischen als auch die verfolgende Obrigkeit mussten reges Interesse daran haben bestimmte Sachverhalte verzerrt wiederzugeben. Die Aufständischen taten im Hinblick auf die Standgerichte, aber auch auf die Verfolgungswelle, die nach deren Ende einsetzte, gut daran, grundsätzlich ihre Beteiligung an den Kämpfen in Abrede zu stellen. Die Exekutive ihrerseits war sich der vollen Tragweite des verheerenden Eindrucks, den ihr brutales Durchgreifen international gemacht hatte zwar wohl noch nicht vollständig bewusst, vermied aber dennoch nach Möglichkeit Hinweise auf Übergriffe oder allzu große zivile Schäden.

Trotz dieser verzerrenden Faktoren gilt hier wie so meist: Keine der beiden Seiten konnte gänzlich wahrheitswidrige Angaben machen. Die erhalten gebliebenen Akten bieten somit ein kritisch zu lesendes Kaleidoskop der Februarkämpfe.

I.

August Scholz, geb. 1898, konfl., verh., xvi., Klausgasse 32 whft., wurde am 13.2. mit einer Reißquetschwunde am Kopfe in das Allgemeine Krankenhaus Zimmer 49 eingebracht. Er soll diese Verletzungen nach seiner Angabe am Wachzimmer Panikengasse erhalten haben. Der Genannte wurde am 17.2. vom Koate IX abgeholt. Aufgenommen am 1. März. Bericht vom 2. März: [...] Scholz wurde am 13.2. um 3 Uhr nachmittags ins Wachzimmer Panikengasse gestellt und erlitt er bei der Überstellung in der Nähe des Wachzimmers eine Rissquetschwunde am Kopfe, die ihm vermutlich durch eine abgesplitterte Ziegel zugefügt wurde. [...] Er ist Sozialdemokrat und war bei obiger Partei Vertrauensmann.

II.

Franz Mück, Schutzbündler, Ledergalanteriewerker, arbeitslos, ausgesteuert, geb. 1912, kath., ledig, XIII, Testarellegasse 27, wurde am 12. [Februar] um 15.30 ins St. Rochus Spital, Cumberlandstraße 53 mit einem Kopfschuss den er am Goldmarkplatz erhalten hat, eingebracht. Die Verletzung ist schwer. Und ist Mück nicht vernehmungsfähig. [...] Die Mutter des Oben genannten ist vor einigen Jahren verstorben. Der Vater steht als Wäagnermeister in Verwendung und wird Franz Mück infolge seiner langandauernden Arbeitslosigkeit von diesem zur Gänze erhalten. Die Familie, welche außer dem noch aus 2 weiteren Söhnen Johann Mück [...] und Wilhelm Mück [...] besteht, ist zur Gänze sozialdemokratisch orientiert und

sind alle drei Söhne Mitglieder des rep. Schutzbundes gewesen. Franz Mück und Wilhelm Mück haben anlässlich der Unruhen aktiv mitgewirkt und ist die Schussverletzung des Franz Mück auf den stattgefundenen Kampf am Goldmarkplatz zurückzuführen, während sich Wilhelm Mück am Koate XVI wegen Teilnahme am Aufruhr in Haft befunden hatte. Franz Mück soll den Erhebungen zufolge am Vormittag des kritischen 12.2. einige Male im Keller gewesen sein und von dort angeblich Waffen und Munition sowie Uniformteile des rep. Schutzbundes geholt und an seine Genossen zur Verteilung gebracht haben. [...]

III.

Eduard Smutny, geb. 1906, kath., led., XVI., Thalheimergasse 37 in Untermiete wohnhaft [...] fuhr am 12.2.34 mit der Straßenbahn in den X. Bezirk, wo er [...] angeblich mit seinem Freunde Scherzer zusammentreffen sollte. Die beiden wollten angeblich ein Podium zur Aufführung einer »Seicherl-Revue« in den II. Bezirk transportieren. Er traf aber Scherzer nicht an und ging [...] nach hause in den XVI. Bezirk. [...] Als er in der Herbststraße gegen den Sportplatz bei der Heiligengeistkirche ging, sah er in der Herbststraße, die Panikengasse absperrend, einen Panzerwagen stehen und feuern. Er erhielt aus dieser Richtung einen Durchschuß des linken Oberschenkels, wurde angeblich bewusstlos und wurde in das Wilhelminenspital durch unbek. Leute transportiert.

IV.

Stefanie Stefa, Haushalt, 45 Jahre alt, XXI., Verlängerte Freytaggasse 1–25 wohnhaft, wurde am 14.2. um ca. 7 Uhr früh in ihrer Wohnung durch ein Granatsprengstück verletzt und mit einem Bauchschuß und einer Verletzung des rechten Oberarms in das Allgemeine Krankenhaus, II. chirurgische Abteilung, Zimmer C 27 eingebracht. Bei dieser Gelegenheit wurde auch deren Gatte, sowie die 10jährige Tochter Edith verletzt und die Wohnungseinrichtung durch einen Volltreffer vernichtet. In politischer Hinsicht ist die Genannte überhaupt nie hervorgetreten.

V.

Amantus Polak, Gießergehilfe, geb. 1912, kath., led., befindet sich derzeit im Franz-Josef-Spital G 22 mit einem Bajonetttich in der rechten Brustseite welche er am 14.2. nachm. in Siebenhirten beim Bahnhof von Mitgliedern der Heimwehr, als er sich der Aufforderung weiterzugehen widersetzte, erhalten hat. [...] Sein Vater Josef Polak, der sich an den Ausschreitungen des Schutzbundes aktiv beteiligte ist derzeit unbekannt wo in Haft.

VI.

Jaroslav Tuma, Fleischhauergehilfe, geb. 1899, kath., verh., bewohnt mit Gattin und Kinde im Hause XI., Schneidergasse 5/3 Zimmer und Küche, ist seit mehreren Jahren arbeitslos. [...] Er gibt an, dass er sich am 12.2. in der Früh mit seinem Schwager in seinem Schrebergarten Simmeringer Heide, Parzelle 106 begab und dort bis am späten Abend verblieb. Dann habe er sich mit seinem Schwager zum Greisler Pecher, Landengasse, Nummer unbekannt, begeben und haben sie dort zusammen 2–3 Flaschen Bier getrunken. Um 22 Uhr seien sie von dort aufgebrochen, um nach Hause zu gehen. Als sie zum Bahnviadukt kamen, seien sie von Militärpersonen aufgehalten und durch Schüsse und Bajonetttiche beide verletzt worden, weil sie als Spitzeln der Schutzbündler gehalten wurden. Tuma erhielt einen Kopfsteckschuss und 4 Bajonetttiche in der rechten Brustseite und am Rücken. [...]

VII.

Karl Rehor, geb. 1903, Feuerwehrmann, konfessionslos, verh., XXI, Voltgasse 45–51/1/6, wurde am 13.2. beim Ko[missaria]te XXI durch einen Kolbenhieb verletzt und am 14.2. mit dieser Verletzung in die II. chirurgische Abteilung des allgemeinen Krankenhauses eingeliefert. [...] In politischer Hinsicht ist derselbe Sozialdemokrat und gehörte auch als Mitglied dem Resch [Republikanischer Schutzbund, Anm.] an.

VIII.

Ignatz Reiter, Hilfsarbeiter, geb. 1881, kath., verwitw., XVI, Thalhammergasse 44, wurde am 14.1. mit linker Ellbogenfraktur in die II. chir. Klinik des Allg. Krankenhauses eingeliefert. Er gibt an diese Verletzung am Koate XVI erhalten zu haben, wer ihm diese zufügte kann er sich nicht erinnern. Wurde vom Amtsarzte in das Spital geschickt. [...] Er hat einen Sohn Richard, 27 Jahre alt, welcher ohne Beschäftigung und krank ist.

IX.

Am 15. Februar 1934 wurde mir um 4 Uhr nachmitt. von vertrauenswürdiger Seite folgende, die Unruhen in Simmering betreffende Mitteilung gemacht. Eine Augenzeugin einer Maschinengewehraktion des Schutzbundes (sie heißt mit Familiennamen Christof und ist als Handelsfrau im XI., Lorystraße 61 etabliert, bittet aber um strengste Geheimhaltung ihres Namens, da sie in berechtigter Sorge um ihr Leben ist) sah am Dienstag den 13.2. ein MG in vollster Aktion in der Braunhubergasse, an der Ecke Lorystrasse, hinter der dort aufgestellten Abfallkiste. In den Vormittagsstunden hatte dort der

aus dem Prozess gegen die Schutzbündler im Jahre 1932 bekannte Freisl...? [sic!] als MG-Schütze mit einem Gewehr Stellung bezogen und in Gemeinschaft mit den Brüdern Ofner, das Gewehr gegen die aus der Grillgasse anrückende Exekutive in Aktion gesetzt. Einer der Brüder Ofner heißt Franz, ist etwa 20 Jahre alt, der Jüngere, dessen Vornahme nicht bekannt ist zählt etwa 17–18 Jahre. Ungefähr eine Viertelstunde lang feuerten die drei und zogen sich dann unter Mitnahme des MG gegen den Ostbahndamm, Richtung Barackenlager in der Hasenleitengasse zurück.

[Ausgehend von dieser Meldung werden Nachforschungen angestellt und die genannten Personen, soweit aufzufinden, vernommen. Auszug aus den Vernehmungen:]

Leopold Freisl, Tischlergehilfe, geb. 1909: Ich stelle entschieden in Abrede am 13.2. ein Maschinengewehr bedient zu haben und auch sonst habe ich nicht geschossen. Ich war überhaupt nicht bewaffnet. Franz Ofner habe ich überhaupt nicht gesehen, Josef Ofner sah ich nachmittags in der Lorystraße, als ich mir Zigaretten kaufte. Ich habe die Brüder Ofner nicht schießen sehen [...] Das Maschinengewehr war Ecke Lorystr. Und Braunhuberstr. aufgestellt und stand ich hinter dem Maschinengewehr, das heißt an der entgegengesetzten Ecke. [...]

Josef Ofner, Anstreichergehilfe, geb. 1915: Ich kann höchstens verwechselt worden sein. Ich habe das Maschinengewehr nicht bedient und habe es überhaupt nicht gesehen. Auch sonst habe ich nicht geschossen und war ich nicht bewaffnet. [...] Auch den Freisl habe ich nicht gesehen und Schindelka kenne ich überhaupt nicht. Ich habe ein Gewehr aus der Mistkiste in der Braunhubergasse Ecke Lorystrasse genommen und schaute ich es mir an und trug es zur Brücke und gab es einem Unbekannten, der es mir abforderte.

Karl Vrable, Eisendreher: Ich habe Montag 12.2. gesehen, wie Schindelka ein Maschinengewehr vom Werkstättenweg nachmittags um ca. ½ 4 Uhr herausrug. Wohin er es geschafft hat weiß ich nicht. Wer das Maschinengewehr bediente weiß ich schon deshalb nicht, weil ich bereits am selben Tage wegen Waffenbesitzes verhaftet worden bin.

X.
Johann Mittelböck, Friseurgehilfe, geb. 1911, kath., ledig, Marktgasse 47 wohnhaft, wurde am 13.2. bei der Besitznahme des Gemeindebaus XIX, Geisingergasse 1, durch die Exekutive

angehalten und durch einen Gewehrkolbenhieb am Hinterkopf leicht verletzt [...]

XI.
Mathias Wurzinger, Tischlergehilfe ohne Posten, geb. 1906, konfl., verh., XII, Endergasse 50, in Untermiete wohnhaft. Wurde am 13.2. als er von der Schmelz her kommend zur Auszahlungsstelle Thaliastraße gehen wollte, in der Fröbelgasse aus der Richtung Thaliastraße, vermutlich von der Wache, durch einen Streifschuss in das linke Schulterblatt verletzt. Von unbekanntem Männern wurde er in ein Gemeindehaus gebracht, wo ihm ein unbekannter Arzt einen Notverband anlegte. Nun begab sich W. in das Wilhelminenspital. [...] Er ist sozialdemokratisch eingestellt, ist aber in der Richtung nicht hervorgetreten.

XII.
Auf vertraulichem Wege wurde in Erfahrung gebracht, dass am 11. u. 12. dM ein gewisser Bratengeier in den Baracken Hasenleitengasse 6–8 die illegalen Schutzbündler, welche auf dem Bahndamm lagen und schossen, mit Munition beteiligt hat. Der Anzeiger, der aus Furcht seinen Namen nicht nennen will (dem Gefertigten ist die Vertrauensperson pers. bekannt) gibt an, Bratengeier war der Kommandant der Schutzbündler. Er hat die Munition den auf dem Bahndamm liegenden Schutzbündlern mit der Hand zugeworfen und trug einen Revolver oder Pistole. Nach dem B. wurde geforscht und dieser mit dem Bradengeyer Gerhard, geb. 1899, identisch. Bradengeyer wurde in seiner Wohnung verhaftet und zur weiteren Amtshandlung dem Koate überstellt. Er bestreitet entschieden an der Schießerei beteiligt gewesen zu sein. [...] Gerhard Bradengeyer gibt an: Ich war den ganzen Tag, auch während der Schießerei, zu Hause. Ich hielt mich meistens auf dem Gang vor der Wohnung auf. [...] Erhebungsbericht zur Sache: Laut Erhebung und Angabe der Zeugen Norbert Heinz und Franz Kitzinger, haben diese den Bradengeyer am 12. und 13. d. gesehen, wie dieser die in Schwarmlinie gelegenen Schutzbündler kommandiert hat. Er dirigierte die Schutzbündler und die Gattin des Herunter, die in der Baracke Nr. 8 in Untermiete wohnt, hat in der Schürze Munition zugetragen. Bradengeyer muss auch wissen, wer die Maschinengewehre bedient hat.

XIII.
Otto Rothauer, Kohlenhändler, geb. 1911, kath., ledig, ist bei seinen Eltern als Kohlenausträger beschäftigt. Rothauer wurde am 14.2. mit einem Brustschuss und einem Durchschuss der Lunge in das Krankenhaus Wieden gebracht. Er gab an,

am genannten Tage um 10 Uhr vormittags, als er Kohlen zu Kunden zustellen wollte, vor dem Geschäfte des Vaters die Schussverletzung erlitten zu haben. Die Schüsse sollen aus der in der Nähe gelegenen Kaserne gefallen sein. Aufgenommen am 20. Februar. Bericht vom 6. März zur Sache: [...] Die Schüsse sollen in der Nähe der Kaserne abgefeuert worden sein. Die Familie ist christlichsozial eingestellt [...]

xiv.

Erscheint als Selbststeller am 15. Februar um 3/4 12 Mittags Franz Spicka, Sattlergehilfe, geb. 1900, wohnhaft XI, Hasenleitengasse 6-8 und gibt an: Ich habe heute im kleinen Volksblatt gelesen, dass man bei Selbstmeldung für die Tätigkeit an den Kämpfen gegen die Regierungstruppen pardonierte wird. Ich habe an den Kämpfen von den Baracken aus teilgenommen, indem wir einen Flieger beschossen haben. Wir wurden selbst auch beschossen u. wurde ein Kollege neben mir in den Kopf getroffen, worauf ich ihn noch wegtrug, dann aber mein Gewehr liegen ließ und davon ging. Ich habe bis zur Auflösung dem repl. Schutzbund angehört, dann aber nicht mehr. Am Dienstag kam früh ein Schutzbundführer, den ich dem Namen nach aber nicht mehr kenne und wurden Gewehre in die Baracken gebracht und jeder musste eins nehmen und darauf losschießen. Wir bezogen einen Bahndamm, doch habe ich höchstens 1/2 Stunde mich an dem Unternehmen beteiligt. Gegen 15 Uhr bin ich schon nach Hause gekommen.

xv.

Otilie Schmied, Volksschülerin, geb. 1928, wohnh. Egger-Lienzgasse 4, ging am 14. Februar um ca. 12 Uhr mittags mit ihrer Mutter N. Schmied, von der Wohnung Richtung Eichholzgasse Spittelbreitengasse. In der Nähe der Eichholzgasse erhielt Otilie Schmied einen Schuß in den rechten Fuß (Knöcheldurchschuß) und wurde durch die Rettungsgesellschaft in das Kinderspital Kolschitzkygasse verschafft. Schmied befindet sich derzeit noch im Spital und dürfte noch einige Wochen verbleiben müssen. Von wem die Otilie Schmied angeschossen wurde, kann ihre Mutter nicht angeben.

xvi.

Leo Pollenz, 36 Jahre alt, VII, Neubaugürtel 54 wohnhaft, wurde am 13.2. mit Kontusionen an der linken Schulter im Sofienspital ambulatorisch behandelt. Diese Verletzung erfolgte durch einen Kolbenhieb durch ein Exekutivorgan beim Kafeehaus Thalia, Ecke Thaliastraße und Brunnengasse. [...] Der Genannte dürfte mit der sozialdemokratischen Partei sympathisieren [...]

xvii.

Fritz Weigelmeier, geb. 1911, Reimprechtsdorferstr. 49a, wurde am 12.2. mit einer Platzwunde am Kopfe im Sophienspital behandelt. Diese Verletzung erfolgte durch einen Kolbenhieb, den er vor dem Reumannhofe erhalten hat. [...] Derselbe war an der Schiesserei beim Reumannhof beteiligt und wurde anlässlich der Erstürmung durch das Bundesheer und die Sicherheitswache verletzt. Er war unter den im Heim »Jugend in Not« im Reumannhof versammelten Schutzbündlern, von welchen mehrmals Schüsse auf die Exekutive abgegeben wurden, welche zahlreiche Tote und Verletzte aufzuweisen hatte.

xviii.

Thell, Franz, ohne Beruf, geb. 1903, kath., ledig, wurde am 13.2.1934 mit einem Durchschuss des Oberschenkels und Fraktur in das Krankenhaus Wieden gebracht. Er gibt an, dass er am genannten Tage um zirka 15 Uhr vom Wachzimmer Waldgasse, wo er von einem Wachbeamten eine Hose, Blouse und Mantel geschenkt erhielt und diese Uniformstücke gleich angezogen habe, nach Hause gegangen sei. Beim nach Hause gehen sei er beim Gemeindebau in der Absberggasse beschossen und verletzt worden. Der Genannte [...] ist berufsunfähig da er schwachsinnig ist und wird zur Gänze von seinem Vater, der als Kutscher der Ankerbrotwerke [arbeitet ...] zur Gänze erhalten. Seine Mutter führt den Haushalt. Die Familie genießt einen sehr guten Ruf und werden als anständige Leute geschildert. In politischer Hinsicht sind dieselben christlichsozial und ist besonders der in Rede stehende Franz Thell sehr bigottisch.

xix.

Oskar Taibl, ohne Beruf, geb. 1917, bei seinen Eltern, Kriegsinvaliden Michael Taibl und Franziska Taibl, V., Embelgasse 37/13 wohnhaft, wurde am 12.2. 1934 mit 3 Bajonettstichen im Rücken und der rechten Gesäßgegend ins Sophienspital gebracht [...] Derselbe wurde [...] zwecks Sicherstellung für das Standgericht dem Inquisitenspital eingeliefert, da er bei dem Aufruhr im Reumannhof unter den im Heim »Jugend in Not« befindlichen Schutzbündlern gewesen ist. Er gilt in politischer Beziehung seit seiner frühesten Jugend als sozialdemokratisch eingestellt und soll dem Schutzbund als Mitglied angehört haben. Auch seine Angehörigen gelten als Radikale Sozialdemokraten. Die Familie lebt in bescheidenen Verhältnissen und ist mehrmals am Koat V. polizeilich wegen Exzessen beanstandet worden.

xx.

Karl Wawerka, Bürgerschuldirektor i.P., ehemaliger christ-

lichsozialer Gemeinderat, geb. 1873, wohnh. Quellenstraße 24 b, [...] gibt an, dass er am 12.2. um ca. halb 14 Uhr vom Mittagessen nach Hause ging. In der Nähe seines Wohnhauses (Studelgasse) habe er gesehen, wie bewaffnete Demonstranten von Polizisten verfolgt sich in sein Wohnhaus (Gemeindebau) flüchteten und das Tor hinter sich absperreten. Als die Polizeibeamten bemerkt hätten, dass er auch in dieses Haus gehen wollte, sei er von diesen aufgefordert worden, das Tor aufzusperren, um dass sie in den Hof eindringen können. Es seien jedoch schon sehr viele Demonstranten, wovon ein Teil bewaffnet war, im Hofe versammelt gewesen. Und habe ihm ein Polizeibeamter den Rat gegeben, dass er sich in der Toreinfahrt hinter einen Pfeiler decken soll. Die Polizisten gaben dann einige Schüsse durch die Toreinfahrt gegen den Hof ab, worauf die Demonstranten in die Häuser flüchteten. [...]

xxi.

Friedrich Vlcek, Schneidergehilfe, geb. 1909, kath., verh., X., Gudrunstraße 105, wurde am 13.2. mit einem Knöcheldurchschuss am linken Fuß in das Krankenhaus Wieden eingeliefert. [...] Derselbe gibt an, dass er die Schussverletzung in der Nähe des Wohnhauses erhalten habe und zwar wurde aus einem vorbeifahrenden Auto vermutlich von Schutzkorpsmitgliedern (Heimwehr) auf ihn geschossen. Vlcek ist ohne Beschäftigung [...] und wird auch teilweise von seiner Schwester unterstützt [er] lebt in sehr bescheidenen Verhältnissen, genießt keinen schlechten Ruf und wird in politischer Hinsicht als indifferent bezeichnet.

xxii.

Johann Pawlicek, Metallarbeiter, 32 Jahre Alt, Wien, Palmgasse 3 wohnhaft, wurde am 14.2. 1934 mit einer Kopfwunde im Sofienspital ambulatorisch behandelt. Er soll sich angeblich beim Laden seines Revolvers selbst verletzt haben. Der Ort der Verletzung ist unbekannt. Nach erfolgter Behandlung verließ er die Ambulanz.

xxiii.

Nachforschungen ergeben: Pawlicek [...] hat sich angeblich beim Entladen einer Pistole, welche ihm von einem gewissen Fritz Pollak, dessen Vater Schutzbundführer war, zur Aufbewahrung erhalten hat, angeschossen. Er wurde am 14.2. mit einem Durchschuss der linken Hand im Sophienspital ambulatorisch behandelt. [...] Pawlicek wohnt mit seiner Gattin Marie bei der Mutter derselben in Untermiete, ist arbeitslos und ausgesteuert. In politischer Hinsicht wird derselbe als sozialdemokratisch organisiert bezeichnet.

xxiv.

Helene Pyr, Schuhstepperin, geb. 1909, kath., led., im xvi., Friedrich Kaisergasse 3 bei ihrer Mutter wohnhaft [...] befindet sich seit 13.2.1934 mit einem Durchschuß des Beckens und Mastdarmes im Sofienspital in Pflege. Diese Verletzung erhielt sie am 13.2. um die Mittagstunde, als sie in das Haus bzw. in das Geschäft xvi., Friedrich Kaisergasse 1 eine Schachtel Zündhölzer gekauft habe, wobei sie bei der Rückkehr in ihre Wohnung schwer verwundet wurde. [...] Sie bewohnt mit ihrer 62 Jahre alten Mutter, die mit einem Gallensteinleiden nach einer schweren Operation bettlägerig ist, ein kleines Kabinett um den Monatszins von S 5,-, war als Schuhstepperin [...] mit einem Wochenlohn von S 8,- in Stellung und haben die beiden Frauen durch den Verdienst der ersteren, kärglich ihr Leben gefristet. In politischer Hinsicht ist weder die erstere noch deren Mutter irgendwie hervorgetreten und könnte die Tochter eventuell wegen ihres Geschäftes bei der Firma sozialdemokratisch organisiert gewesen sein.

xxv.

Josef Tihlar, Anstreichermeister, geb. 1885, kath., verh., ist im xvi., Friedrich-Kaiserstrasse 63-65 polizeilich gemeldet. Tihlar wurde am 13.2. im Speisezimmer seiner Wohnung durch einen Zünder einer Granate, der durch das Fenster in die Wohnung kam, am rechten Ober- und Unterarm verletzt. [...] Tihlar hat für seine Frau Anna und die Töchter Olga, Agnes und Rudolfine zu sorgen. In selbem Hause hat er eine grosse Werkstätte inne und beschäftigt er 20 Angestellte. Tihlar ist christlichsozial eingestellt.

xxvi.

Kornelius Palle, Spenglergehilfe, geb. 1908, kath., ledig, xvi, Grundsteingasse 7, seit drei Jahren arbeitslos, bezieht keine Unterstützung [...] Der Genannte [...] wurde am 13.2. gelegentlich einer Bestellung, welche er für seinen Vater machen sollte, in der Thaliastraße durch einen Schuss am Hals verletzt und am selben Tage mit einem Halsdurchschuß in das Sophienspital eingebracht. [...] Eltern sowie auch der Sohn werden als christlichsozial eingestellt bezeichnet.

xxvii.

Karoline Mollik, Postoberoffizialswitwe, geb. 1858, kath., verw., wohnh. xii, Ratschkygasse 36, befindet sich derzeit im Franz-Josef-Spital mit einem Durchschuß der linken Schulter in Pflege. Sie gibt an, die Verwundung am 13.2. um 8 Uhr früh, als sie die Fenster ihres Schlafzimmers schließen wollte,

erhalten zu haben. [...] Ihr Sohn Adolf M. ist Beamter der Bundespolizeidirektion. Sie ist christlichsozial eingestellt.

xxviii.

Ludwig Wetschy, geb. 1896, kath., verh., im Hause Anasthasius-Grün-Gasse 5 polizeilich gemeldet und wohnhaft. Der Genannte ist seit längerer Zeit ohne Beschäftigung und lebt die Familie in sehr dürftigen Verhältnissen. Er ist als Sozialdemokrat in seinem Wohnhaus bekannt und soll auch Mitglied des rep. Schutzbundes gewesen sein. Am 12.2. wurde er mit mehreren Zivilpersonen in der Strassenbahnremise Währingergürtel mit der Waffe in der Hand angetroffen und bei der Entwaffnung durch einen Bajonettstich ins Gesäß verletzt [...]

xxix.

Alois Vostriz, Handelsangestellter, geb. 1910, XII, Bendlgasse 10, wurde am 13.2. auf dem Markte nächst der XII., Rosaliagasse durch einen Schuss in den rechten Ellbogen verletzt. Vostriz [war zur kritischen Zeit] am Markt, wo seine Firma einen Stand hat. Als seine Dienstgeberin schießen hörte, gab sie den Auftrag, den Stand sofort zu schließen, es wurden auch die Rollbalken heruntergezogen. Er selbst ging jedoch einige Schritte bis zur Ecke Rosaliagasse/Niederhofstraße um zu sehen, von wo geschossen werde. Er bemerkte auch, dass eine Polizeipatrouille in der Stärke von 6 bis 8 Mann in der Niederhofstraße nächst dem Postamt stand und Feuer gab. Zu gleicher Zeit erhielt er die Verletzung und führt sie auf die von den Polizisten abgegebenen Schüsse zurück. Vostriz weist Legitimationen der katholischen Jugend und der Vaterländischen Front vor.

xxx.

Johann Niederhumer, Bäckergehilfe, geb. 1883, Simmeringer Hauptstr. 142-150, [...] wurde am 13.2. mit Durchschuss beider Oberschenkel und der linken Hand in das Krankenhaus Wieden eingebracht. Er gibt an, dass er am genannten Tage um 11. Uhr v.m. seinen Arbeitgeber verlassen wollte und von der Ecke Grillgasse und Huptstrasse, wo von der Polizei ein Maschinengewehr aufgestellt war, beschossen und verletzt worden sei. Als Zeuge nennt er seine Dienstgeberin und eine gewisse Gay.

xxxI.

Alois Neckel, Hilfsarbeiter, geb. 1912, kath., led., arbeitslos, wohnt bei seiner Mutter X, Gudrunstr. 91. Seine Mutter ist 56 Jahre alt, verdient als Bedienerin am Ostbahnhof im Monat 70 S und hat noch für 2 arbeitslose Kinder zu sorgen. Genann-

ter wurde am 13.2. mit einer Stichverletzung am Rücken in das Krankenhaus Wieden eingebracht. Er gibt an, dass er am genannten Tage um 18 Uhr 15 Min. seine Braut Katharina Scherzer besuchen wollte. Als er durch die Hauffgasse gegangen sei, wurde diese Gasse von der Polizei geräumt und erhielt er dabei einen Bajonettstich.

xxxII.

Johann Vogt, Bundesbahnbeamter, geb. 1877, kath., wohnh. IX, Schubertgasse 16 [...], wurde während seiner Arbeit am Heiligenstädterbahnhof durch eine Kugel verletzt; er erhielt einen Durchschuss der beiden Oberschenkel und befindet sich noch immer im allgemeinen Krankenhaus in Pflege. Er war politisch indifferent, gehörte aber seiner Gesinnung nach mehr ins bürgerliche Lager. Bemerkte wird, dass er sich tief gekränkt fühlt, weil er beim Besuche des Herrn Vizekanzlers und des Herrn Polizeipräsidenten im Spitale, als einziger im Saale keiner Ansprache gewürdigt wurde und kein Geschenk erhielt.



»Wirklich tüchtige und würdige Genossinnen«

Gabriella Hauch skizziert anlässlich des 125-jährigen Parteijubiläums die Entwicklung der sozialdemokratischen Frauenbewegung vom Einigungsparteitag in Hainfeld zur ersten Frauenreichskonferenz (1898).

In einem »Offenen Brief an alle Genossen und Genossinnen« reagierte im März 1888 Viktoria Kofler in der sozialdemokratischen Zeitung »Gleichheit« auf die Klagen, dass »die Arbeiterinnen sich von allen öffentlichen Versammlungen der Genossen fernhalten« würden: »Uns fehlt in erster Linie die Organisation, und damit der Muth«, lautete ihr Befund, aber um »wirklich tüchtige und würdige Genossinnen« zu werden, »müßt Ihr, werte Genossen, uns die Wege bahnen«. Mit diesem Appell forderte Viktoria Kofler von den Genossen, ernsthaft den Kampf um die politische Gleichberechtigung der Frauen aufzunehmen. Denn im § 30 des Vereinsrecht wurde das Recht auf politische Organisation auf eigenberechtigte männliche Staatsbürger beschränkt.

Ein objektiver Ausschluss, der sich einerseits als Entlastungsargument für die Vernachlässigung der Frauen in der Praxis der frühen Arbeiterbewegung anbietet und andererseits den Boden dafür aufbereitete, dass die Politikgeschichte lange Zeit ausschließlich Männer im Fokus hatte. Die seit rund 40 Jahren bestehende Frauen- und Geschlechtergeschichte forderte von Beginn an, einen weiteren Politikbegriff für die Analyse der Geschlechtergeschichte im Feld des Politischen zu verwenden und auch etwa karitative Vereine und Bildungsvereine einzubeziehen. Gerade letztere dienten denjenigen Frauen, die sich politisch organisieren wollten, bis zur verfassungsmäßigen Verankerung der politischen Gleichberechtigung 1918 oft als Ausweg. Auch für die frühe Arbeiterinnenbewegung. Zwei Monate nachdem Koflers Artikel in der »Gleichheit« erschienen war, versuchten Sozialdemokratinnen in Wien einen »Arbeiterinnen-Bildungsverein« zu gründen. Allerdings wurden die Statuten als nicht dem § 30 entsprechend zurückgewiesen. Erst als sie zwei Jahre später in der revidierten Satzung explizit jegliche »politische und religiöse Bestrebungen« des Vereins legneten erhielten sie das Placet. Dieser »Arbeiterinnen-

Bildungsverein« steht am Beginn der Organisationsgeschichte der österreichischen Sozialdemokratinnen.

Dass jedoch nicht nur die gesetzlichen Rahmenbedingungen der Grund für das wenig intensive Engagement von Frauen innerhalb der frühen Arbeiterbewegung waren, zeigte die Behandlung von Frauen am sogenannten »Einigungsparteitag« der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) an der Jahreswende 1888/89 in Hainfeld. Anna Altmann aus Bensen (Benešov) im böhmischen Polzental wurde mit dem Hinweis, »Frauen (seien) noch nicht so weit« als Delegierte nicht akzeptiert. Diese Ambivalenz, Frauen als unpolitische Menschen zu behandeln und gleichzeitig ihr fehlendes Engagement zu beklagen, durchzog die Politik der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften bis in die Zweite Republik – obwohl auch bereits Ende des 19. Jahrhunderts programmatisch und in der Praxis eine andere Haltung deutlich wurde.

FRAUEN ALS MITGLIEDER

Am zweiten Reichsparteitag der SDAP 1891 in Brünn wurde die Forderung nach politischer und rechtlicher Gleichberechtigung »ohne Unterschied des Geschlechts« in das Parteiprogramm aufgenommen, 1892 erfolgte Gründung der »Arbeiterinnen-Zeitung« mit der 23-jährigen Adelheid Popp als verantwortliche Redakteurin und 1894 wurde die erst 20-jährige Hilfsarbeiterin Anna Boschek bei der Gewerkschaftskommission speziell für die Organisation der Frauen angestellt. Vor allem letzteres war ein deutliches Zeichen: Beim 1. Gewerkschaftskongress 1893 wurde offensichtlich, dass sich rund ein Drittel aller Gewerkschaftsvereine weigerte, Frauen als Mitglieder aufzunehmen. So nachhaltig hatte sich die Ideologie der bürgerlichen Familienform – seit 1811 im Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuch verankert – in den Köpfen festgesetzt: die Erwerbsarbeit von Frauen, 1890 im-

merhin 42,9 % aller Erwerbstätigen in Österreich, wurde als vorübergehende Tatsache interpretiert, als wahre Bestimmung von Frauen galt ein Leben als Ehe- und Hausfrau. Da halfen auch mutige Wortmeldungen, wie die von Franziska Salomon am Parteitag 1891 »An eine Abschaffung der Frauenarbeit ist nicht mehr zu denken« nur wenig.

AN DIE »PARTEI ZU KETTEN«

Die Gründung des Arbeiterinnen-Bildungsvereins erfolgte am 29. Juni 1890. Im »Goldenen Luchsen« versammelten sich rund 300 Menschen, hauptsächlich Parteimitglieder und deren weibliche Angehörige. Die frühe Sozialdemokratie traf sich in Gasthäusern, das war ein Hindernis für Frauen. Ohne Begleitung an einer solchen Versammlung teilzunehmen, war schwierig. Adelheid Popp schilderte, dass sie, »allein« noch nirgends gewesen war, denn das hatte sie nicht für »schicklich gehalten«. Ihr älterer Bruder, ein Sozialdemokrat, fungierte als Begleitung. Die frühen Sozialdemokratinnen versuchten Aufmerksamkeit zu erregen und interessierten Frauen, die Teilnahme an den Veranstaltungen möglichst leicht zu machen. Die Formierung an der Geschlechtergrenze schien eine Möglichkeit.

Bei der 1. Mai-Demonstration des Jahres 1891 bildeten sie einen eigenen Block und organisierten eine eigene Abschlussveranstaltung in »Hain's Paradiesgartl« im Prater – beides wurde von der Wiener Presse mit großer Aufmerksamkeit rezipiert. Und auch mehr und mehr »Genossen« kamen zu der Überzeugung, dass diese Engagierten an die »Partei zu ketten« seien, wie es der für Frauenorganisation zuständige Gustav Häfner am Parteitag 1891 formulierte. Damit wurde eine Linie im Verhältnis der frühen Arbeiterbewegung und Frauen deutlich: der Nichtbeachtung von Frauen und ihren Anliegen folgten Aktivitäten von Frauen, die nicht zu ignorieren waren, woraufhin versucht wurde, diese zu integrieren.

Der gesetzlich festgeschriebene Rahmen eines unpolitischen Frauenvereins als Organisationsform der ersten Sozialdemokratinnen – das Abonnement der »Arbeiter-« später der »Arbeiterinnen-Zeitung« galt als Parteiausweis – erregte vor allem innerhalb der Gewerkschaften Misstrauen. Denn Aktivitäten wie sonntägliche Geselligkeiten, Wanderungen und Feste sowie Vorträge, etwa »Der Bau des menschlichen Körper« schien so gar nicht zu dem notwendigen »Klassenkampf« zu passen. Zudem entstand 1893 im »Allgemeine Österreichische Frauenverein« (AÖFV) – dieser hatten drei Jahre auf die Genehmigung der Statuten warten müssen – eine Organisati-

on von bürgerlich-liberalen Frauen, heute würde man sagen Feministinnen, die nicht nur das Frauenwahlrecht forderten, sondern sich der »Arbeiterinnen-Frage« gegenüber aufgeschlossen zeigten. Der »Arbeiterinnen-Bildungsverein« wurde von ihnen unterstützt, etwa beim Aufbau der Bibliothek und bei Vorträgen. In den Augen der »Genossen« handelte es sich dabei um schädlichen »Weiberseparatismus«, von dem die »Genossinnen« nicht infiziert werden dürften.

Deren Ziel war es vor allem, von der Männerpartei SDAP akzeptiert zu werden und in die Rolle der anerkannte Gefährtinnen zu schlüpfen. Demensprechend lehnten sie eine Einladung des AÖFV zur gemeinsamen Abhaltung eines ersten österreichischen Frauentages zu Pfingsten 1892 ab: »Die Gefahr, daß hier die Frauenfrage einseitig vom Bourgeoisstandpunkt behandelt werden würde, liegt sehr nahe.« Nach einer Veranstaltung des AÖFV zur sozialen Lage der Arbeiterinnen, in der die »Unhaltbarkeit der bestehenden Ordnung« festgestellt wurde, lautete der lapidare Kommentar in der »Arbeiterinnen-Zeitung«: »Die Damen wollen keine Sozialisten sein, aber das Programm der Sozialdemokratie haben sie angenommen.«

»ZENTRALE« FÜR GENOSSINNEN

Das Misstrauen gegenüber dem Arbeiterinnen-Bildungsverein blieb. Die Gewerkschaften befürchteten, dass er eine Konkurrenz für die gewerkschaftlichen Fachvereine darstellen würde. Die Sozialdemokratinnen in Wien gaben nach und die Parole aus, in gewerkschaftliche Fachvereine einzutreten: die Folge war Stagnation. Selbst nach dem erfolgreichen Frauenstreik in vier Wiener Appreturfabriken verbuchten diese keine steigenden Zahlen an weiblichen Mitgliedern. 1893 gründeten sie daraufhin den Lese- und Diskutierklub »Libertas«. Wir brauchen eine »Zentrale« für die Diskussion und den »gemeinsamen Meinungs-austausch«, lautete ihr Argument. Hier hätten die »Genossinnen« ein »Heim, wo sie sich als Freundinnen, als Schwestern fühlen können«. Und Anna Boschek konstatierte verbittert in Richtung Gewerkschaften, dass »in der Praxis« die Frauen »nicht gleiche Fähigkeiten und gleiche Rechte« zugestanden würde.

Nachdem weitere zwei Jahre vergangen waren, wurde es 1895 ernst. In der »Arbeiterinnen-Zeitung« verschärfte sich der Ton, da von den sozialdemokratischen Männervereinen beziehungsweise von den männlich dominierten Gewerkvereinen weder eine frauenspezifische Politik betrieben noch Anstrengungen unternommen würden, um Frauen als Mitglieder auch willkommen zu heißen. Dieser Protest gipfelte im

Boykott der Parteitage 1896 und 1897 durch die Frauen. Ihre Forderung lautete, dass den bestehenden sozialdemokratischen Frauenvereine, gleich den Männervereinen, das Recht zugesprochen würde, eine Delegierte zu entsenden. Diese frühe Quotenregelung wurde abgelehnt. In einem Schreiben an den Parteitag kritisierten die Sozialdemokratinnen: Gleichberechtigung wäre ihnen gegenüber bisher eine »Phrase« gewesen, sie würden als »untergeordnete Weiber« bezeichnet und ihren Forderungen und Beschwerden werde mit »Spott und faulen Witzen« begegnet. Der Höhepunkt ihres Protestes bildete die für Ostern 1898 einberufene »I. Frauenreichskonferenz«. Vor allem dass sie diese ohne vorherige Absprache mit den Partei- und Gewerkschaftsgremien planten, galt als skandalöse Unbotmäßigkeit. Die Einberuferinnen dieser Konferenz zeigten sich von der Kritik unbeeindruckt: »Wir haben es satt, immer nur als geduldete Personen oder als Dekorationsstücke in irgendeiner Vertretung (Leitung, G.H.) zu fungieren.« Ihr Ziel war, sich reichsweit eine gemeinsame Struktur, ähnlich der Männerpartei, zu geben und eine zentralisierte Politik für die Agitation und Integration von weiblichen Mitgliedern zu beschließen.

FRAUENSEKTIONEN

Allerdings traten in den Wortmeldungen an der Konferenz tiefe Meinungsverschiedenheiten hervor – die Frage um die Priorität zwischen gewerkschaftlicher und (bildungs)politischer Organisation spaltete auch die Frauen. In der Hitze des polemischen Gefechts äußerte Cilli Lipka gar die Meinung, dass ihr eine »einzige Genossin in der Gewerkschaft lieber (sei) als eine überfüllte Frauenorganisation«. Die anwesenden Vertreter des Parteivorstandes und der Gewerkschaftskommission verstanden es – unter Zuhilfenahme von Formulierungen wie dem »gesunden politischen Instinkt der Industriearbeiterinnen« – die Mehrheit für ihre Sache zu gewinnen. In der abschliessenden Resolution zur Organisation wurde die politische Gleichberechtigung, das heißt Frauenwahlrecht und Streichung des § 30 aus dem Vereinsrecht, außen vor gelassen und die Einrichtung von Frauensektionen in allen Bereichen der Gewerkschaften beschlossen. Das neue Leitungsgremium »Frauenreichskomitee« fungierte als »beratendes Gremium« und musste Parteileitung und Gewerkschaftskommission bei der Beschlussfassung hinzuziehen.

Der Elan mit dem die frühen Sozialdemokratinnen in den 1890er Jahren versucht hatten, sich bei ihren »Genossen« Gehör zu verschaffen, ihre Entschlossenheit sich auch als Minderheit dem Druck der männlichen Mehrheit nicht

zu beugen, ja ihre Radikalität verpuffte. Dafür bekamen sie zumindest zum Teil Lob und Anerkennung. Sie fungierten zusehends als Komplizinnen der Strukturen und des Verhaltens ihrer »Genossen«. Müde des Vorwurfes der »Frauenrechtleri«, der Kritik angesichts ihrer als »Sonderwünsche« kategorisierten Frauenforderungen, ergaben sie sich dem »diskreten Charmes« des Nebenwiderspruches. Eine Heimat in der sozialdemokratischen Familie gefunden zu haben, nicht nur geduldet, sondern anerkannt zu werden, parteiinterne, später parlamentarische Karrieren waren der Lohn des gewünschten Verhaltens.

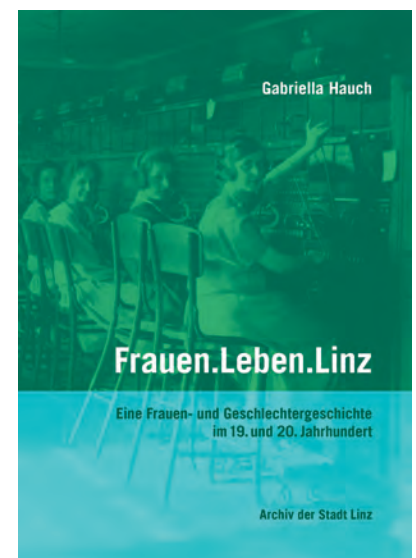


GABRIELLA HAUCH

ist Professorin für Geschichte der Neuzeit an der Universität Wien mit dem Schwerpunkt Frauen- und Geschlechtergeschichte.

Literatur:

Gabriella Hauch, Frauen bewegen Politik. Österreich 1848–1938, Innsbruck/Wien/Bozen 2009; Studienverlag.



UNSERE STADT!

JÜDISCHES MUSEUM WIEN



Zur programmatischen Krise der Sozialdemokratie

Als sich die SPÖ 1978 ein neues Parteiprogramm gab, war die Welt für sie zumindest an der Oberfläche noch in Ordnung. Absolute Mehrheit im Inland, allgemeine Bewunderung im Ausland und eine optimistische Vision, das Land vom kapitalistischen Wohlfahrtsstaat zur sozialen Demokratie weiterzuentwickeln. Josef Falkinger untersucht in seinem Beitrag das Paradoxon, warum es gerade von diesem Zeitpunkt an bergab ging.

Die zentrale Ursache für den Politikwechsel der SPÖ in den 1980er-Jahren war neben der Krise der Verstaatlichten Industrie die rapide Veränderung des internationalen Umfeldes. Ronald Reagan in den USA, Margaret Thatcher in Großbritannien, der gescheiterte Versuch der ersten Regierung Mitterrand, ein Gegenmodell zum angelsächsischen Neoliberalismus zu entwickeln – all das veränderte die Rahmenbedingungen nationalstaatlicher Politik dramatisch. Hinzu kam einige Jahre später noch der Zusammenbruch der staatssozialistischen Systeme des Ostblocks. Konnte die SPÖ bis in die 1980er-Jahre noch die Spannungen zwischen Ost und West nutzen, um einen relativ eigenständigen Weg zu gehen, geriet sie nunmehr in den Sog einer neuen internationalen Dynamik, die zunehmend von Finanzmärkten und freiem Kapitalverkehr bestimmt wurde. Die SPÖ war nicht mehr Herr der Ereignisse, die Ereignisse spülten sie vor sich her. Die folgenden Versuche, wieder programmatischen Halt zu finden, glichen von den Perspektiven '90 bis zum Parteiprogramm 1998 den Griffen eines Schwimmers im reißenden Strom nach einem herabhängenden Ast.

1987 schrieb Josef Cap noch, es gelte im Verlauf der Modernisierung, die Zweidrittelgesellschaft und die ökonomische Kolonisierung Österreichs zu verhindern [Cap, 1987]. 20 Jahre später haben wir sowohl die Zweidrittelgesellschaft als auch eine starke Abhängigkeit der österreichischen Wirtschaft von internationalen Großkonzernen (Siemens, Borealis, ...) einerseits und den internationalen Finanzmärkten andererseits.

Im Parteiprogramm 1998 lesen wir: »[...] die Bürgerinnen und Bürger Europas vertrauen darauf, dass die Sozialdemo-

kratie Reformen durchführt, aber soziale Stabilität bewahrt, dass sie die Kraft zur Veränderung hat, aber das menschliche Maß nicht aus den Augen verliert; [...]«

Während das Wort Reform in der traditionellen Sozialdemokratie immer eine Verbesserung des Lebensstandards bedeutete, wird es hier in einen Gegensatz zum Begriff der sozialen Stabilität gebracht, die Kraft zur Veränderung in einen Gegensatz zum menschlichen Maß. Was hier passiert, ist nichts weniger als eine Umwertung der Werte. Reformen bedeuten jetzt ein Mehr an Marktkonformität, ein Mehr an Wettbewerbsfähigkeit. Der Unterschied zu liberalen Parteien besteht jetzt darin, dass SozialdemokratInnen im Organisieren neoliberaler Transformation auch die soziale Stabilität im Auge behalten. Die Sozialdemokratie definiert sich im Parteiprogramm von 1998 im Wesentlichen als neoliberale Partei mit menschlichem Antlitz. Schröder und Blair gelten als bewundernswerte Proponenten einer neuen Ära in Europa:

»Es ist kein Zufall, dass die Sozialdemokratie in den letzten Jahren zur größten politischen Kraft in Europa aufgestiegen ist [...]« (SPÖ-Parteiprogramm 1998)

Fünfzehn Jahre später, nach der größten Wirtschaftskrise seit 1929, ist von diesem Optimismus nichts mehr zu spüren. Heute erlebt die Sozialdemokratie eine der größten Krisen seit ihrem Bestehen: die historisch niedrigsten Wahlergebnisse in Deutschland, Großbritannien, Österreich und Spanien, eine an der Wahlurne atomisierte Sozialdemokratie in Griechenland, die niedrigsten Zustimmungsraten für den sozialdemokratischen französischen Präsidenten seit es Aufzeichnungen

gibt. Angesehene sozialdemokratische Historiker wie Tony Judt sprachen nach 2008 überhaupt vom drohenden Scheitern der Sozialdemokratie als politische Strömung. [Judt, 2013]

SCHWIERIGE NEUORIENTIERUNG

Die Hauptursache für die drohende Implosion der Sozialdemokratie ist die, dass dieser Partei der Neoliberalismus von den Wählern und Wählerinnen am wenigsten verziehen wird. Von anderen Parteien erwartet man nichts anderes, von der Sozialdemokratie schon. Mittlerweile hat der Neoliberalismus zumindest in den Basisorganisationen, in den Gewerkschaften und auch unter den FunktionärInnen seinen Zenit vermutlich überschritten. Die Neuorientierung fällt aber schwer. Sie macht vor allem Angst. Ich meine damit keine irrationale Furcht vor den WählerInnen und Wählern wie sie Robert Misik diagnostiziert [Misik, 2013], sondern eine höchst rationale Furcht vor der Reaktion der Märkte auf eine Neuorientierung. Die Furcht, von den Ratingagenturen und Finanzmärkten abgewertet zu werden, die Furcht vor der Reaktion der vielen internationalen Konzerne, die mittlerweile die österreichische Wirtschaft dominieren, die Furcht vor der Abwanderung von Vermögen, die Furcht, das Missfallen Europas im Allgemeinen und Deutschlands im Besondern zu erregen. Speziell die Ausrichtung der österreichischen Zulieferindustrie auf deutsche Konzerne, die Dominanz deutscher Konzerne als Investoren in der österreichischen Industrie macht hier empfindlich.

Deshalb dominiert im Wesentlichen noch immer der Sachzwang der Märkte die Politik der Sozialdemokratie. Eine wirklich eigenständige sozialdemokratische Politik traut sich die Parteispitze nicht zu. Das ist aber keine zukunftssträchtige Strategie. Es ist im Prinzip ein Weg, der geradewegs in die Postdemokratie führt, die der britische Soziologe Colin Crouch [Crouch, 2008] in seinem vieldiskutierten Buch beschreibt: Weil WählerInnen nicht mehr wirklich entscheiden können – das tun die Finanzmärkte – verabschieden sie sich aus dem politischen System. Im Spektrum der WählerInnen unter 30 Jahren ist die spö bereits eine Kleinpartei. Solange diese jungen Menschen die Politik beobachtet haben, hat die spö den Menschen suggeriert, dass in einem internationalen neoliberalen Umfeld keine echte sozialdemokratische Politik mehr möglich ist. Es ist nur konsequent, wenn JungwählerInnen zum Schluss kommen, die Zeit der Sozialdemokratie wäre abgelaufen. Auch die Gewerkschaften drängen auf einen neuen Kurs, denn auch die ArbeiterInnen kehren der Partei den Rücken. Dass es eine gewisse Rückkehr zu klassischer

sozialdemokratischer Politik braucht, ist deshalb heute auch nicht wenigen FunktionärInnen klar. Nur wie soll diese im heutigen internationalen Umfeld aussehen?

Ich denke, die dominierende Antwort auf diese Frage ist heute die Projektion aller sozialdemokratischen Sehnsüchte auf das Projekt Europa. Kurz: Soziale und wirtschaftspolitische Reformen seien nur noch auf europäischer Ebene möglich, weil sie sonst sofort mit einer Verschlechterung der Wettbewerbsposition des eigenen Landes und damit auch mit Wohlstandsverlusten der eigenen ArbeitnehmerInnen verbunden wären. Diese Sichtweise ist sicherlich nicht falsch. Alleine wenn wir an den Keynesianismus denken: Geldpolitik kann heute nur noch in Frankfurt gemacht werden, auch eine Steigerung der effektiven Nachfrage ist in einer kleinen offenen Volkswirtschaft ein nicht ungefährliches Unterfangen, wenn andere Länder nicht mitspielen. Aber sind die Hoffnungen auf eine Transformation der EU realistisch?

HOFFUNG EUROPA?

Heute personifiziert Martin Schulz, der europaweite sozialdemokratische Spitzenkandidat für die EU-Wahl, die sozialdemokratischen Hoffnungen auf eine Vertiefung des europäischen Einigungsprozesses. Wenn die spE die EU-Wahl gewinnt – so die Idee –, dann könnte er den Anspruch auf den Kommissionsvorsitz stellen und in weiterer Folge Druck in Richtung einer sozialdemokratischen europäischen Wirtschaftspolitik machen: Umverteilung, Wachstum und Stärkung der Kaufkraft könnte dann den aktuellen Sparkurs ablösen. Aber wie realistisch ist dieses Konzept? Selbst wenn Martin Schulz Kommissionspräsident wird – die tatsächliche Regierung der EU bleibt der Ministerrat. Die faktischen Entscheidungen werden weiter von den europäischen Großmächten vorgegeben, von Frankreich, Großbritannien und Deutschland, mehr und mehr von Deutschland alleine. Martin Schulz wird nichts ausrichten können, wenn Deutschland und England konservativ regiert werden und in Frankreich die Sozialdemokratie gerade abstürzt. Aber auch unter anderen Umständen wäre es schwer genug. Die EZB und auch die gerade entstehende europäische Bankenunion unterstehen nicht der Aufsicht des europäischen Parlaments. Der renommierte Gesellschaftsforscher Wolfgang Streeck stellte kürzlich in einer vieldiskutierten Analyse die These auf, dass der institutionelle Rahmen der EU an sich auf neoliberale Politik ausgerichtet sei. [Streeck, 2013] Die Antwort von Jürgen Habermas und anderen Intellektuellen sind die Vereinigten Staaten von Europa, ein institutioneller Neubeginn auf demokratischer Basis. [Habermas, 2011] Aber der

Weg dorthin ist ebenfalls schwierig. Die USA brauchten eine Revolution und einen Bürgerkrieg, um sich als Nation zu etablieren.

Im Sinne der Realpolitik muss die Frage gestellt werden: Was macht die Sozialdemokratie bis dahin? Wenn es überhaupt eine Chance gibt, die Vereinigten Staaten von Europa zu erringen, dann muss die Initiative von einigen sozialdemokratisch regierten Staaten ausgehen. Und diese Regierungen müssen bereits im nationalen Rahmen Erfolge vorweisen, sonst können sie kein Modell für andere Länder schaffen – Nachahmer motivieren. Mit dem einzigen Versprechen zukünftiger Handlungsfähigkeit in einem zukünftigen sozialdemokratisch geführten Europa können weder Wahlen gewonnen, noch Regierungen gestaltet werden.

Die strategische Frage der Sozialdemokratie bleibt auf diese Weise die Frage nach dem Handlungsspielraum auf der Ebene des Nationalstaates. Selbstverständlich kann heute eine wirtschafts- und sozialpolitische Wende nachhaltig nur in großen Wirtschaftsräumen gesichert werden, aber sie muss zuerst auf nationaler Ebene von einzelnen Staaten begonnen werden. Wir müssen erste sozialdemokratische Antworten auf nationaler Ebene haben. Die momentan vorherrschende Doktrin der Ohnmacht auf nationalstaatlicher Ebene muss grundlegend hinterfragt werden. Es gilt, den politischen Handlungsspielraum auf der Ebene des Nationalstaates neu zu definieren. Tun wir das nicht – so meine ich – bleibt auch das sozialdemokratische Europa eine Chimäre.

Selbstverständlich wird der nationalstaatliche Handlungsspielraum nicht nur von ökonomischen Sachzwängen bestimmt, sondern auch von politischen Kräfteverhältnissen, zum Beispiel von parlamentarischen Mehrheitsverhältnissen. Es ist aber sinnvoll, die Frage des grundsätzlich ökonomisch Machbaren von der Frage des parlamentarisch Umsetzbaren zu trennen. Man könnte zu diesem Zweck einen primären Handlungsspielraum von einem sekundären Handlungsspielraum unterscheiden. Der primäre Handlungsspielraum bezeichnet dann das Machbare vor der Frage nach den realen Mehrheitsverhältnissen: Was könnte die SPÖ umsetzen, wenn sie alleine regieren würde? Der sekundäre Handlungsspielraum stellt in einem zweiten Schritt die Frage der Durchsetzung im realpolitischen Kräftespiel. Meine These lautet, dass das sehr defensive, ja auch ängstliche Auftreten der SPÖ im Spiel der politischen Kräfte aus der Unsicherheit über den primären Handlungsspielraum resultiert. Diese Unsicherheit verengt in

der Folge auch den sekundären Handlungsspielraum, also den Handlungsspielraum etwa in der parlamentarischen Arbeit und im Koalitionsspoker. Um es präzise auszudrücken: Werner Faymann ist möglicherweise gar nicht so traurig, dass er nicht die absolute Mehrheit hat, denn eine rein sozialdemokratische Politik würde ihm Angst machen.

Das wichtigste politische Thema der letzten fünf Jahre war die Bankenkrise und die Frage der Bankenrettung. Ich möchte deshalb die Diskussion des Handlungsspielraumes anhand dieser konkreten Frage beginnen.

AM BEISPIEL BANKENRETTUNG

In Bezug auf die Bankenrettung hat Österreich seinen nationalstaatlichen Handlungsspielraum meines Erachtens nicht genutzt. Die österreichische Politik hätte grundsätzlich nicht auf die europäische Bankenunion warten müssen, um die Abwicklung der Pleitebanken anders zu organisieren. Man hätte bereits 2009, so wie jetzt geplant aber keineswegs garantiert, große Gläubiger und Finanzspekulanten zur Kasse bitten können. Man hätte die staatlichen Garantien rein auf Sparguthaben beschränken können, usw. In diesem Fall wäre die budgetäre Situation heute deutlich besser.

Jetzt kann im Sinne des sekundären Handlungsspielraumes eingewandt werden, dass die SPÖ in dieser Zeit keine parlamentarische Mehrheit hatte, sich in einer Koalition befand, usw. Ich denke aber, dass ein klares Aufzeigen des primären Handlungsspielraumes in dieser Frage Mehrheiten verändern hätte können. Ein Koalitionsbruch in der Frage der Bankenrettung wäre für die Wählerinnen und Wähler nachvollziehbar gewesen. Bei Neuwahlen hätte die SPÖ dazugewinnen können. Der gesetzliche Rahmen für eine unabhängige, sozialdemokratische Bankenpolitik hätte vor oder nach den Neuwahlen in Form von Gesetzesentwürfen direkt ins Parlament eingebracht werden können. Ich möchte mit diesem Beispiel veranschaulichen, dass die Ursache für den Koalitionsfetischismus der letzten sieben Jahre mehr in der Unklarheit über die Möglichkeit einer eigenständigen, von den Finanzmärkten unabhängigen Politik zu suchen ist, als in den praktischen Mehrheiten im Parlament. Ist es doch zumindest kurzfristig viel bequemer, mit dem Strom zu schwimmen, als eigene Wege zu gehen.

Ich möchte noch einen Schritt weiter gehen. Ohne staatlich garantierte Interbankenkredite wären seit 2009 alle Banken pleite. Das Damoklesschwert weiterer Bankenpleiten

hängt noch immer über Österreich. Wir brauchen nur daran denken, dass der Konkurs der Hypo Alpe Adria die Raiffeisen Zentralbank ins Trudeln bringen würde. 2009 hätte die österreichische Politik grundsätzlich die Chance gehabt, das offensichtliche Versagen des marktwirtschaftlich organisierten Bankensystems für eine grundsätzliche Neuorganisation zu nutzen, anstatt Garantien auszusprechen. Das Argument ist einfach: Wenn die SteuerzahlerInnen ohnehin jeden Tag das volle Risiko tragen, dann sollen sie auch die Organisation der Banken bestimmen dürfen. Es handelt sich dabei sogar um ein neoliberales Argument: Der Risikoträger soll auch Eigentümer sein. Bruno Kreisky sah in einem weitgehend öffentlichen Bankensystem die Grundlage ökonomischer und politischer Eigenständigkeit. Das Programm von 1978 nennt ein weitgehend öffentliches Bankensystem als zentralen Hebel, Verzerrungen an den Finanzmärkten in Grenzen zu halten.

Ein öffentliches Bankensystem würde im Gegensatz zu den Privatbanken die momentan niedrigen Zinsen an Klein- und Mittelbetriebe weitergeben. Gemeinsam mit einem öffentlichen Bankensystem könnte die Regierung eine auf Spitzentechnologie und F&E ausgerichtete Industriepolitik betreiben. Riskante Spekulationsgeschäfte würden unterbunden, Finanzinvestoren und Immobilienspekulanten müssten mit hohen Zinsen rechnen oder würden bei Gefahr im Verzug gar keine Kredite mehr erhalten. Gerade mit Hilfe eines öffentlichen Bankensystems und einer Politik des gestuften Zinses wurden Österreich, Deutschland und Japan in der Nachkriegszeit sowie China in der Gegenwart zu am Weltmarkt äußerst erfolgreichen Industrienationen. [Judt, 2013] Seit der Privatisierung der Banken gibt es in den meisten Ländern keine makroökonomisch koordinierte Industriepolitik mehr. Mit ein Grund, warum die EU-Länder und die USA laufend gegenüber China zurückfallen.

Ich bin überzeugt, dass die SPÖ mit einer eigenständigen Politik in Hinblick auf die Bankenrettung und die Finanzkrise eine breite Popularität weit über die Grenzen ihrer KernwählerInnen hinaus gewinnen hätte können und noch immer gewinnen könnte. Doch kommen wir zu einer weiteren Urangst, mit der sich die Sozialdemokratie ihren Handlungsspielraum a priori einschränkt: die Angst vor der Reaktion der Industrie auf ihre Politik.

INDUSTRIEPOLITIK UND GLOBALISIERUNG

Wolfgang Streeck interpretiert die sozioökonomische Wende der frühen 1980er-Jahre als Folge einer Rebellion von Kapi-

talisten mit dem Mittel des Investitionsstreiks. [Streeck, 2013] Das Phänomen der Globalisierung wird von Anfang an mit einer gestiegenen Mobilität des Industriekapitals verbunden, der steigenden Gefahr, der Abwanderung oder Verlagerung von Produktionsstätten. [Hobsbawm, 1995] Auch wenn es in letzter Zeit etwas stiller um dieses Thema geworden ist – die Gefahr ist real. In den letzten zehn Jahren gingen etwa in Frankreich 750.000 Jobs in der Industrie verloren. Als Ursache werden neben schlechtem Management hohe Lohnstückkosten, der hohe Mindestlohn und die 35-Stunden-Woche genannt. [Der Standard, 15.9.2013] Die Unternehmer halten Investitionen zurück. Die Folge ist Rekordarbeitslosigkeit. Selbstbewusst versprach der Unternehmerverband MEDEF in einem offenen Brief an die Regierung eine Million Arbeitsplätze durch Investitionen zu schaffen, falls die Regierung deutliche Steuersenkungen vornehme. Wir haben es hier in Wirklichkeit mit einer Art politischem Streik zu tun – nur dass die Streikenden in diesem Fall die Industriellen Frankreichs sind. [Der Spiegel, 25.10.2013]

Das Drohpotential der Industrie muss regierenden Sozialdemokraten Angst machen. Schon ohne die Einführung eines Mindestlohnes verlagert beispielsweise die VOEST Investitionen ins Ausland. Laut Wolfgang Eder wäre das neue Hightechwerk in Österreich gebaut worden und nicht in Texas, wenn nicht die Lohnkosten, die CO₂-Abgaben und die Energiepreise hier zu hoch wären. Die VOEST profitiert in den USA auch von dem in Europa umstrittenen Abbau von Schiefergas. Dies obwohl die in den USA hergestellten Eisenbriketts zur Weiterverarbeitung wieder 5.000 Kilometer nach Österreich zurückgeschippert werden müssen. Fünfzig Prozent der Stahlindustrie in Europa sei aufgrund von Sozial- und Umweltstandards nicht zu halten, so Eder. [Der Standard, 19.12.2012] Selbstverständlich würden sozialdemokratische Forderungen wie ein Mindestlohn von 1.500 Euro die Gefahr der Abwanderung erhöhen. Ganz zu schweigen von Forderungen nach einer Senkung der Subventionen auf ein europäisches Durchschnittsniveau, fairen Lohnerhöhungen, einer Anhebung der Körperschaftssteuern oder einer Arbeitszeitverkürzung. Die reale Existenz der Gefahr bedeutet aber nicht, dass es keine Gegenstrategien gibt. Über solche müssen sich SozialdemokratInnen und GewerkschafterInnen den Kopf zerbrechen, wenn sie sich nicht dauerhaft erpressen lassen wollen.

Dabei waren wir schon einmal weiter. Das traditionelle sozialdemokratische Konzept von der Wirtschaftsdemokratie geht davon aus, dass Kapitaleigentümer nicht alleine über ihre

Produktionsmittel entscheiden dürfen sollen. [Naphtali, 1966] Das Parteiprogramm von 1978 sieht eine paritätische Besetzung der Aufsichtsräte von Gesellschaften mit VertreterInnen der ArbeitnehmerInnen vor. Eine solche paritätische Besetzung, wie sie beispielsweise auch in der deutschen Autoindustrie existiert, würde eine Abwanderung erschweren. Mit gutem Recht könnte die Sozialdemokratie sich dafür einsetzen, auch anderen sogenannten Stakeholdern wie Gemeinden und NGOs Mitsprache einzuräumen, zumindest wenn es um die Frage des Standortes geht.

Neoliberale ÖkonomInnen werden einwenden, dass ein Land, welches seine Industrie in ein »Korsett« der Mitbestimmung zwingt, gar keine Investitionen mehr anziehen wird. Hier stellt sich aber die Frage, ob eine Strategie dauerhaft sinnvoll ist, die darauf beruht, dass sich Staaten gegenseitig Investitionen abluchsen, indem sie sich wechselseitig unterbieten. Aus diesem Karussell gilt es auszusteigen. Mag sein, dass dann keine großen Auslandsinvestitionen mehr angelockt werden können. Die fehlenden Auslandsinvestitionen müssten kompensiert werden durch die Investitionen der öffentlichen Banken, die statt Finanzinvestitionen gemeinsam mit dem Wirtschaftsministerium eine aktive, auf Spitzentechnologie und Forschung&Entwicklung ausgerichtete Industriepolitik betreiben.

Wiederum bin ich überzeugt, dass dieses Programm, durch eine stärkere Beteiligung von ArbeitnehmerInnen an der Unternehmensleitung Industriebetriebe und deren Investitionen im Inland zu halten, große Popularität ernten würde.

KAPITALFLUCHT

Die Einführung der sogenannten Reichensteuer in Frankreich hat unmittelbar zu einer Kapitalflucht von 70 Milliarden Euro geführt. Kapitalflucht hat schon in der Vergangenheit eine wesentliche Rolle gespielt, sozialdemokratische Regierungen zu Fall zu bringen, namentlich im Fall der ersten Regierung Mitterand 1981–1983 und im Fall der Regierung Léon Blum 1936–1937. Ein möglicher Grund, warum die spö-Spitze sich lange wehrte, die Forderung nach einer Erhöhung von Vermögenssteuern anzunehmen und auf diese Forderung nach der Wahl noch vor Beginn der Koalitionsverhandlungen wieder verzichtete. [Die Presse, 9.4.2013] Es gibt jedoch Gegenstrategien. Die erste besteht darin, zu der us-amerikanischen Praxis der Besteuerung nach Staatsbürgerschaft überzugehen. Dadurch würde das Vermögen österreichischer StaatsbürgerInnen weltweit besteuert. Diese müssten jährlich sämtliche

Konten offenlegen und bei Zuwiderhandlung mit hohen Strafen rechnen. Wer seine Staatsbürgerschaft zurücklegen möchte, wird in den USA mit einer Exit Tax besteuert. Mit der Größe von Vermögen sollte zudem die Wahrscheinlichkeit einer Steuerprüfung zunehmen. Zudem könnte die Steuerprüfung ins Ausland geflüchtetes Vermögen regelmäßiger prüfen als im Inland verbliebenes, um eine Verlagerung zusätzlich unattraktiv zu machen. Die größten Vermögen sollten regelmäßig vollständig geprüft werden. Wissenschaftliche Studien zeigen, dass sich der höhere Verwaltungsaufwand auch monetär um ein Vielfaches lohnt. [Liebert, 2011] Steuerhinterziehung und Steuerflucht dürfen keine Kavaliersdelikte mehr sein. Es handelt sich dabei um ein schweres Vergehen gegen das Gemeinwohl und gegen die Republik Österreich. Und gesetzt den Fall, es käme trotzdem zu einer Massenflucht von Kapital, die für die österreichischen Banken existenzbedrohend wäre? Das EU-Land Zypern hat in einem solchen Fall mit Zustimmung der EU Kapitalverkehrskontrollen eingeführt. [Die Welt, 22.3.2013]

STAATSSCHULDEN

Die unmittelbarste Angst sozialdemokratischer SpitzenpolitikerInnen – wir konnten uns in der Diskussion der Schuldenbremse davon überzeugen – ist die Angst vor den Ratingagenturen und davor, dass Gläubiger die Zinsforderungen für Staatsanleihen erhöhen könnten. Auch diese Angst ist vollaufberechtigt. Die großen Gläubiger sind sich ihrer Macht sicher bewusst, und es wäre naiv, zu denken, dass sie diese Macht nicht gebrauchen würden, um ihre Interessen durchzusetzen. Gerade linke sozialdemokratische Regierungen werden von den Finanzmärkten mit Argusaugen beobachtet. Aus diesem Grund ist zu erwarten, dass jede Regierung von den Finanzmärkten abgestraft wird, die ihre Politik der Kontrolle der Finanzmärkte entziehen möchte.

Die Wiederherstellung des Primats der Politik wird dem Widerstand der großen Gläubiger begegnen müssen. Aber auch hier gibt es Alternativen: Wollen wir uns nicht erpressen lassen, müssen wir im äußersten Fall den Spieß umdrehen und damit drohen, einen politisch motivierten Gläubigerstreik gegen die Republik mit einem kompletten Zahlungsstopp unsererseits zu beantworten. Es gilt auch – durchaus in der Tradition der Außenpolitik Kreiskys – die gegensätzlichen Interessen in einer multipolaren Welt auszunutzen. Die Verbindungen zu sparfremden Ökonomien außerhalb der EU und der USA müssen intensiviert werden, ohne neue einseitige Abhängigkeiten zu generieren.

GEMEINWIRTSCHAFT

Der Rückgang der Gemeinwirtschaft ab Mitte der 1980er-Jahre hat in Österreich zu einer bedenklichen Dominanz von Auslandskapital geführt. Diese Entwicklung wurde bereits vor den großen Privatisierungswellen von ÖkonomInnen konstatiert, hat sich seitdem aber noch verschärft. [Ederer, Goldmann, 1988] Die in der Sozialdemokratie bis Mitte der 1980er-Jahre unbestrittene These, dass die Gemeinwirtschaft eine Grundlage der österreichischen Eigenständigkeit darstellt, hat sich leider vollauf bewahrheitet. Wenn wir das Primat der Politik wiederherstellen wollen, und konkret die Erpressbarkeit reduzieren möchten, dann ist eine Rückkehr zu Elementen der Gemeinwirtschaft unumgänglich. In diesem Zusammenhang gilt es aber genau zu analysieren, warum die österreichische Verstaatlichte scheiterte. Peter Kreisky und Kurt Bayer sind in ihrer Analyse zum sehr plausiblen Schluss gekommen, dass die Verstaatlichte an ihren hierarchischen und intransparenten Arbeits- und Führungsverhältnissen scheiterte. Partikularistische Klientelpolitik verunmöglichte die Entwicklung einer innovativen und zeitgemäßen Strategie, sich in einem schwierigen internationalen Umfeld durchzusetzen. So kam es statt einer aktiven Internationalisierung und Modernisierung der gemeinwirtschaftlichen, eigenständigen Industrie zu einem passiven Erleiden der Globalisierung durch schrittweisen Ausverkauf einzelner Bestandteile. [Kreisky, Bayer, 1988]

Es ist bemerkenswert, dass gerade das Parteiprogramm von 1978 mit seiner Vision der sozialen Demokratie auf eine Veränderung eben der Herrschaftsverhältnisse auch in der auch im Parteiprogramm so bezeichneten »staatskapitalistischen« Verstaatlichten Industrie abzielte. Unter sozialer Demokratie wurde vor allem vollständige Transparenz und die Einbeziehung der Beschäftigten und KonsumentInnen in sie betreffende Entscheidungen verstanden. Es sollten Institutionen für strategische Wirtschaftsplanung geschaffen werden, aber nicht um einen im stillen Kämmerlein erarbeiteten Plan wie in der sowjetischen Zentralverwaltungswirtschaft von oben aufzuktroyieren, sondern um einen demokratischen Diskussionsprozess fachlich und wissenschaftlich zu unterstützen. Gesellschaftliche Planung wurde als offene Diskussion zwischen den verschiedenen Ebenen und Organen der Gemeinwirtschaft der Kommunen, der öffentlichen Banken, der KonsumentInnen, der Betriebsräte, der Gewerkschaften und der Regierung verstanden.

SOZIALE DEMOKRATIE

In Österreich sind die Betriebsräte auf Betriebsebene an sich

eine wirtschaftsdemokratische Institution wie es sie in wenigen Ländern so gibt. Diese vorhandenen Organe können genutzt werden, um die Basis einer Wirtschaftsdemokratie etwa im Sinne des sozialdemokratischen Vordenkers Fritz Naphtali zu organisieren. [Naphtali, 1966] Meines Erachtens war es während der 1970er- und 1980er-Jahre nicht der starke Einfluss dieser Strukturen auf die österreichische Industriepolitik, der zur Krise der Verstaatlichten führte, sondern die Art und Weise wie dieser Einfluss geltend gemacht wurde. Wirtschaftsdemokratie erfordert eine breite, transparente Diskussion wirtschaftspolitischer Entscheidungen auf Betriebsebene, auf Branchenebene und auf gesamtwirtschaftlicher Ebene. [Demirovic, 2007] Auf allen diesen Ebenen wurden die Organe der ArbeitnehmerInnen sehr wohl eingebunden, die Diskussionen fanden aber lediglich im engsten Führungskreis und dort im stillen Kämmerlein statt.

Dieses System führte zu neofeudalen Strukturen, Korruption und einer Verfestigung hierarchischer Führungskultur. Was muss sich also ändern, um eine neue Kultur zu schaffen? Zum ersten muss es auf den drei Ebenen Betrieb, Branche und Gesellschaft zu einer offenen Diskussion über wirtschaftliche Entscheidungen kommen. Im Betrieb bietet das Betriebsrätesystem sehr gute Möglichkeiten dazu. Hier steht lediglich das Geschäftsgeheimnis im Weg einer transparenten Auseinandersetzung. Wirtschaftsdemokratie erfordert aber darüber hinaus die Bildung von Organen der Betriebsräte auf Branchen-, Bezirks-, Länder- und Bundesebene. Diese Organe hätten die Aufgabe, eine wirtschaftsdemokratische Diskussion zu organisieren und regelmäßige volkswirtschaftliche Kosten-Nutzen-Rechnungen durchzuführen. Selbstverständlich können und sollen zu diesen Diskussionen VertreterInnen der Gewerkschaften, von NGOs, Konsumentenorganisationen und Arbeiterkammern beigezogen werden.

AUSSENPOLITIK UND INTERNATIONALISMUS


Ziel des vorliegenden Textes ist es, den Handlungsspielraum nationalstaatlicher Politik neu zu definieren, um die Möglichkeit nationalstaatlicher Politik auch gegen die Finanzmärkte und Konzerninteressen aufzuzeigen. Dennoch ist hier eine Relativierung nötig. Emanzipative Politik muss auf nationalstaatlicher Ebene beginnen. Sie wird aber zu einer Unmöglichkeit, wenn sie auf der nationalstaatlichen Ebene stehenbleibt. Sie muss vom ersten Tag an danach trachten, Bündnispartner in anderen Ländern zu finden. Dabei geht es vor allem um eine Internationalisierung der Wirtschaft, die auf dem Prinzip der Gleichberechtigung und des wechselsei-

tigen Vorteils beruht. Es geht um solidarische Sicherung der Versorgung mit Rohstoffen, Konsumgütern und Investitionsgütern, um Wissensaustausch und um die Entwicklung gemeinsamer Strategien zur Durchsetzung einer ökologischen Wende in der Wirtschaft. Bruno Kreisky sah das Wesen der Außenpolitik in der Sicherung der nationalen ökonomischen und politischen Eigenständigkeit. Seine praktische Umsetzung dieses Prinzips kann durchaus kritisch bewertet werden, aber seine Definition der Aufgabe ist aktuell. Demgegenüber ist das Wesen der Außenpolitik heute die Sicherung des Wohlgefallens der internationalen Finanzmärkte.

Dies spiegelt sich auch darin wieder, dass Außenpolitik heute mehr und mehr von den Finanzministerien gemacht wird. Für Außenpolitik im Sinne einer Politik der ökonomischen Unabhängigkeit und Gleichwertigkeit bieten sich heute viele Möglichkeiten. Zum einen bestünde die Möglichkeit, innerhalb der EU kleinere Bündnisse einzugehen. Im Sinne eines Europas der zwei Geschwindigkeiten könnten einige Staaten bereits mit einer Sozialunion beginnen. Außerhalb der EU bieten sich in der heutigen multipolaren Welt viele Möglichkeiten, die unterschiedlichen Interessen der Großmächte zu nutzen.

INTERNATIONALISMUS

Außenpolitik ist aber nicht nur die Sicherung der wirtschaftlichen Verflechtungen, sondern hat auch eine explizit politische Dimension. Es geht vor allem auch darum, im Sinne der alten Idee des Internationalismus emanzipative Bewegungen in aller Welt zu fördern und sogar aufbauen zu helfen. Bis in die 1990er-Jahre war es für die Sozialdemokratischen Parteien Österreichs, Schwedens oder Deutschlands selbstverständlich, Schwesterparteien aufbauen zu helfen oder zu unterstützen, wenn es in Ländern zu revolutionären Umbrüchen kam: Denken wir an Nicaragua, Portugal, Spanien oder Griechenland. Wiederum gilt, dass die praktische Umsetzung dieser Politik vielfach problematisch war, das Prinzip aber korrekt. Es ist traurig, dass ArbeitnehmerInnenorganisationen heute nicht versuchen, Verbindungen zur Linken in der arabischen Welt, in Lateinamerika, den GUS-Staaten oder in Südostasien einzugehen. Im arabischen Raum können wir sehen, dass eine revolutionäre Bewegung ohne Arbeiterparteien in Militärdiktaturen oder islamischem Faschismus endet. Dies wiederum vergrößert die Unsicherheit weltweit. Die Folge sind Migrationsbewegungen und Terrorismus. Die Frage eines emanzipativen Internationalismus ist damit wieder einmal eine Frage der innenpolitischen Sicherheit.

Österreich hat diesbezüglich eine großartige Tradition. Die SPÖ war von Beginn an mit der Maifeier von 1890 eine der Vorbildsektionen der sozialistischen Internationale, Viktor Adler einer ihrer Führer. Der Österreicher Karl Kautsky galt als ihr zentraler Theoretiker. In der Zwischenkriegszeit wurde Friedrich Adler zum Sekretär der neuen Internationale. Nach dem Krieg versuchte Kreisky gemeinsam mit Olof Palme und Willy Brandt neue Akzente zu setzen. Ihre Politik, die letztlich von Anfang an sehr USA- und EWR-orientiert war, scheiterte schlussendlich daran, dass sie die neoliberale Grundausrichtung der USA und des EWRs zu spät erkannten. Aus diesen Fehlern gilt es heute zu lernen. Aber der Versuch, als kleines Land internationale Politik zu gestalten, statt sie rein zu erleiden, kann zum Vorbild genommen werden. 

JOSEF FALKINGER
arbeitet als Ökonom in Wien.

QUELLEN

CAP, Josef: Quo Vadis, SPÖ? Die Zukunft Nr. 4, 1987 | **CROUCH, Colin:** Postdemokratie, Suhrkamp, Frankfurt 2008 | **DEMIROVIC, Alex:** Mitbestimmung und die Perspektiven der Wirtschaftsdemokratie: WSI Mitteilungen 7/2008 | **DEMIROVIC, Alex:** Demokratie in der Wirtschaft, Münster 2007 | **DER STANDARD:** Frankreich: Pragmatismus gegen Industrie-Crash, 15.09.2013 | **DER STANDARD:** VOEST sieht Zukunft außerhalb Europas, 19.12.2012 | **DER SPIEGEL:** Frankreichs Unternehmer versprechen eine Million Jobs, 25.10.2013 | **DIE PRESSE:** Reichensteuer »kostete« Frankreich bis zu 70 Mrd. Euro, 9.4.2013 | **DIE WELT:** Zypern stimmt für Gesetz zur Bankensanierung, 22.3.2013 | **EDERER, Brigitte, GOLDMANN Willhelmine:** Mehr als verlängerte Werkbänke – ausländisches Kapital in Österreich nach 1945 in: Auf dem Weg zur Staatspartei, Hg.: Pelinka Peter und Gerhard Steger, Wien 1988 | **FROMM Erich:** Wege aus der kranken Gesellschaft, New York 1955 | **HABERMAS, Jürgen:** Zur Verfassung Europas. Ein Essay. Berlin 2011 | **HOBSBAWM, Eric:** Das Zeitalter der Extreme, München-Wien 1995 | **JUDT, Tony:** Nachdenken über das 20. Jahrhundert, München 2013 | **KREISKY Bruno, BAYER Kurt:** Nach dem Debakel – Die österreichische Gemeinwirtschaft in: Auf dem Weg zur Staatspartei, Hg.: Pelinka Peter und Gerhard Steger, Wien 1988 | **LIEBERT, Nicole:** Steuergerechtigkeit und Globalisierung, Münster 2011 | **MISIK, Robert:** Wir haben nichts zu fürchten als die Furcht selbst, Die Zukunft Nr. 5, 2013 | **NAPHTALI, Fritz:** Wirtschaftsdemokratie, Frankfurt 1966 | **STREECK, Wolfgang:** Gekaufte Zeit: Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus, Berlin 2013

UNSERE STADT!

JÜDISCHES MUSEUM WIEN



Mexiko: Dank Freihandel ein gescheiterter Staat

Während EU und USA dieser Tage ein Freihandelsabkommen ausarbeiten, feiert mit der nordamerikanischen Freihandelszone NAFTA das beste Beispiel für misslungene Liberalisierungsverträge ihr 20-jähriges Bestehen.

Mit der Demontage des Bretton-Woods Systems im Jahre 1973 und der Abkehr von der keynesianisch geprägten Wirtschaftspolitik mit Vollbeschäftigung, gut ausgebauten Sozialsystemen und staatlichen Interventionen in Krisenzeiten kam es zur neoliberalen Transformation des kapitalistischen Wirtschaftssystems und zum Aufstieg der Finanzmärkte, die ihre Funktion als Diener für die Realwirtschaft ablegten. Gewinne, die in der abflauenden Realwirtschaft nicht mehr zu lukrieren waren, sollten nun im Finanzsektor erzielt werden. Ist die produzierende Sphäre seit den 1970er-Jahren deutlich schwächer gewachsen, kam es im Finanzsektor zu extrem dynamischen Entwicklungen: Die globale Wirtschaftsleistung hat sich bis Mitte der 2000er-Jahre lediglich verfünffacht, im Gegensatz dazu hat sich das Gesamtanlagevermögen an den Finanzmärkten versechzehnfacht und lag im Jahr 2007 bei rund 196 Billionen US-Dollar. Auch auf politischer Ebene kam es zur Trendwende: Thatcher und Reagan läuteten in Großbritannien und den USA eine neue Ära ein, die von Privatisierungen, der Zerschlagung der Gewerkschaften und hoher Arbeitslosigkeit geprägt war.

VOM »MILAGRO MEXICANO« IN DIE STAATSPLEITE

In Mexiko setzte die neoliberale Wende nach Jahrzehnten wirtschaftlichen Aufschwungs, eines »milagro mexicano«, spätestens ab den 1980er-Jahren ein. Anzeichen für ein Ende des bisher verfolgten Wirtschaftsmodells der importsubstituierenden Industrialisierung¹ gab es freilich schon früher. Ende der 1960er-Jahre begann sich eine Wirtschaftskrise anzubahnen, die ihren Höhepunkt zu Beginn der 1980er-Jahre in Form einer massiven Schuldenkrise und der Zahlungsunfähigkeit Mexikos fand. Sinkende Rohstoffpreise bei gleichzeitigem Anstieg der Importpreise für Industriegüter aus Europa und den USA, eine überbewertete Währung und kräftige Zins-

erhöhungen in den USA 1979² ließen Mexiko in ein immer krasserer Leistungsbilanzdefizit schlittern. Anstatt die von staatlichen Eingriffen geprägte Politik weiterzuverfolgen, setzte die mexikanische Regierung auf eine exportorientierte Liberalisierungspolitik.

Die Präsidenten De la Madrid und Salinas, beide Angehörige der PRI³, die von 1929 bis 2000 ununterbrochen an der Macht war und seit den letzten Wahlen erneut den Präsidenten stellt, exekutierten die mit dem IWF vereinbarten »Stabilisierungs- und Austeritätsprogramme«⁴. Diese beinhalteten einen Mix aus kurzfristiger Stabilisierung (Haushaltskürzungen, Lohnsenkungen, Zinserhöhungen, Abwertung der Währung) und langfristiger Strukturanpassung, durch Öffnung des Handels, freien Geld- und Kapitalverkehr, Privatisierung staatlicher Unternehmen (allein zwischen 1982 und 1990 schrumpfte die Anzahl der Staatsbetriebe von 1.155 auf 285⁵), Flexibilisierung und Liberalisierung der Arbeitsverhältnisse⁶. Der radikale Kursschwenk der Regierung hin zur neoliberalen Umstrukturierung Anfang der 1980er-Jahre markiert den Auftakt der bis heute andauernden Neuordnung der Wirtschaftspolitik.

VERLORENE 80ER-JAHRE

Die rasante Handelsliberalisierung leitete eine regelrechte De-Industrialisierung ein: Die Senkung der Importzölle sowie die Abschaffung der Einfuhrgenehmigungen mündeten in Insolvenzrekorde im mexikanischen Industriebereich⁷. Auch die Sozialversicherungen spürten den Kurswechsel der Regierung: Zwischen 1982 und 1988 hagelte es im Arbeits- und Sozialbereich Leistungskürzungen von rund 60 Prozent, im Bildungsbereich um 33 Prozent und im Gesundheitswesen um 16,5 Prozent. Gleichzeitig explodierten die Ausgaben für

die Rückzahlung der öffentlichen Verschuldung (+99,5 Prozent), die Ausgaben für Verteidigung wuchsen um 5 Prozent⁸. Das Sanierungskonzept traf die Bevölkerungsmehrheit, die sich mit einem sinkenden Lebensstandard konfrontiert sah. Die Anzahl der Firmenzusammenbrüche schnellte ebenso in die Höhe wie die Arbeitslosenzahlen⁹. Das BIP stagnierte, während es noch im vorigen Jahrzehnt hohe Zuwächse von durchschnittlich 7 Prozent gab.¹⁰ Die 80er-Jahre gingen als »década perdida« (verlorene Dekade) in die Geschichte ein.¹¹

MIT DER NAFTA...

Festgeschrieben wurde die exportorientierte Wirtschaftspolitik mit dem Beitritt Mexikos zum nordamerikanischen Freihandelsabkommen NAFTA 1994. Der Eintritt in die OECD ein Jahr zuvor bedeutete wiederum die Aufhebung jeglicher Einschränkung der Kapitalmobilität.¹² Neben der Integration Mexikos in OECD und NAFTA bewirkten der Privatisierungsboom und die radikalen haushalts- und geldpolitischen Maßnahmen einen immensen Zustrom privaten Kapitals: Von 1990 bis 1993 wuchsen die Kapitalströme von 10,6 auf über 81 Milliarden US-Dollar.¹³ Schon war Mexiko in den Augen des internationalen Kapitals ein wirtschaftlicher Musterknabe, der lukrative Anlagemöglichkeiten bot. Ringsum wurden Lobeshymnen auf die Salinas-Regierung gesungen – so schrieb etwa die englische Wochenzeitschrift »The Economist« im Dezember 1991: »In Mexiko regiert wahrscheinlich das beste Team an Wirtschaftsexperten, das es je weltweit gegeben hat.«¹⁴

...IN DIE KRISE

Die überschäumenden Kapitalzuflüsse führten auch zur Überbewertung der mexikanischen Währung, die wiederum die Importe so anheizte, dass das Handelsdefizit verschärft wurde. Da ausländische InvestorInnen ihr Kapital hauptsächlich in Portfolio- und Direktinvestitionen steckten, war es einfach und schnell abziehbar.¹⁵ Spätestens Ende 1994 stockte der Enthusiasmus über die ökonomische Performance Mexikos. Die Währungsaufwertung verbilligte die Importe bei gleichzeitiger Verteuerung der Exporte. Zugleich wuchs aber auch der Schuldendienst für die höheren Fremdwährungsverbindlichkeiten; Leistungsbilanzdefizit und Auslandsverschuldung stiegen an. Dadurch wurde Mexiko immer abhängiger von einem beständigen Zustrom immer neuen Kapitals. Die überbewertete Währung schadete der Wettbewerbsfähigkeit der mexikanischen Exporte, während gleichzeitig ein Konsumrausch (vor allem innerhalb der Mittel- und Oberschicht) die Importe anregte. Dies war wiederum eine Folge der Struktur-

passungspolitik: Dank der De-Industrialisierung war Mexikos Fertigungsindustrie nicht mehr in der Lage, die steigende Nachfrage nach leichten und haltbaren Konsumprodukten abzudecken.¹⁶ Professionelle AnlegerInnen nutzten ihren Informationsvorsprung und wurden angesichts der wackeligen makroökonomischen Situation hellhörig. Sie begannen, ihr Kapital aus Mexiko abzuziehen. Schon beim ersten Abwertungsschritt der Regierung im Dezember 1994 setzte eine Vertrauenskrise ein – ein massiver Abzug von Kapital wurde in Gang gesetzt.¹⁷ Begleitet wurde die sich anbahnende wirtschaftliche Misere von einer zunehmend instabilen innenpolitischen Lage (Ermordung eines Präsidentschaftskandidaten, Chiapas-Konflikt¹⁸). *Siehe Abb. 1, S. 33*

Die Liberalisierungspolitik mündete geradewegs in die Krise. Von Dezember 1994 bis März 1995 fiel der Wert der mexikanischen Währung im Vergleich zum US-Dollar von 3,5 auf 7,5 Pesos.¹⁹ Das Ausmaß der »Ansteckung« durch den Verlust des Vertrauens der AnlegerInnen ließ die Krise auf andere Länder »überschwappen« – der sogenannte »Tequila«-Effekt.²⁰ Übergeschwappt ist die Währungs- und Finanzkrise auch schnell auf die Realwirtschaft. Das BIP sank 1995 um 6,5 Prozent²¹, die Reallöhne zwischen 1994 und 1996 sogar um 21 Prozent. Im Gegenzug stieg im gleichen Zeitraum die Armut an – von 45,1 auf 52,9 Prozent.²² Die damit einhergehenden Kaufkraftverluste schädeten wiederum der Wirtschaft – im formellen Sektor gingen allein 1994 eine Million Arbeitsplätze verloren. Das Fehlen einer Arbeitslosenversicherung schlug sich zusätzlich dramatisch auf die Lebensbedingungen der betroffenen Bevölkerung aus. Aufgrund der Koppelung der Sozialversicherung an eine Arbeitsstelle, schrumpfte infolge steigender Arbeitslosigkeit auch die Zahl der Sozialversicherten. Einschnitte gab es auch im Gesundheitsbereich. Die Oberschicht blieb weitgehend verschont. In einem Jahr nahm die Anzahl mexikanischer MillionärInnen um 50 Prozent zu.²³

HILFSKREDIT ALS FASS OHNE BODEN

Als »Rettungsprogramm« für Mexiko trieben die Vereinigten Staaten unter der Clinton-Administration einen 50 Milliarden schweren Kredit auf, wovon 20 Milliarden direkt aus den USA selbst kamen, weitere 18,7 Mrd. vom IWF (der Rest von den G7-Ländern). Um den Kapitalzustrom nach Mexiko wieder auf Vordermann zu bringen, drängte der IWF auf eine Anhebung der Zinsrate. Die Zinserhöhungen bedeuteten zwar einerseits Eindämmung der Inflation, katapultierten aber auf der anderen Seite viele Unternehmen in die Insolvenz, wodurch die Konjunktur einbrach.²⁴ Als Gegenleistung für die Kredit-

garantie sollte sich Mexiko dazu verpflichten, weitere finanzielle Deregulierungen vorzunehmen.²⁵ Zukünftige Einnahmen aus dem Öllexport wurden für die Rückzahlung des Kreditbetrags verpfändet.²⁶ Das bedeutet, dass die Einnahmen aus der staatseigenen Öl- und Gasgesellschaft in eine New Yorker Bank einzuzahlen waren. Sollte Mexiko der Rückzahlung seiner Schulden nicht nachkommen, würden die Gelder in den Besitz der US-Fed übergehen.²⁷

Wie schon seine beiden Vorgänger beugte sich auch der neugewählte Präsident Zedillo den Auflagen und Bedingungen von US-Regierung und IWF – im Jänner 1995 wurde ein »Stabilisierungsprozess« beschlossen, der an die Erfüllung einer langen Liste von Konditionalitäten geknüpft war, wie z.B.: höhere Preise für Benzin und Elektrizität, weitere Privatisierungen (Eisenbahnen, Häfen, petrochemische Industrie, Pensionssystem), Öffnung des Bankensystems für ausländische InvestorInnen, sowie weitere Deregulierung des Finanzmarkts.²⁸ Zur Sanierung der mexikanischen Bankenlandschaft wurde ein Bankfonds zum Schutz von Sparguthaben eingerichtet, der FOBAPROA (Fondo Bancario de Protección al Ahorro). Dieser Sanierungsfonds verwandelte sich rasch in ein finanzielles Fass ohne Boden – was vor allem die Bevölkerung hart traf.

Die von der öffentlichen Hand finanzierten Umschuldungsprogramme, ursprünglich als punktuelle Unterstützung für KreditnehmerInnen gedacht, wurden mehrfach verlängert – was zu einer sinkenden Rückzahlungsmoral führte.²⁹ Zahlungsfähige SchuldnerInnen zahlten die aufgenommenen Kredite nicht zurück; zudem flossen Mittel an Banken, die in keinerlei wirtschaftlichen Schwierigkeiten steckten. Um die Rekapitalisierung der Banken voranzutreiben, wurde die Obergrenze für ausländische Beteiligung an Finanzinstituten von 30 auf 49 Prozent erhöht.³⁰ Nicht zuletzt auch aufgrund dieser Anhebung kauften sich im Anschluss an die Finanzkrise ausländische, meist spanische, Banken günstig in Mexiko ein. Ausländisches Finanzkapital gewann damit zusätzlich an Bedeutung.³¹ Anstatt die Größenordnung der Zuführung öffentlicher Mittel an die Banken fix zu definieren, wurde der Betrag nach Bedarf erhöht – und war Ende 2000 auf ein unvorstellbares Volumen von rund 110 Milliarden US-Dollar angewachsen. Die Kosten der mexikanischen Bankenkrise beliefen sich damit auf 19,3 Prozent des BIP Mexikos und wurden von der gesamten Gesellschaft getragen.³²

Die Sozialisierung der Verluste der mexikanischen Banken und die Abwälzung der FOBAPROA-Kosten auf die Gesamtbe-

völkerung bezeichneten OppositionspolitikerInnen als »größten Raubzug seit der spanischen Eroberung«. Der Gipfel der Dreistigkeit war erreicht, als die Opposition herausfand, dass ein Teil der Bankkredite dazu benutzt wurde, Wahlkämpfe von prominenten PolitikerInnen der Traditionspartei PRI³³ zu finanzieren. Die versteckte Wahlkampffinanzierung und die Korruption zwischen PolitikerInnen, Bankiers und Unternehmen führte zu einer zunehmenden politischen Frustration in der Bevölkerung, die zur Abwahl der PRI führte. Die Abwendung vieler WählerInnen von der PRI kam allerdings mit dem 2000 zum Präsidenten gewählten früheren Coca-Cola-Manager Vicente Fox ausgerechnet der konservativen PAN³⁴ zugute, deren wirtschaftspolitische Ausrichtung keine Abkehr vom bisherigen Kurs darstellte(e).

PROFITE FÜR WENIGE

Der schrittweise vollzogene NAFTA-Beitritt verstärkte die Außenorientierung Mexikos, die in ihren Grundzügen bis heute fortgeführt wird und auch von den späteren Präsidenten Zedillo, Fox, Calderón und Peña Nieto nicht infrage gestellt wurde. Die Folgen: Der Anteil der Exporterlöse am BIP kletterte zwischen 1993 und 2002 von 15 auf 27 Prozent.³⁵ Den überwiegenden Teil der Exporte (90 Prozent) setzte Mexiko im Nachbarland USA ab, auch die Mehrheit der Importe bezog Mexiko aus den Vereinigten Staaten.³⁶ Die verstärkte Exportorientierung in der Wirtschaftspolitik erhöhte somit die Abhängigkeit Mexikos vom US-Markt. Von den steigenden Exporterlösen profitierten in erster Linie die im Exportgeschäft tätigen Unternehmen. Von den insgesamt rund 2 Millionen offiziell registrierten Unternehmen trifft das auf nur 37.000 zu, wobei mehr als die Hälfte der gesamten Exporterlöse von weniger als 0,5 Prozent dieser Unternehmen erzielt wird, bei denen es sich wiederum oftmals um Tochtergesellschaften transnationaler Unternehmen handelt.³⁷ Strahlende GewinnerInnen der mexikanischen Wirtschaftspolitik seit den 1980er Jahren sind also vor allem wenige große Unternehmen. Während die Bevölkerung mit immer miserableren Lebensbedingungen konfrontiert war, stiegen mexikanische Großkonzerne wie Cemex, América Móvil, Televisa, Femsa oder Banamex in die »Top 50« der größten transnationalen Unternehmen aus Entwicklungsländern auf.³⁸

HÄRTERE ARBEITSWELT

Als Folge von Exportorientierung und Privatisierung vieler Unternehmen wuchs der informelle Sektor deutlich an. Die Zahl der ohne arbeitsrechtlichen Schutz ausgestatteten informell Beschäftigten wurde 2003 auf fast 20 Mio. geschätzt –

in einigen Regionen auf über 70 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung.³⁹ Diese Entwicklung dürfte sich bis heute weiter zugespitzt haben: Laut einer Umfrage des nationalen Instituts für Geografie und Statistik steckten 2012 von den 44 Mio. Beschäftigten rund 64 Prozent in Arbeitsverhältnissen ohne soziale Absicherung.⁴⁰ Die Abnahme sicherer Beschäftigungsverhältnisse, sinkende Löhne und Arbeitsplatzverluste in der Industrie schwächten die Gewerkschaften und trieben die Arbeitslosigkeit an. Zu einem sprunghaften Zuwachs der Arbeitslosigkeit kam es zuletzt wieder im Zuge der jüngsten weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise 2007/08.

SCHWINDENDE EXISTENZCHANCEN IN DER LANDWIRTSCHAFT

Die laut NAFTA-Plan binnen 14 Jahren vollständig abzuschließende Liberalisierung des Agrarsektors war mit 1. Jänner 2008 vollzogen. Zollfreiem Import von Grundnahrungsmitteln aus den USA steht seither nichts mehr im Weg. Der freie Agrarhandel ist durch Ungleichgewichte ausgezeichnet: Einerseits durch die Asymmetrie zwischen der hochindustrialisierten US-Landwirtschaft, die hohe Erträge erwirtschaftet, und der Landbewirtschaftung der mexikanischen Agrarbetriebe, die nur ein Drittel oder Viertel davon ernten.⁴¹ Andererseits klaffen in Mexiko Welten zwischen großen und modern ausgestatteten Agrarunternehmen im Norden, und den Kleinbauern/-bäuerinnen im Süden auseinander. Kleinbetriebe können selbst auf dem lokalen Markt unmöglich mit den Produkten der US-Agrarindustrie konkurrieren und verlieren ihre wirtschaftliche Grundlage.⁴² Die Problematik des deregulierten Agrarmarktes hat sich 2007 mit der Tortilla⁴³-Krise zugespitzt. Mexiko, einst Hauptproduzent von Mais, wurde so zum Importeur von subventioniertem US-Genmais und verlor damit auch im Lebensmittelbereich seine Unabhängigkeit von Importprodukten.⁴⁴

LANDFLUCHT UND EMIGRATION

Das vorprogrammierte Massensterben von Kleinbetrieben löste Emigrationsströme in die USA aus. Seit dem NAFTA-Beitritt ist die Zahl der jährlichen Emigration in die USA von 210.000 auf 270.000 gestiegen. Der Anteil der Bevölkerung mexikanischer Herkunft in den USA ist in den letzten Jahren stetig gewachsen und betrug 2004 bereits rund 24 Millionen. Die gestiegene Abhängigkeit Mexikos vom US-Markt erklärt auch die Verwundbarkeit Mexikos bei wirtschaftlichen Tiefs in den USA. Die von den Vereinigten Staaten ausgehende Finanz- und Wirtschaftskrise 2007/08 traf Mexiko im Vergleich zu anderen Schwellenländern wesentlich härter und führte

zur größten Rezession seit der Krise 1994.⁴⁵ Spätestens jetzt bewahrheitete sich das in Mexiko übliche Sprichwort: »Cuando Estados Unidos estornuda a México le da un resfriado.« (Auf Deutsch: »Wenn die Vereinigten Staaten niesen, bekommt Mexiko eine Erkältung.«).

Weil die Finanz- und Wirtschaftskrise vor allem der Exportwirtschaft beträchtliche Verluste brachte, stieg die Arbeitslosigkeit stärker im Norden des Landes, wo sich auch die Produktionsstätten der Exportverarbeitenden Industrie befinden. Die Kaufkraftverluste der US-Bevölkerung bedeuteten zusätzlich einen Verfall der für Mexiko bedeutsamen Rücküberweisungen von Familienangehörigen aus den USA (»remesas«), was vor allem die Bevölkerung der südlichen Bundesstaaten bitter traf. Zwischen Mai 2008 und Mai 2009 fiel das Volumen der remesas um fast 20 Prozent.⁴⁶ Zusätzlich war der Süden Mexikos auch Jahre später noch von den Folgen zweier Hurrikane (Stan, Wilma) des Jahres 2005 gebeutelt. Staatliche Unterstützung floss in erster Linie in die Tourismusgebiete, aber kaum in die peripheren Regionen, was diese in der Entwicklung weiter schwächte.⁴⁷ Landflucht und Emigration sind ein logischer Effekt.

NAFTA BEGÜNSTIGT DROGENKRIEG

Viele Kleinbetriebe, die sich trotz alledem im Agrarsektor über Wasser halten wollen, verlagerten ihre Produktion weg von Lebensmitteln hin zum Anbau verbotener Pflanzen wie etwa Schlafmohn oder Marihuana. Dem durch die wirtschaftliche Situation begünstigten Anwuchs des Drogenhandels kontern mexikanische Regierungen seit Jahren nicht mit Sozialpolitik oder staatlicher Unterstützung, sondern mit verstärkter Repression. Nichtsdestotrotz wächst die Macht der »Narcotraficantes« stetig, immer wieder werden Polizeieinheiten der Unterwanderung durch das organisierte Verbrechen bezichtigt. Die Gewinne der mexikanischen Drogenkartelle in den Vereinigten Staaten werden pro Jahr bereits auf 23 Milliarden US-\$ geschätzt. Mit den Gewinnen der Drogenkartelle steigt auch die Zahl ihrer Opfer: Erst 2012 wuchs die jährliche Mordrate in Mexiko auf fast 30.000 an.⁴⁸


DEMOKRATIE IN TRÜMMERN

Auch mit dem Zustand der Demokratie steht es nicht zum Besten: Die Präsidentschaftswahlen 2006 mündeten nach Wahlbetrugs-Vorwürfen gegen die konservative PAN-Partei in monatelange Straßenproteste. Der Ex-Bürgermeister von Mexiko-City, der linksgerichtete Lopez Obrador, habe die Wahl gegen den konservativen Felipe Calderón eigentlich haushoch

gewonnen, Wahlurnen aus Armenvierteln seien auf Müllhal- den gefunden worden. Auch der Volksaufstand im Bundes- staat Oaxaca, beginnend mit dem Jahr 2007, der sich gegen die neoliberale Sparpolitik des der Korruption bezichtigten lokalen Gouverneurs richtete, machte Demokratiedefizite in Mexiko mehr als deutlich. Die Zufriedenheit der Mexikane- rInnen mit der Demokratie im Allgemeinen betrug nach An- gaben des Latinobarómetros für 2004 nur magere 17 Prozent. Nicht viel besser schnitt die Marktwirtschaft im Empfinden der Bevölkerung ab: nur 20 Prozent zeigten sich zufrieden.

MORE OF THE SAME

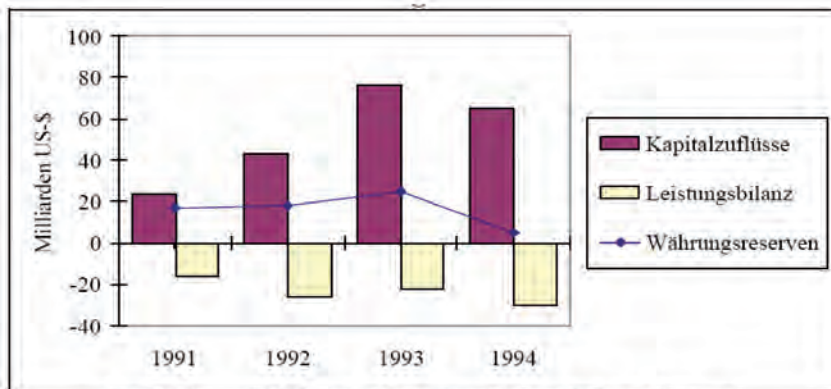
Die Finanzkrise(n) und vor allem der Weg ihrer »Bewälti- gung«, nämlich die Übertragung der Kosten auf die Gesamt- bevölkerung, führte zu einer Umverteilung von unten nach oben. Die NAFTA und die damit verbundene Exportorientie- rung erhöhte die Abhängigkeit Mexikos vom US-amerika- nischen Markt, machte das Land für Schwankungen in der US-Wirtschaft verwundbarer und zeichnet auch verantwort- lich für die Härte, mit der die aktuelle Finanzkrise Mexiko trifft. Die GewinnerInnen der steigenden Exporterlöse und der Privatisierungspolitik sind vor allem Großunternehmen, während Löhne gesunken sind, sich Beschäftigungsverhältnis- se verschlechterten und die Arbeitslosigkeit anwuchs.

Das Ungleichgewicht sowohl zwischen Mexiko und den USA, als auch zwischen mexikanischen Klein- und Großbe- trieben vergrößerte sich, die Liberalisierung des Agrarsektors dank NAFTA führte zu Landflucht, Emigration und zum Ab- driften weiter Teile der landwirtschaftlichen Betriebe in die Drogenproduktion. Die Aussichten lassen keine politische Wende erhoffen: Während die zwischen 2000 und 2012 re- gierenden konservativen Präsidenten Vicente Fox und Felipe Calderón den wirtschaftspolitischen Kurs ihrer Vorgänger im Wesentlichen fortsetzten, schmiedet der derzeitige Präsi- dent Enrique Peña Nieto⁴⁹ Pläne zur (Teil-)Privatisierung des wohl stolzesten staatlichen Unternehmens, des Erdölkonzerns Pemex. *More of the same* also. 

BORIS GINNER ist Vorsitzender der Sozialistischen Jugend Nie- derösterreich, **ALEXANDER STROBL** ist in der Kommunikationsabtei- lung der SPÖ Niederösterreich tätig. Der Beitrag basiert auf der gemeis- nam verfassten Arbeit »Neoliberalismus als Wegbereiter der Finanz- und Wirtschaftskrise 2007/2008? Eine Analyse anhand kritischer Theorien.«

1. Von staatlichen Eingriffen geprägte Wirtschaftsstrategie, die inländi- sche Produktion fördern soll, etwa indem Einfuhren in das Land durch Importrestriktionen, wie z.B. Zölle oder Einfuhrbergrenzen, beschränkt werden.
2. Vgl. Boris, Dieter/Tittor, Anne: Lateinamerika: Alternativen zur neoli- beralen Politik? In: Butterwegge, Christoph/Lösch, Bettina/Ptak, Ralf (Hrsg.): Neoliberalismus – Analysen und Alternativen, Wiesbaden 2008, S. 395.
3. Partei der Insitutionellen Revolution
4. Vgl. Nothegger, Barbara: Neoliberale Transformation in Mexiko, 08.03.2004, online abrufbar unter: http://www.lateinamerika-studien.at/content/lehrgang/lg_jaeger/pdf/nothegger_transformationen.pdf (Zugriff: 15.11.2011), S. 2.
5. Vgl. Inter-American Development Bank, Economic and Social Progress in Latin America 1991, Washington 1991, S. 124, in: Bello: Politik des Hungers, S. 58.
6. Vgl. Boris: Zur politischen Ökonomie Lateinamerikas, S. 81.
7. Vgl. Bello, Walden: Politik des Hungers, Berlin/Hamburg April 2010, S. 57.
8. Vgl. Bernecker/Braig/Hölz/Zimmermann: Mexiko heute, S. 291.
9. Vgl. Boris: Zur politischen Ökonomie Lateinamerikas, S. 77.
10. Vgl. Bello: Politik des Hungers, S. 56.
11. Vgl. Boris: Zur politischen Ökonomie Lateinamerikas, S. 13.
12. Vgl. Bello: Politik des Hungers, S. 59.
13. Vgl. De Luna Martinez: Globalisierung und Finanzkrisen, S. 95f.
14. Ebda., S. 88.
15. Vgl. Ebda., S. 95.
16. Vgl. Bello: Politik des Hungers, S. 59.
17. Vgl. Faust: Politische Ökonomie der mexikanischen Peso-Krise. In: Boris./Berriel Diaz/Eicker-Wolf/Käpernick/Limbers: Finanzkrisen im Übergang zum 21. Jahrhundert. S. 233.
18. Die überdurchschnittlich indigen geprägte und im Agrarbereich aktive Bevölkerung des südlichen Bundesstaats litt stark unter den sinkenden Rohstoffpreisen – bis heute gehört Chiapas zu den rückständigsten Gebieten Mexikos.
19. Vgl. Singh, Kavaljit: The Globalisation of Finance: A Citizen's Guide. London: Zed Books. Kapitel 5: Collapse of A 'Model': The Mexican Financial Crisis, S. 45-63, 1999, S. 52.
20. Vgl. Soederberg: Politics of the New International Financial Architec- ture, S. 52.
21. Vgl. De Luna Martinez: Globalisierung und Finanzkrisen, S. 84.
22. Vgl. Crocoll/Steiner: Armut in Krisenzeiten, S. 3
23. Vgl. Singh: The Globalisation of Finance, S. 59.
24. Vgl. Faust: Politische Ökonomie der mexikanischen Peso-Krise. In: Boris./Berriel Diaz/Eicker-Wolf/Käpernick/Limbers: Finanzkrisen im Übergang zum 21. Jahrhundert., S. 233.
25. Vgl. Soederberg: Politics of the New International Financial Architec- ture, S. 53.
26. Vgl. Bernecker/Braig/Hölz/Zimmermann: Mexiko heute, S. 328.
27. Vgl. Soederberg: Politics of the New International Financial Architec- ture, S. 53f.
28. Vgl. Urzua, Carlos M.: How to Provoke an Economic Crisis: The Mexican Way. In: Serrano, Mónica (Ed.): Mexico: Assessing Neo-Liberal Reform. Institute of Latin American Studies, University of London 1997, S. 97-106, S. 105.
29. Vgl. De Luna Martinez: Globalisierung und Finanzkrisen, S. 176.
30. Vgl. Ebda., S. 158.
31. Vgl. Imhof, Karen/Jäger, Johannes: Finanzialisierungsprozesse in Latein- amerika, in: Küblböck, Karin/Staritz, Cornelia (Hrsg.): Asienkrise: Lek- tionen gelernt? Finanzmärkte und Entwicklung. Hamburg 2008, S. 182.
32. Vgl. De Luna Martinez: Globalisierung und Finanzkrisen, S. 176.

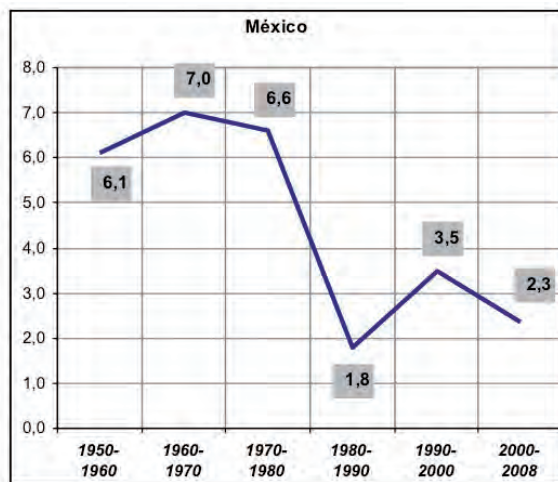
ABBILDUNG 1: KAPITALZUFLÜSSE, LEISTUNGSBILANZ UND WÄHRUNGSRESERVEN



Quelle: Banco de México: Informe Anual. Verschiedene Jahrgänge.

QUELLE: DE LUNA MARTINEZ, JOSE: GLOBALISIERUNG UND FINANZKRISEN. LEHREN AUS MEXIKO UND SÜDKOREA, 2002, ONLINE ABRUFBAR UNTER: [HTTP://WWW.DISS.FU-BERLIN.DE/DISS/RECEIVE/FUДИSS_THESIS_00000000769](http://www.diss.fu-berlin.de/diss/receive/FUДИSS_THESIS_00000000769), S. 101.

ABBILDUNG 2: BIP IN DOLLAR, GEMESSEN AN DEN KONSTANTEN PREISEN VON 2000 – DURCHSCHNITTLLICHE JÄHRLICHE VERÄNDERUNGSRATE IN MEXIKO:



QUELLE: EIGENE DARSTELLUNG IN ANLEHNUNG AN: CEPAL (COMISIÓN ECONÓMICA PARA AMÉRICA LATINA Y EL CARIBE): AMÉRICA LATINA Y EL CARIBE SERIES HISTÓRICAS DE ESTADÍSTICAS ECONÓMICAS 1950-2008, PRODUCTO INTERNO BRUTO, TASA DE VARIACIÓN ANUAL, ONLINE ABRUFBAR UNTER: [HTTP://WWW.ECLAC.CL/DEYPE/CUAD-ERNO037/ESP/INDEX.HTML](http://www.eclac.cl/deype/cuaderno037/esp/index.html)

33. Partido Revolucionario Institucional
34. Partido Acción Nacional
35. Vgl. Sangmeister, Hartmut/Melchor del Rio, Amaranta: Mexiko und die NAFTA: Zehn Jahre Erfahrungen. In: Brennpunkt Lateinamerika, Nr. 5 – Institut für Iberoamerika-Kunde Hamburg; 2004, Nr. 6. S. 65-75
36. Vgl. Ebda., S. 69.
37. Vgl. Sangmeister/Melchor del Rio: Mexiko und die NAFTA, S. 68.
38. Vgl. UNCTAD 2003, S.189
39. Vgl. Ebda., S. 71.
40. Vgl. Mayoral Jiménez, Isabel: De 10 empleos en México 7 son informales, in: CNNEXPANSIÓN.com, 19.04.2011, online abrufbar unter: <http://www.cnnexpansion.com/economia/2011/04/18/de-10-empleos-en-mexico-7-son-informales> (Zugriff: 16.11.2011).
41. Vgl. Hernandez, Carolina: Einen Schritt weiter in die falsche Richtung. In: Lateinamerika Nachrichten Nr. 404, Februar 2008, online abrufbar unter: <http://www.lateinamerikanachrichten.de/index.php?artikel/2690.html> (Zugriff: 18.11.2011), S. 6.
42. Vgl. Lebuhn: Demokratisierungsprobleme in Mexiko, S. 12.
43. Maisfladen, mexikanische Spezialität.
44. Vgl. Ebda.
45. Vgl. Blanke: Mexiko: Große Krise – k(l)eine Antworten, S. 147.
46. Vgl. Blanke: Mexiko: Große Krise – k(l)eine Antworten, S. 150.
47. Vgl. Alscher, Stefan: Von Hurrikanen, Hotels und Hoffnungslosigkeit: Naturkatastrophen und Umweltmigration in Mexikos Südosten. In: Peripherie Nr. 112, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2008, online abrufbar unter: <http://www.zeitschrift-peripherie.de/112-05-Alscher.pdf> (Zugriff: 23.11.2011), S. 1f.
48. Vgl. AFP: Zehntausende wurden 2012 in Mexiko ermordet, online abrufbar unter: <http://www.stern.de/panorama/starker-anstieg-von-verbrechen-zehntausende-wurden-2012-in-mexiko-ermordet-2045111.html>
49. Angehöriger der PRI



UNSERE STADT!

JÜDISCHES MUSEUM WIEN



Eine Million Jobverluste in Deutschland?

Die neue deutsche Bundesregierung ist mit dem von der SPD durchgesetzten Vorhaben eines gesetzlichen Mindestlohns auf teilweise heftige Kritik der ökonomischen Zunft, vor allem der hegemonialen neoklassischen Schule, gestoßen. Günter Grunert setzt sich in seinem Beitrag kritisch mit den theoretischen Grundlagen der Behauptung negativer Beschäftigungseffekte von Mindestlöhnen auseinander. In der kommenden Ausgabe folgt eine Analyse der tatsächlich zu erwartenden Beschäftigungseffekte von Mindestlöhnen.

Die Entscheidung von Union und SPD, einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro brutto je Stunde einzuführen, rief die erwarteten Reaktionen hervor. Bereits im Vorfeld hatte der von »Focus« zum »Star-Ökonom« erklärte Hans-Werner Sinn, Präsident des Ifo-Instituts, vor den verheerenden Folgen gewarnt: »Ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro würde nach unseren Schätzungen gut eine Million Arbeitsplätze vernichten.«¹

Unterstützung erhielt er von einem zweiten »Star-Ökonomen« (»Focus-Money«), Thomas Straubhaar, dem Direktor des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstituts: Dieser beklagte nicht nur »die Beschäftigung zerstörenden Wirkungen von Mindestlöhnen«, sondern auch die fehlende Einsicht in die negativen Folgen auf Seiten der Politiker und ihrer Wähler: »[...] offensichtlich sind weder die politischen Entscheidungsträger noch deren Wähler(innen) willens, sich die klugen ökonomischen Argumente zu Eigen zu machen« (Straubhaar 2013).²

Auch die auf den 1. Januar 2015 verschobene Einführung des Mindestlohns und die Ausnahmeregelungen bis 2017 (alle Tarifverträge mit Stundenentgelten unter 8,50 Euro gelten bis zum 31. Dezember 2016 weiter; ebenso sind Branchenmindestlöhne von unter 8,50 Euro bis Ende 2016 wirksam) haben die Gemüter nicht beruhigt. So schimpft etwa die Tageszeitung »Die Welt«: »Die November-Zahlen zeigen: Der Arbeitsmarkt befindet sich in einer glänzenden Verfassung. Doch nun kommt der Mindestlohn – und kaum ein Experte hat Zweifel, dass er das Job-Wunder in Gefahr bringt.«³ Einmal ganz

abgesehen von der schönfärberischen Beschreibung des deutschen Arbeitsmarktes: Die Behauptung der »Welt«, dass sich praktisch alle Experten über die Risiken eines Mindestlohns für die Beschäftigung einig seien, zeigt nur, dass die Zeitung offenkundig die relevante Literatur zum Thema nicht kennt. In Abschnitt 1 wird kurz der empirische Forschungsstand zu den Beschäftigungswirkungen von Mindestlöhnen vorgestellt, der die These der »Welt« klar widerlegt. Der Schwerpunkt des vorliegenden Beitrags soll aber auf den theoretischen Grundlagen der Mindestlohn-Kritik liegen. Dazu wird in Abschnitt 2 zunächst die neoklassische Position zum Mindestlohn dargelegt und im folgenden Punkt 3 einer kritischen Betrachtung unterzogen.

1. EMPIRISCHE UNTERSUCHUNGEN ZUM MINDESTLOHN

In seinem neuesten Jahresgutachten 2013/2014 stellt der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zu den Beschäftigungswirkungen von Mindestlöhnen fest: »Insgesamt weist die Mehrheit der international durchgeführten Studien dennoch auf *negative Beschäftigungseffekte* (Hervorhebung im Original, Anm. d. Autors.) von Mindestlöhnen hin, insbesondere die meisten jener Studien, die methodisch als verlässlicher angesehen werden können (Neumark und Wascher, 2006)« (Jahresgutachten 2013, S. 270).

Dieser Auffassung wird von Peter Bofinger, einem Mitglied des Rates, in einem Minderheitsvotum zu Recht vehement widersprochen (S. 289ff). Interessant ist aber auch die Tatsache, dass die Mehrheit des Rates als Beleg für ihre The-

se einen Forschungsüberblick von Neumark/Wascher (2006, 2007) anführt, der mehrere wichtige Studien, die erst nach 2007 erschienen, nicht berücksichtigt (darunter Dube et al. 2010 und Allegretto et al. 2011). Zudem müssen berechnete Zweifel an der Objektivität der beiden Autoren Neumark und Wascher angemeldet werden, etwa wenn sie von den 52 einbezogenen Untersuchungen auf Basis von US-Daten 19 als »besonders glaubwürdig« einstufen, von denen fünf ihre eigenen Studien sind (Schmitt 2013, S. 6).

Tatsächlich herrschte zwar bis Anfang der 1990er-Jahre auch in den USA unter Volkswirten weitgehender Konsens, dass eine Einführung oder Erhöhung von Mindestlöhnen zu erheblichen Jobverlusten im Niedriglohnsektor führen würde. Nachdem aber eine ganze Reihe von empirischen Untersuchungen zu den Auswirkungen gesetzlicher Mindestlohnerhöhungen – sogar von neoklassisch orientierten Autoren – keine negativen Beschäftigungseffekte feststellen konnte, begann unter US-Ökonomen ein Umdenken. Eine zunehmende Zahl an US-amerikanischen Volkswirten bezweifelt mittlerweile, dass ein erhöhter Mindestlohn Jobs im Niedriglohnsektor kostet, so dass die Mehrheitsverhältnisse sogar unter US-Ökonomen bei weitem nicht mehr so klar sind wie noch vor zwanzig Jahren (Dullien et al. 2009, S. 206).

Der allmähliche Sinneswandel wurde eingeleitet durch eine einflussreiche Studie der Princeton-Ökonomen David Card und Alan B. Krueger (1994). Sie verglichen die Beschäftigungsentwicklung in Fast-Food-Restaurants im US-Bundesstaat New Jersey, in dem im Jahr 1992 der gesetzliche Mindestlohn erhöht wurde, mit der im Nachbarstaat Pennsylvania, in dem es keine solche Mindestlohnhebung gab, und fanden »keinen Hinweis, dass der Anstieg des Mindestlohns die Beschäftigung verringerte« (Card/Krueger 1994, S. 772; Übersetzung d. Autors).

Die Card/Krueger-Studie löste intensive theoretische und empirische Debatten über die Auswirkungen von Mindestlöhnen aus, die hier natürlich nicht nachgezeichnet werden können. Interessant ist aber, dass es inzwischen – nicht nur in den USA – neben einer Reihe von Untersuchungen, die weiterhin die neoklassische Position stützen, dass eine Erhöhung des Mindestlohns zu negativen Beschäftigungseffekten führt (darunter Currie/Fallick 1996; Chapple 1997; Burkhauser et al. 2000; Machin/Wilson 2004), eine Vielzahl empirischer Studien mit ganz anderen Ergebnissen gibt. Sie zeigen, dass von Mindestlöhnen bzw. Mindestlohnerhöhungen keine

signifikanten negativen Beschäftigungseffekte ausgehen. Einige Untersuchungen weisen sogar positive Auswirkungen auf die Beschäftigung nach (z. B. Benhayoun 1994; Card/Krueger 1995, 1998 und 2000; Dolado et al. 1996 und 2000; Lang/Kahn 1998; Stewart 2004; Dickens/Draca 2005; Draca et al. 2006; OECD 2006; Dube et al. 2010; Allegretto et al. 2011; Hirsch et al. 2011; Addison et al. 2012; Bosch/Weinkopf 2012; Manning 2012; Department for Business, Innovation and Skills 2013).

Natürlich konnten die Vertreter der Neoklassik diese Ergebnisse nicht einfach ignorieren. So wurde von einigen ein Spezialfall wiederbelebt, den Stigler (1946) vor langer Zeit analysiert hatte, nämlich das sogenannte »Monopson«, ein Nachfragemonopol, mit dem man einen Weg gefunden zu haben glaubte, im Rahmen eines neoklassischen Modells eine steigende Beschäftigung nach einer gesetzlichen Mindestlohnhebung zu begründen (Dullien et al. 2009, S. 206).⁴ Sehr überzeugend ist das nicht, da das Monopson-Phänomen kaum genügend Relevanz besitzen dürfte, um daraus allgemeine makroökonomische Schlussfolgerungen ziehen und das empirische Versagen des neoklassischen Standardmodells erklären zu können. Der Rückzug auf den Monopsoneneffekt zeigt aber, wie sehr die Vertreter des neoklassischen Ansatzes durch die neueren empirischen Ergebnisse zum Mindestlohn in die Defensive geraten sind.

2. MINDESTLÖHNE IN DER NEOKLASSISCHEN THEORIE

In der neoklassischen Theorie haben Mindestlöhne eindeutig negative Beschäftigungseffekte. Unter der stark vereinfachenden Annahme homogener Arbeit (mit nur einem Lohnsatz für die gesamte Volkswirtschaft) führen Mindestlöhne oberhalb des markträumenden Lohns zu Arbeitslosigkeit; unter der realistischeren Annahme heterogener Arbeit (und damit unterschiedlicher Lohnsätze) bewirkt ein einheitlicher Mindestlohn in der Volkswirtschaft, der über dem markträumenden Lohn für geringqualifizierte Arbeitskräfte liegt, Arbeitslosigkeit in dieser Qualifikationsgruppe, d. h. im Niedriglohnsektor.

Das neoklassische Modell basiert auf mehreren Voraussetzungen: Erstens wird unterstellt, dass die Arbeitskräfte vollständig über die Löhne in allen Unternehmen informiert und vollständig mobil sind, so dass sie frei entscheiden können, wo sie ihre Arbeit anbieten (es existieren mithin keine Transaktionskosten). Zweitens funktioniert der Arbeitsmarkt in diesem Modell genau wie jeder andere Markt, also etwa der für Äp-

fel oder Kartoffeln. Drittens führt eine Nominallohn- zu einer Reallohnänderung und viertens besteht eine perfekte Substituierbarkeit zwischen Arbeit und Kapital (Herr et al. 2009, S. 15).

Neoklassische Ökonomen gehen davon aus, dass das »Grenzprodukt« eines Produktionsfaktors mit seiner eingesetzten Menge sinkt. Folglich setzt ein Unternehmen immer so viel von einem Produktionsfaktor ein, bis jede weitere eingesetzte Einheit weniger erwirtschaftet, als sie an Kosten verursacht. Nehmen wir an, zehn Arbeiter arbeiten den ganzen Tag in einem Unternehmen und produzieren eine bestimmte Anzahl an Produkten. Jeder zusätzlich eingestellte Arbeiter steigert zwar die Produktion weiter, aber sein Grenzprodukt nimmt ab (d. h. der elfte Arbeiter erhöht die Gesamtproduktion um weniger als der zehnte, der zwölfte um weniger als der elfte usw.).

Das Grenzprodukt der Arbeiter sinkt deshalb, weil von einem gegebenen Kapital, d. h. hier von einem fixen Bestand an Maschinen, ausgegangen wird, bei dem jenseits des Kapazitätsoptimums der zusätzliche Ertrag des Arbeitseinsatzes abnimmt. Ist das Unternehmen mit fünf Maschinen ausgestattet und erreicht es sein technisches Leistungsoptimum bei zwei Arbeitern pro Maschine, dann lässt sich durch den Einsatz von mehr als zehn Arbeitern die Produktion nicht mehr entsprechend steigern. Jeder zusätzlich beschäftigte Arbeitnehmer erhöht zwar den Gesamtertrag, aber mit abnehmenden Zuwächsen, bis sich am Schluss die Arbeiter so sehr gegenseitig »auf die Füße treten«, dass das Grenzprodukt der Arbeit gegen Null geht.

Das Unternehmen muss, wenn es seinen Gewinn maximieren will, solange weitere Arbeitskräfte einstellen, bis das Grenzprodukt des zuletzt eingestellten Arbeiters gerade den von ihm verursachten Kosten (d. h. seinem Lohn) entspricht. Um in unserem Beispiel zu bleiben: Soll über die zehn Arbeiter hinaus ein elfter Arbeiter beschäftigt werden, dessen Beitrag zum Gesamtergebnis geringer ausfällt als der des letzten, vor ihm eingestellten Arbeiters, dann geht das bei gleichem Lohn für gleiche Arbeit und einer abgenommenen Grenzproduktivität nur unter der Voraussetzung, dass nicht nur der elfte, sondern auch die anderen zehn Arbeitnehmer einen Lohnverzicht akzeptieren.

Ähnlich verfährt die neoklassische Theorie bei der Bestimmung des gewinnmaximalen Kapitaleinsatzes. Auch hier gilt, dass das Grenzprodukt des Kapitals mit wachsendem Ka-

pitaleinsatz abnimmt. Bei der Entscheidung, wieviel Kapital sie in der Produktion einsetzen wollen, vergleichen die Unternehmen den Wert des Grenzprodukts des Kapitals mit den (Leih- oder Verwendungs-) Kosten des Kapitals. Ein vereinfachtes Beispiel: Unter der Annahme einer gegebenen Anzahl an Arbeitskräften fragt sich ein Unternehmen, wieviele neue Maschinen es anschaffen soll. Jede weitere Maschine trägt weniger als die zuvor eingesetzte zur Produktion bei. Der Grund dafür ist die konstante Anzahl von Arbeitern, mit der zusätzliche Maschinen nicht mit maximaler Wirtschaftlichkeit eingesetzt werden können: Selbst wenn das Unternehmen das Arbeitstempo erhöhte, könnten nicht 10 Arbeiter 100 Maschinen bedienen. Jede weitere Maschine trägt – wegen der begrenzten Zahl an Arbeitern und der begrenzten Fläche – weniger zur Produktion bei als die vorhergehende. Daher sollte ein Unternehmen solange weitere Maschinen installieren, bis das Grenzprodukt einer Maschine genau ihren Kosten entspricht.⁵

Wichtig ist nun, dass die Unternehmen nach der neoklassischen Denkweise in der Produktion Arbeit durch Kapital oder umgekehrt Kapital durch Arbeit substituieren können. Bei der Herstellung eines gegebenen Outputniveaus lassen sich – so die Idee – eine Vielzahl von Kombinationen von Kapital und Arbeit anwenden, d.h. die Unternehmen sind hier nicht auf eine bestimmte Anzahl von Arbeitskräften angewiesen. Ist Arbeit relativ billig, werden die Unternehmen relativ viel Arbeit verwenden; ist das Kapital relativ kostengünstig, werden sie relativ viel Kapital einsetzen. Je mehr deshalb die Arbeitnehmer real als Entlohnung ihrer Arbeit durchsetzen können oder je mehr etwa die Reallöhne in einem Niedriglohnbereich nach Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns angehoben werden, desto größer ist für die Unternehmen der Anreiz, Arbeiter zu entlassen und kapitalintensiver zu produzieren.

Mindestlöhne (genauer: Mindestreallöhne) sind in neoklassischer Sicht also entweder wirkungslos oder gefährlich. Wirkungslos seien sie, wenn sie unter dem Gleichgewichtslohnsatz lägen, weil dann der Marktlohn höher sei; gefährlich seien sie, wenn sie über dem Marktlohn lägen, weil sie in diesem Fall Arbeitslosigkeit erzeugten. Mindestlöhne einzuführen, um die Löhne gering qualifizierter Arbeitskräfte anzuheben, sei genau der falsche Weg. Denn die Geringqualifizierten sind ja in neoklassischer Lesart gerade deshalb überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen, weil ihr Lohn im Vergleich zu ihrer Grenzproduktivität zu hoch sei, ihr Grenzbeitrag also unter ihrem Lohn liege. Wenn man also die

Beschäftigungschancen gering qualifizierter Arbeitskräfte verbessern wolle, müsse deren Lohn gesenkt werden, nicht aber via Mindestlohn noch erhöht.

3. ZUR KRITIK DES NEOKLASSISCHEN MODELLS

Die neoklassische Makroökonomie ist derart mit Problemen überfrachtet, dass die nachfolgende Kritik nicht umfassend sein kann, sondern sich aus Platzgründen auf einige wichtige Punkte beschränken muss.⁶

Allein die Grundidee mit der Grenzproduktivität ist außerordentlich problematisch, obwohl die Grenzproduktivitätstheorie, mit der die funktionelle Einkommensverteilung erklärt werden soll, von vielen neoklassisch orientierten Autoren schon fast wie ein unumstößliches Naturgesetz behandelt wird.⁷

Dabei könnte dieses Konzept nur dann Gültigkeit beanspruchen, wenn es möglich wäre, die Produktivität einer einzelnen Tätigkeit zu messen, also eindeutig und genau zu identifizieren, wie viel der einzelne Arbeiter bei einem Produktionsprozess beiträgt. Dies ist aber in der Realität in den meisten Fällen unmöglich, da die »Leistung« eines einzelnen Arbeitnehmers nur in Kooperation mit anderen Arbeitnehmern möglich ist. Moderne Produktionsstätten sind ja gerade durch ein sehr komplexes Zusammenwirken von Mitarbeitern mit höchst unterschiedlicher Qualifikation und Motivation gekennzeichnet, das eine individuelle Zurechnung der Gesamtleistung auf die einzelnen Beschäftigten gar nicht zulässt (Flassbeck 2006, S. 113). Flassbeck et al. verdeutlichen das Mess- und Zuordnungsproblem der Grenzproduktivitätstheorie an einem treffenden Beispiel:

»Wie hoch ist die Produktivität eines Autoreifens in Hinblick auf die Fahrleistung eines Pkw? Und wie hoch ist sie im Vergleich zur Produktivität des Lenkrads oder der Bremse des Fahrzeugs? Diese Fragen klingen nicht nur unsinnig, sie sind es auch, weil klar ist, dass ein Auto ohne Reifen ebenso wenig fährt wie eines ohne Lenkrad oder Bremse. Daher kann nur das Gesamtprodukt ‚Fahrleistung des Autos‘ bestimmt und zum Beispiel mit der Fahrleistung eines anderen Automodells verglichen, nicht aber einzelnen Teilen zugeordnet werden. Genauso unsinnig ist es zu fragen, wie viel die geputzten Böden im Büroturm der Bank x zum Abschluss des Kreditvertrags zwischen dieser Bank und dem mittelständischen Unternehmer y beigetragen haben.« (Flassbeck et al. 2012, S. 63)

Doch damit nicht genug: Die Grenzproduktivitätstheorie ist auch in sich nicht stimmig. Wäre sie es, so müsste die Summe der Grenzprodukte aller individuellen Einsatzfaktoren dem gesamten Grenzprodukt entsprechen. Nehmen wir in einem einfachen Beispiel an, drei Personen betrieben ein Unternehmen und produzierten in Zusammenarbeit ein Produkt. Jede von ihnen hat eine Schlüsselfunktion inne, d. h. ohne ihren individuellen Beitrag könnte das Produkt nicht hergestellt werden. Ohne Kooperation würden demnach keine Erlöse anfallen; jeder der drei Mitarbeiter ist also auf die Zusammenarbeit mit seinen beiden Kollegen angewiesen. Nach der Grenzproduktivitätstheorie kann jetzt zwar der »Grenzbeitrag« jedes Einsatzfaktors (also jedes einzelnen der drei Mitarbeiter) zum Unternehmensertrag ermittelt werden, indem der Gesamtertrag der Kooperation verglichen wird mit dem Ertrag, den das Unternehmen erzielt hätte, wenn der betreffende Faktor nicht an der Produktion mitgewirkt hätte (und dieser Ertrag wäre dann ja gleich Null gewesen, weil ohne Kooperation gar keine Erlöse zustande gekommen wären). Folglich kann jeder der drei Mitarbeiter mit Fug und Recht den gesamten Unternehmensertrag für sich beanspruchen, womit die Summe der drei auf diese Weise ermittelten Grenzbeiträge dem dreifachen realen Unternehmensertrag entspricht, der aber überhaupt nicht zur Verteilung zur Verfügung steht.⁸

Die neoklassische Theorie der Entlohnung gemäß »Grenzprodukt« ist mithin eine Fiktion. Die Arbeitnehmer erhalten in einer Marktwirtschaft im Allgemeinen eine Entlohnung, die der Knappheit und der Verfügbarkeit von Arbeitskräften mit gleicher oder ähnlicher Qualifikation entspricht, nicht aber irgendeiner »individuellen Grenzproduktivität«.

Mindestens ebenso problematisch ist die neoklassische Analyse des Kapitalmarktes, die – wie oben dargestellt – nach der gleichen Methode erfolgt wie die des Arbeitsmarktes: Sowohl der Reallohnsatz als auch der Preis des Kapitals (Zinssatz bzw. Profitrate) entsprechen den jeweiligen Grenzproduktivitäten, d. h. sie werden durch die Grenzprodukte der Arbeit bzw. des aggregierten Wertes der Kapitalgüter (über die sog. Cobb-Douglas-Produktionsfunktion⁹) bestimmt. Sind so die Faktorpreise gegeben, ergibt sich die Verteilung, indem man die Faktorpreise mit den Faktormengen multipliziert. Aber wie soll man die »Menge an Kapital« bzw. den aggregierten Wert der Kapitalgüter bestimmen? Wie soll man Laserschneidegeräte, Computer, Werkbänke, Lastwagen und Teigknetmaschinen zusammenzählen? Die naheliegende Idee, die

Preise der verschiedenen, heterogenen Kapitalgüter zu einem gesamtwirtschaftlichen Kapitalstock aufzudaddieren, ist keine Lösung. Denn die Preise der verschiedenen Kapitalgüter lassen sich ohne Kenntnis des Kapitalzinses (der Profitrate) nicht bestimmen. Die Profitrate wird aber angeblich von der eingesetzten Menge an Kapital determiniert, so dass eine zirkuläre Argumentation entsteht:

»Wenn die Summe der heterogenen Kapitalgüter als ein Aggregat errechnet werden soll, das mit Profiten vergleichbar ist, muss sie in Werteinheiten ausgedrückt werden, um ein homogenes Verhältnis von Profit zu Kapital zu ergeben. Aber wenn die Profitrate dann durch das Grenzprodukt dieser Summe bestimmt wird, ergibt sich ein logischer Fehler in der Argumentation, weil die Preise der Kapitalgüter ursprünglich mit irgendeiner Profitrate berechnet worden sein müssen. Folglich kann das Grenzprodukt des Kapitals – wie durch die aggregierte Produktionsfunktion gegeben – nur die Profitrate bestimmen, die bereits bestimmt ist und in den Preisen der Kapitalgüter ausgedrückt ist, die verwendet werden müssen, um ein homogenes Maß des Kapitalstocks zu finden« (Kregel 1975, S. 17; Übersetzung G. G.)

Wendet man sich nun den Grundannahmen des neoklassischen Modells zu, die im letzten Abschnitt vorgestellt wurden, so zeigt sich, dass nicht eine einzige von ihnen realistisch ist. Dass nicht alle Arbeitnehmer über perfekte Information und perfekte Mobilität verfügen, dürfte unmittelbar einleuchten und braucht daher nicht näher erläutert zu werden. Aber auch die Vorstellung, dass der Arbeitsmarkt im Prinzip nicht anders funktioniert als der Markt für Kartoffeln, trifft in keiner Weise zu. Beim Preismechanismus auf dem Kartoffelmarkt, wo sich ein bestimmter Preis bildet, zu dem die angebotene und die nachgefragte Menge genau übereinstimmen, wird implizit angenommen, dass Angebot und Nachfrage unabhängig voneinander sind.

Diese für den Kartoffelmarkt weitgehend zutreffende Annahme ist jedoch auf dem gesamtwirtschaftlichen Arbeitsmarkt bzw. auf seinem Niedriglohnsegment nicht gegeben, denn hier beeinflusst der Preis, d. h. der Lohn, die Güternachfrage der Verbraucher, von der dann wieder die Zahl der von den Unternehmen benötigten und damit nachgefragten Arbeitskräfte abhängt (Flassbeck/Spiecker 2007, S. 62). Es ergeben sich somit zwei entgegengesetzte Effekte einer breit angelegten Lohnsteigerung: Auf der einen Seite sinkt die (gesamtwirtschaftliche) Nachfrage nach Arbeitskräften von

Seiten der Unternehmen, weil deren Kostenbelastung mit der Lohnerhöhung zunimmt; auf der anderen Seite steigt die Nachfrage der Unternehmen nach Arbeitskräften, weil die gesamtwirtschaftliche Güternachfrage mit der Lohnerhöhung wächst. Der Gesamteffekt ist daher unbestimmt und lässt sich nicht – wie beim Kartoffelmarkt – mit dem simplen Standard-Diagramm einer ansteigenden Angebots- und einer fallenden Nachfragekurve mit einem markträumenden Preis (Lohn) im Schnittpunkt abbilden.

Nicht korrekt ist auch die dritte, oben genannte Annahme, dass Nominallohnänderungen mit entsprechenden Reallohnänderungen einhergehen. Behauptet wird damit, dass es die Arbeitnehmer bzw. ihre Gewerkschaftsvertreter selbst in der Hand hätten, die Beschäftigungssituation zu verbessern, indem sie maßvolle Lohnabschlüsse tätigten. Tatsächlich aber geht es in Lohnverhandlungen immer um Nominallöhne und niemals um Reallöhne. Selbst wenn man also die (falsche) neoklassische These akzeptiert, dass die Reallöhne gesenkt werden müssten, um Vollbeschäftigung zu erreichen, überzeugt die Argumentation nicht. Denn Reallöhne sind das Resultat von Marktprozessen, d. h. sie werden durch die Verhältnisse auf den Absatzmärkten bestimmt, nicht aber in Verhandlungsrunden. Stimmen die Gewerkschaften einer Nominallohnsenkung (oder einer Tariflohnanhebung unterhalb – statt im Ausmaß – des Produktivitätsanstiegs) zu, so führt dies zu einem negativen Nachfrageeffekt, der dann die Unternehmen bei intensivem Wettbewerb untereinander (längerfristig) zwingt, die Kostensenkungen in den Preisen weiterzugeben. Wenn aber die sinkenden Kosten zu einer mehr oder weniger proportionalen Senkung des Preisniveaus führen, bleibt ex post eine Reallohnsenkung aus und es kann zu keiner Beschäftigungserhöhung kommen, selbst wenn man die (falsche) neoklassische Behauptung einer inversen Beziehung zwischen Reallohnsatz und Beschäftigung anerkennt.

Ebenso problematisch ist die im neoklassischen Modell unterstellte perfekte Substituierbarkeit zwischen Arbeit und Kapital. Danach gibt es bei einem gegebenen Wissensstand für jedes Produkt eine große Zahl verschiedener Produktionsverfahren, die – bildlich gesprochen – in einem für alle Unternehmen zugänglichen Buch existierender Produktionstechniken aufgezeichnet sind. Je teurer nun Arbeit im Verhältnis zu Kapital ist, desto mehr Kapital wird im Produktionsprozess eingesetzt. Sinkt umgekehrt der relative Preis von Arbeit, wird arbeitsintensiver produziert, d. h. das Unternehmen stellt die gleiche Menge her wie zuvor, setzt jetzt nur weniger von dem

unverändert teuren Kapital und mehr von der nun relativ billigen Arbeit ein.


Aber wie realistisch ist eine solche Vorstellung? Lassen sich tatsächlich alle Produkte mit mehr oder weniger Kapital – jeweils entsprechend dem gerade vorherrschenden Verhältnis der Faktorpreise – herstellen? Und woher sollte das breite Spektrum an Alternativtechniken zur Produktion der jeweiligen Güter stammen? Bedenkt man, dass die Produktion von Wissen im Allgemeinen teuer ist, warum sollten dann z.B. in einem Land, in dem bislang der Preis von Kapital niedrig relativ zu dem von Arbeit war, detaillierte Informationen über arbeitsintensive Produktionstechniken verfügbar sein? Welche Unternehmen dieses Landes sollten Ressourcen in die Erzeugung von derartigem Wissen gelenkt haben, allein aufgrund der vagen Vermutung, dass es ja vielleicht einmal für die Produktionsaktivitäten in der Zukunft von Nutzen sein könnte? Selbst wenn man konzediert, dass in einigen Fällen ein solches Wissen aus anderen Ländern oder auch aus der eigenen jüngeren Geschichte erhältlich ist, darf doch bezweifelt werden, ob mit der früheren, nun veralteten Technik noch sehr viele Produkte von heute, insbesondere solche mit hohem technologischen Gehalt wie etwa moderne Elektronikartikel, herstellbar sind.¹⁰

Wesentlich plausibler als die Substitutionsthese erscheint die Annahme, dass die Unternehmen ihre produktiven Inputs in einem festen Verhältnis kombinieren, das durch die verwendete Technologie bestimmt wird. Dies bedeutet, dass sie Maschinen und Ausrüstungen anwenden, die komplementär einen mehr oder weniger fixen Einsatz von Arbeit erfordern und die – wenn sie erst einmal installiert sind – wenig Substitutionsmöglichkeiten bieten. Will ein Unternehmen seinen Output steigern, um eine wachsende Marktnachfrage zu bedienen, muss es seine Nachfrage nach Arbeit *und* Kapital erhöhen, in den Proportionen, die durch die angewandte Technologie festgelegt sind (Mitchell 2012).

Interessanterweise ist die neoklassische Substitutionsthese aber noch nicht einmal dann aufrechtzuerhalten, wenn man die (unrealistische) Annahme akzeptiert, dass den Unternehmen für die Herstellung ihrer jeweiligen Güter tatsächlich eine große Auswahl an technischen Alternativen mit unterschiedlichen Faktorintensitäten zur Verfügung steht. Auch dann führen nämlich sinkende Reallöhne nicht zwingend zu einer arbeitsintensiveren Technikwahl und damit zu einer steigenden Beschäftigung. Dies mag ein Beispiel verdeutlichen

(Herr et al. 2009): Nehmen wir an, eine einheitliche Anhebung des Mindestlohns erhöhe die Löhne in arbeitsintensiven Branchen mit einem großen Anteil an geringqualifizierten Arbeitskräften, beispielsweise in der Halbleiterindustrie. Die Löhne in anderen Branchen blieben davon unberührt und änderten sich somit nicht. Wie reagiert nun die Halbleiterindustrie? Sie wird zum einen nach einer neuen gewinnmaximierenden Technik suchen, zum anderen wird sie die Preise ihrer Produkte erhöhen (denn mit der neuen Technik müssen die Preise höher sein, ansonsten wäre diese Technik schon vorher zum Einsatz gelangt). Ein Teil der Beschäftigten in der Halbleiterindustrie wird – je nach dem Ausmaß der Technikänderung und der Preiselastizität der Nachfrage nach Halbleitern – vermutlich arbeitslos werden. Die neue Technik führt zu einer Abnahme der Zahl geringqualifizierter Beschäftigter und zu einer Zunahme des Kapitaleinsatzes (in Form neuer Maschinen) und/oder des Einsatzes von qualifizierten Arbeitskräften. Wie groß der Nettoverlust an Arbeitsplätzen letztlich sein wird, ist schwer zu sagen, denn die Umstellung auf eine kapitalintensivere Technik impliziert eine wachsende Nachfrage nach Investitionsgütern, so dass die Produktion und Beschäftigung in der Kapitalgüterindustrie steigt.

Jedoch sind damit noch längst nicht alle Effekte benannt. Halbleiter gehen nämlich als Kapitalinputs in viele andere Branchen ein, die – je nach angewandter Technologie – vom Preisanstieg dieser Güter in unterschiedlicher Weise betroffen sind. Alle Branchen, die Halbleiter einsetzen, werden jetzt ebenfalls zu einer neuen Technik wechseln, da sich die Preisrelation ihrer Inputs verändert hat. Vermutlich werden diese Branchen nun eine arbeitsintensivere Technik wählen, da sich für sie ihre Kapitalinputs verteuert haben. Und so kommt es zu Zweit- und Drittrundeneffekten etc. derselben Art: Alle Industriezweige, die Halbleiter verwenden, verändern ihre Preise und die Zusammensetzung ihrer Inputs und viele weitere Branchen sind betroffen und verändern ihre eingesetzte Technik, ihre Nachfrage nach Inputs und ihre Preise. Schließlich kommt es zu einer Veränderung der gesamten Preisstruktur, der Zusammensetzung der Inputs und der Struktur des Outputs in der Volkswirtschaft. Damit aber lässt sich keine Aussage mehr darüber treffen, in welche Richtung der Technikwechsel gehen wird – die kostenminimierende Technik kann am Ende insgesamt kapitalintensiver, aber eben auch arbeitsintensiver sein – und welche Beschäftigungseffekte sich schlussendlich ergeben werden. Dieses Fazit gilt wohlgermerkt selbst bei Akzeptanz der (mehr als fragwürdigen) neoklassischen Annahme, dass es eine perfekte Substituierbarkeit zwi-

schen Arbeit und Kapital gibt.¹¹ Zusammenfassend zeigt sich, dass das neoklassische Modell nicht in der Lage ist, die Arbeitsmarkteffekte der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns korrekt zu bestimmen. 

GÜNTHER GRUNERT,

ist an den Berufsbildenden Schulen der Stadt Osnabrück am Pottgraben mit den Schwerpunktbereichen Berufs- und Fachoberschule Wirtschaft tätig. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Makroökonomie, internationale Wirtschaftsbeziehungen, Arbeitsmarkt.

1. (http://www.focus.de/politik/deutschland/bundestagswahl-2013/top-oekonom-fordert-bildungsinitiative-ifo-chef-sinn-warnt-vor-mindest-lohn-vernichtet-eine-million-arbeitsplaetze_aid_1160394.html).
2. »Star-Ökonom« Thomas Straubhaar war zuletzt damit aufgefallen, dass er im Jahr 2009 mit »klugen ökonomischen Argumenten« zunächst für das gleiche Jahr und später noch einmal für das Jahr 2011 eine »Horror-Inflation« in Deutschland prognostizierte (dazu ausführlicher Grunert 2009). Ansonsten hatte er jahrzehntelang mit »klugen ökonomischen Argumenten« seinen unerschütterlichen Glauben an die Effizienz der Finanzmärkte kundgetan, bis er im Jahr 2011 plötzlich zur Erkenntnis gelangte, dass Finanzmärkte doch nicht annähernd so effiziente »Informationsverarbeiter« sind wie von ihm und anderen angenommen.
3. <http://www.welt.de/wirtschaft/article122374110/Beim-Mindestlohn-geht-es-um-Schadensbegrenzung.html>
4. Nach dieser Theorie können unter den außergewöhnlichen Umständen eines Nachfragemonopols mit einem monopolistischen Nachfrager nach Arbeitskräften (also z. B. einem Kohlebergwerk in einer ökonomisch schwach entwickelten Region) höhere Mindestlöhne die Beschäftigung erhöhen. Denn der Nachfragemonopolist (das Kohlebergwerk) ist aufgrund seiner Position in der Lage, Output und Beschäftigung zu reduzieren, damit durch die Erzeugung von Arbeitslosigkeit die Löhne seiner Arbeiter (deren Mobilität gering ist) zu drücken und so einen Monopolverginn zu erzielen. Wenn nun ein gesetzlicher Mindestlohn die Löhne erhöht, verschwindet der Monopolverginn und das gewinnmaximierende Unternehmen reagiert mit der Erhöhung seines Outputs.
5. Präziser formuliert: Je mehr Kapital – bei gegebenem Arbeitseinsatz – eingesetzt wird, umso mehr nimmt sein Grenzertrag ab. Beide Produktionsfaktoren – Kapital und Arbeit – werden entsprechend ihres jeweiligen physischen Grenzertrags entlohnt und bei beiden sinkt mit steigendem Einsatz der Grenzertrag. Damit glaubte die neoklassische Makroökonomie eine Erklärung der Einkommensverteilung gefunden zu haben, die sog. Grenzproduktivitätstheorie der Verteilung, die zudem zeigte, dass die Entlohnung des Faktors Arbeit und die im Zinssatz ausgedrückte Entlohnung des Faktors Kapital in einem exakt festgelegten Verhältnis zueinander stehen müssen, so dass die Lohnsumme und die Zinssumme zusammengenommen der Neuwertschöpfung entsprechen.
6. Der Begriff »neoklassische (reale) Makroökonomie« ist an sich unpassend. Denn im Kern begnügt sich die neoklassische Makroökonomie damit, ein einzelnes Wirtschaftssubjekt zu untersuchen und das Ergebnis durch

- Aggregation umstandslos auf die gesamtwirtschaftliche Ebene zu übertragen.
7. Dazu vielleicht ein Beispiel aus eigener Erfahrung: Als ich mich vor einer Reihe von Jahren (Grunert 2002) gegen die damals sehr populäre Vorstellung wandte, dass man mit einer stärkeren Lohnspreizung wirkungsvoll die Arbeitslosigkeit bekämpfen könne und dass die Industrieländer »wählen« müssten zwischen mehr Einkommensungleichheit oder höherer Arbeitslosigkeit, wwar die Reaktion bezeichnend. So glaubten Donges (früher beim Kieler Weltwirtschaftsinstitut, der neoklassischen Hochburg in Deutschland) und Kollegen meine Kritik mit dem schlichten Hinweis widerlegen zu können, dass ich wohl einfach nicht beachtet hätte, »dass sich die erhöhte Lohn disparität durch bestehende Grenzproduktivitäten erklärt« (Donges et al. 2003, S. 50). Da ich dies übersehen hätte, müssten alle meine weiteren Überlegungen falsch sein. Die Idee, dass jemand die Gültigkeit der Grenzproduktivitätstheorie bestreiten könnte, kam den Autoren gar nicht erst in den Sinn, noch viel weniger natürlich der Gedanke, dass diese Theorie vielleicht tatsächlich falsch ist. Vermutlich erscheint ihnen eine Ablehnung der Grenzproduktivitätstheorie ähnlich verrückt wie eine Leugnung des Gesetzes der Schwerkraft.
 8. Wolfgang Stützel und Rolf-Dieter Grass verdeutlichen das Problem am Beispiel eines Tresors, in dem 1000 DM liegen und der nur mit zwei Schlüsseln gleichzeitig geöffnet werden kann, die im Besitz unterschiedlicher Personen sind. Eine Person allein kommt an das Geld nicht heran, da ihr der zweite Schlüssel fehlt. Wenn aber einer der beiden Schlüssel erst einmal im Schloss steckt, steigt die Grenzproduktivität des jeweils anderen Schlüssels auf 1000 DM an. Nach der Grenzproduktivitätstheorie der Einkommensverteilung dürfte nun jeder der beiden Schlüsselhaber 1000 DM verlangen, dazu aber müssten im Tresor 2000 DM liegen, was nicht der Fall ist. Vgl. Grass/Stützel 1983, S. 113.
 9. Eine Produktionsfunktion liefert eine Beziehung zwischen den Inputs eines Produktionsprozesses (Maschinen, Arbeitseinsatz etc.) und der maximalen Menge des Outputs, der sich mit den Inputs produzieren lässt. Bei der Cobb-Douglas-Produktionsfunktion handelt es sich um eine sog. »unbegrenzt substitutionale Produktionsfunktion«, bei der das Unternehmen über eine große Auswahl bei den Einsatzrelationen der Inputmengen verfügt (bei der also ein gegebenes Outputniveau mit den unterschiedlichsten Faktorkombinationen produziert werden kann). Die Verringerung eines Inputs kann stets durch die Erhöhung eines anderen Inputs kompensiert, kein Input allerdings vollständig substituiert werden. Vgl. dazu ausführlicher Heine/Herr 2012, S. 53ff.
 10. Bereits die frühere britische Ökonomin Joan Robinson hatte die Vorstellung eines »Buches« mit einer großen Zahl alternativer Techniken, die den Unternehmen sofort und kostenlos zur Verfügung stünden, mehrfach heftig kritisiert: »In jedem Fall gehören alle Kontroversen, die über das Konzept eines ‚gegebenen Standes des technischen Wissens‘ – repräsentiert durch ein Buch von Blaupausen – geführt werden, eher in den Bereich ökonomischer Doktrinen als in die Analyse einer realen Volkswirtschaft. Offensichtlich existiert in der realen Industrie nicht eine große Anzahl an alternativen Blaupausen für verschiedene Techniken zeitlich nebeneinander. Im wirklichen Leben werden Techniken beständig neu erfunden und jede wird nur festgehalten, wenn es wahrscheinlich erscheint, dass sie auch benutzt wird« (Robinson/Eatwell 1973, S. 143; Übersetzung G.G.).
 11. Diese Argumentation stützt sich auf die Resultate der sog. Cambridge-Cambridge-Debatte in den 1960er Jahren, die im Ergebnis zweifelsfrei aufgezeigt hat, dass es den bis damals behaupteten eindeutigen Zusammenhang zwischen Lohnhöhe, Technikwahl und Beschäftigungsniveau nicht gibt. Vgl. dazu ausführlicher Heine/Herr 2012, S. 234-267; Grunert 2003.

LITERATUR

Addison, J. T./Blackburn, M. L./Cotti, C. D. (2012): The Effect of Minimum Wages on Labour Market Outcomes: County-Level Estimates from the Restaurant-and-Bar Sector, in: *British Journal of Industrial Relations*, Vol. 50, No. 3, S. 412-435 | **Akerlof, G. A.** (1982): Labor Contracts as Partial Gift Exchange, in: *The Quarterly Journal of Economics*, Vol. 97, No. 4, S. 543-569 | **Allegretto, S. A./Dube, A./Reich, M.** (2011): Do Minimum Wages Really Reduce Teen Employment? Accounting for Heterogeneity and Selectivity in State Panel Data, in: *Industrial Relations*, Vol. 50, Issue 2, S. 205-240 | **Autor, D. H./Manning, A./Smith, C. L.** (2010): The Contribution of the Minimum Wage to U.S. Wage Inequality over Three Decades: A Reassessment", MIT Working Paper, <http://economics.mit.edu/files/3279>; letzter Zugriff: 27.12.2013 | **Benhayoun, G.** (1994): The Impact of Minimum Wages on Youth Employment in France Revisited: A Note on the Robustness of the Relationship, in: *International Journal of Manpower*, Vol. 15, Issue 2-3, S. 82-85 | **Böckler impuls** (2013): Mindestlohn – Mit 8,50 Euro im europäischen Mittelfeld, 18/2013, http://www.boeckler.de/impuls_2013_18_2.pdf; letzter Zugriff: 27.12.2013 | **Bofinger, P.** (2013): Eine andere Meinung, in: *JG* (2013), S. 289-292 | **Bosch, G./Weinkopf, C.** (2012): Wirkungen der Mindestlohnregelungen in acht Branchen, WISO Exkurs, <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/09465-20130117.pdf>; letzter Zugriff: 27.12.2013 | **Boushey, H./Glynn, S. J.** (2012): There are Significant Business Costs to Replacing Employees, Center for American Progress, <http://www.americanprogress.org/wp-content/uploads/2012/11/CostofTurnover.pdf>; letzter Zugriff: 27.12.2013 | **Burgess, J./Mitchell, W. F.** (1998): Unemployment, Human Rights and a Full Employment Policy in Australia, Centre of Full Employment and Equity, Working Paper No. 99-03, <http://e1.newcastle.edu.au/coffee/pubs/wp/1999/99-03.pdf>; letzter Zugriff 27.12.2013 | **Burkhauser, R. V./Couch, K. A./Wittenburg, D. C.** (2000): A Reassessment of the New Economics of the Minimum Wage Literature with Monthly Data from the Current Population Survey, in: *Journal of Labor Economics*, Vol. 18, No. 4, S. 653-680 | **Card, D./Krueger, A. B.** (1994): Minimum Wages and Employment: A Case Study of the Fast-Food Industry in New Jersey and Pennsylvania, in: *The American Economic Review*, Vol. 84, No. 4, S. 772-793 | **Card, D./Krueger, A. B.** (1995): Myth and Measurement – The New Economics of the Minimum Wage, Princeton | **Card, D./Krueger, A. B.** (1998): A Reanalysis of the Effect of the New Jersey Minimum Wage Increase on the Fast-Food Industry with Representative Payroll Data, NBER Working Paper No. 6386, http://www.nber.org/papers/w6386.pdf?new_window=1; letzter Zugriff: 27.12.2013 | **Card, D./Krueger, A. B.** (2000): Minimum Wages and Employment: A Case Study of the Fast-Food Industry in New Jersey and Pennsylvania: Reply, in: *The American Economic Review*, Vol. 90, No. 5, S. 1397-1420 | **Chapple, S.** (1997): Do Minimum Wages Have an Adverse Impact on Employment? Evidence from New Zealand, in: *Labour Market Bulletin*, No. 2, S. 25-50 | **Currie, J./Fallick, B. C.** (1996): The Minimum Wage

and the Employment of Youth: Evidence from the NLSY, in: *The Journal of Human Resources*, Vol. 31, No. 2, S. 404-428 | **Department for Business, Innovation and Skills** (2013): National Minimum Wage – Interim Government Evidence for the Low Pay Commission's 2014 Report, London, https://www.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/250104/bis-13-P157-nmw-interim-gov-evidence-lpc-2014-report-REVISED-2.pdf; letzter Zugriff: 27.12.2013 | **Dickens, R./Draca, M.** (2005): The Employment Effects of the October 2003 Increase in the National Minimum Wage, Centre for Economic Performance, CEP Discussion Paper No. 693 | **DiNardo, J./Fortin, N. M./Lemieux, T.** (1996): Labor Market Institutions and the Distribution of Wages, 1973-1992: A Semiparametric Approach, in: *Econometrica*, Vol. 64, No. 5, S. 1001-1044 | **Dolado, J. J./Kramarz, F./Machin, S./Manning, A./Margolis, D./Teulings, C.** (1996): The Economic Impact of Minimum Wages in Europe, in: *Economic Policy*, Vol. 11, No. 23, S. 319-372 | **Dolado, J. J./Felgueroso, F./Jimeno, J. F.** (2000): The Role of the Minimum Wage in the Welfare State: An Appraisal, IZA DP No. 152; <http://ftp.iza.org/dp152.pdf>; letzter Zugriff: 27.12.2013 | **Donges, J. B./Menzel, K./Paulus, P.** (2003): Globalisierungskritik auf dem Prüfstand – ein Almanach aus ökonomischer Sicht, Stuttgart | **Dube, A./Lester, T. W./Reich, M.** (2010): Minimum Wage Effects Across State Borders: Estimates Using Contiguous Counties, in: *The Review of Economics and Statistics*, Vol. 92, No. 4, S. 945-964 | **Dube, A./Lester, T. W./Reich, M.** (2012): Minimum Wage Shocks, Employment Flows and Labor Market Frictions, Berkeley, Working Papers, <http://www.irle.berkeley.edu/workingpapers/122-12.pdf>; letzter Zugriff: 27.12.2013 | **Dullien, S./Herr, H./Kellermann, C.** (2009): Der gute Kapitalismus ... und was sich dafür nach der Krise ändern müsste, Bielefeld | **Flassbeck, H.** (2006): 50 einfache Dinge, die Sie über unsere Wirtschaft wissen sollten, Frankfurt/Main | **Flassbeck, H./Spiecker, F.** (2007): Das Ende der Massenarbeitslosigkeit – Mit richtiger Wirtschaftspolitik die Zukunft gewinnen, Frankfurt/Main | **Flassbeck, H./Spiecker, F./Meinhardt, V./Vesper, D.** (2012): Irrweg Grundeinkommen – Die große Umverteilung von unten nach oben muss beendet werden, Frankfurt/Main | **Forstater, M.** (2003): Public Employment and Environmental Sustainability, in: *Journal of Post Keynesian Economics*, Vol. 25, No. 3, S. 385-406 | **Fullwiler, S.** (2005): The Job Guarantee and Economic Stability, in: Wrightson, G. (ed.), *Creating a Culture of Full Employment*, Newcastle, S. 1-23 | **Grass, R.-D./Stützel, W.** (1983): *Volkswirtschaftslehre*, München | **Grunert, G.** (2002): Mehr Beschäftigung durch mehr Ungleichheit?, in: *WSI-Mitteilungen* 2, S. 77-83 | **Grunert, G.** (2003): Lohnniveau und Beschäftigung, in: *WSI-Mitteilungen* 6, S. 353-359 | **Grunert, G.** (2009): Droht eine Horror-Inflation?, in: *Politik unterrichten*, 2, S. 32-42, http://3071.nibis.de/inhalte/PU/2_2009/Grunert.pdf; letzter Zugriff: 27.12.2013 | **Heine, M./Herr, H.** (2012): *Volkswirtschaftslehre – Paradigmenorientierte Einführung in die Mikro- und Makroökonomie*, München | **Herr, H./Kazantziska, M./Mahnkopf-Praprotnik, S.** (2009): The Theoretical Debate

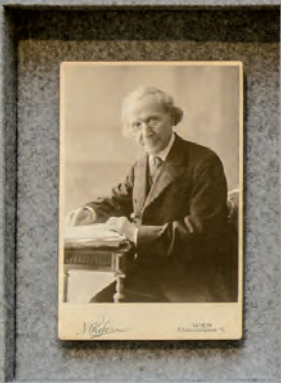
about Minimum Wages, Global Labour University Working Papers, No. 6, http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_dialogue/---actrav/documents/publication/wcms_115075.pdf; letzter Zugriff: 27.12.2013 | **Herr, H./Kazandziska, M.** (2011): Principles of Minimum Wage Policy – Economics, Institutions and Recommendations, Working Paper No. 11, International Labour Office, Geneva, http://www.global-labour-university.org/fileadmin/GLU_Working_Papers/GLU_WP_No.11.pdf; letzter Zugriff: 27.12.2013 | **Hirsch, B. T./Kaufman, B. E./Zelenska, T.** (2011): Minimum Wage Channels of Adjustment, IZA DP No. 6132, http://www2.gsu.edu/~ecobth/IZA_HKZ_MinWageCoA_dp6132.pdf; letzter Zugriff: 27.12.2013 | **Hirway, I.** (2006): Enhancing Livelihood Security through the National Employment Guarantee Act – Toward Effective Implementation of the Act, The Levy Economics Institute of Bard College, Working Paper No. 437, http://www.levyinstitute.org/pubs/wp_437.pdf; letzter Zugriff: 27.12.2013 | **JG** (2013): Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Gegen eine rückwärtsgewandte Wirtschaftspolitik, Paderborn | **Kregel, J.** (1975): The Reconstruction of Political Economy – An Introduction to Post-Keynesian Economics, London and Basingstoke | **Lang, K./Kahn, S.** (1998): The Effect of Minimum-Wage Laws on the Distribution of Employment: Theory and Evidence, in: Journal of Public Economics, Vol. 69, Issue 1, S. 67-82 | **Machin, S. J./Wilson, J.** (2004): Minimum Wages in a Low-Wage Labour Market: Care Homes in the UK, in: The Economic Journal, Vol. 114, Issue 494, S. C102-C109 | **Manning, A.** (2012): Minimum Wage: Maximum Impact, Resolution Foundation, London, <http://www.resolutionfoundation.org/media/media/downloads/MinimumWageMaximumImpact.pdf>; letzter Zugriff: 27.12.2013 | **Minsky, H. P.** (1965): The Role of Employment Policy, in: Gordon, M. S. (ed.), Poverty in America, San Francisco, S. 175-200

Minsky, H. P. (1968): Effects of Shifts of Aggregate Demand upon Income Distribution, in: American Journal of Agricultural Economics, Vol. 50, No. 2, S. 328-339 | **Minsky, H. P.** (1973): The Strategy of Economic Policy and Income Distribution, Hyman P. Minsky Archive, Paper 353, http://digitalcommons.bard.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=1352&context=hm_archive; letzter Zugriff: 27.12.2013 | **Minsky, H. P.** (1986): Stabilizing an Unstable Economy, New Haven and London | **Minsky, H. P.** (1987): Once More the Minimum Wage, Hyman P. Minsky Archive, Paper 295, http://digitalcommons.bard.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=1294&context=hm_archive; letzter Zugriff: 27.12.2013 | **Mitchell, W. F.** (1998): The Buffer Stock Employment Model and the NAIRU: The Path to Full Employment, in: Journal of Economic Issues, Vol. 32, No. 2, S. 547-555 | **Mitchell, B.** (2012): Productivity and the response of firms to the business cycle, <http://bilbo.economicoutlook.net/blog/?p=20323>; letzter Zugriff: 27.12.2013 | **Mitchell, W./Muysken, J.** (2008): Full Employment Abandoned – Shifting Sands and Policy Failures, Cheltenham | **Mosler, W.** (1997-98): Full Employment and Price Stability, in: Journal of Post Keynesian Economics, Vol. 20, No. 2, S.167-182 | **Neumark, D./Wascher, W.** (2006): Minimum Wages and Employ-

ment: A Review of Evidence from the New Minimum Wage Research, NBER Working Paper 12663, Cambridge, http://www.nber.org/papers/w12663.pdf?new_window=1; letzter Zugriff: 27.12.2013 | **Neumark, D./Wascher, W.** (2007): Minimum Wages and Employment, in: Foundations and Trends in Microeconomics, Vol. 3, Issue 1-2, S. 1-182 | **OECD** (2006): OECD Employment Outlook – Boosting Jobs and Incomes, Paris | **Robinson, J./Eatwell, J.** (1973): An Introduction to Modern Economics, London/New York | **Schmitt, J.** (2013): Why Does the Minimum Wage Have No Discernible Effect on Employment?, Center for Economic and Policy Research, Washington, <http://www.cepr.net/documents/publications/min-wage-2013-02.pdf>; letzter Zugriff: 27.12.2013 | **Stewart, M. B.** (2004): The Impact of the Introduction of the UK Minimum Wage on the Employment Probabilities of Low-Wage Workers, in: Journal of the European Economic Association, Vol. 2, Issue 1, S. 67-97 | **Shapiro, C./Stiglitz, J. E.** (1984): Equilibrium Unemployment as a Worker Discipline Device, in: The American Economic Review, Vol. 74, No. 3, S. 433-444 | **Stigler, G. J.** (1946): The Economics of Minimum Wage Legislation, in: The American Economic Review, Vol. 36, No. 3, S. 358-365 | **Straubhaar, T.** (2013): Die vielen Falltüren des gesetzlichen Mindestlohns, in: Die Welt, 22.10.13, <http://www.welt.de/wirtschaft/article121107357/Die-vielen-Falltueren-des-gesetzlichen-Mindestlohns.html>; letzter Zugriff: 27.12.2013 | **Tcherneva, P./Wray, L. R.** (2005): Gender and the Job Guarantee: The Impact of Argentina's Jefes Program on Female Heads of Poor Households, Center for Full Employment and Price Stability, Working Paper No. 50, <http://www.cfeps.org/pubs/wp-pdf/WP50-Tcherneva-Wray.pdf>; letzter Zugriff: 27.12.2013 | **Van Reenen, J./Draca, M./Machin, S. J.** (2006): Minimum Wages and Firm Profitability, CEPR Discussion Paper No. 5456 | **Wray, L. R.** (1998): Understanding Modern Money – The Key to Full Employment and Price Stability, Cheltenham | **Wray, L. R.** (2012): Modern Money Theory – A Primer on Macroeconomics for Sovereign Monetary Systems, Houndmills, Basingstoke

UNSERE STADT!

JÜDISCHES MUSEUM WIEN





UNSERE STADT!

JÜDISCHES MUSEUM WIEN



Stadtkultur, Fußgänger & Zero



Hanno Rauterberg WIR SIND DIE STADT!

Unter Schlagworten wie DIY-Urbanismus, Guerilla Gardening oder City Crowdsourcing kündigt sich nichts Geringeres als ein gesellschaftlicher Wandel an: Gegen die Ökonomie der selbstsüchtigen Herzen setzen viele der urbanistischen Bewegungen einen Pragmatismus der Anteilnahme und des Teilens. Rauterberg beleuchtet, warum gerade die Digitalmoderne eine neue, unvermutete Stadtkultur befördert.

SUHRKAMP, 159 Seiten, 12,40 Euro



Johann-Günther König ZU FUSS

Millionen Jahre war der Mensch nur zu Fuß unterwegs und 1900 Jahre fast nur zu Fuß; heutzutage aber bewegt er sich unseren Breiten kaum noch so fort – Zeit für eine Kulturgeschichte der Mobilität aus Fußgängerperspektive beginnend mit dem aufrechten Gang, ausschreitend

über die Völkerwanderungszeit und nichthaltmachend beim Spaziergehen oder Wandern.

RECLAM, 240 Seiten, 11,90 Euro



Rahel Jaeggi KRITIK VON LEBENSFORMEN

Fragen nach der Art und Weise, in der wir unser Leben führen, werden in den Bereich nicht weiter hinterfragbarer Präferenzen oder als unhintergebar gedachter Identitätsfragen ausgelagert. Aber: Lassen sich Lebensformen kritisieren?

Lässt sich über Lebensformen sagen, sie seien gut, geübelt oder gar rational? Rahel Jaeggi meint: Über Lebensformen lässt sich tatsächlich mit Gründen streiten.

SUHRKAMP, 451 Seiten, 20,60 Euro



Elisabeth Bronfen HOLLYWOODS KRIEGE

In ihrer Analyse zentraler Film-Klassiker von »All quiet on Western Front« bis zu den aktuellen Produktion wie »Flags of our Fathers« gelingt es Elisabeth Bronfen, Hollywood als zentralen Ort zu dechiffrieren, an dem die großen nationalen Erzählungen in Umlauf gebracht werden, damit das Publikum sich auf Phantasien, Ideologien und Ängste einlassen und sich dem wechselnden politischen Klima anpassen kann.

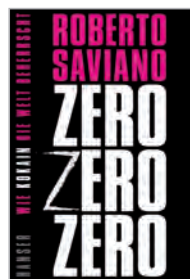
S. FISCHER, 528 Seiten, 23,70 Euro



Jürgen Kaube MAX WEBER

Max Weber leidet an der zeittypischen »Nervenkrankheit«, arbeitet wie besessen und vollendet dennoch kaum ein Buch; selbst sein Hauptwerk »Wirtschaft und Gesellschaft« erscheint erst posthum. Seine Bedeutung als Soziologe und Volkswirt, Historiker und Jurist ist unumstritten – seine Aufsätze haben Generationen von Akademikern und Politikern beeinflusst –, aber was prägte ihn selbst, was trieb ihn an?

ROWOHLT BERLIN, 495 Seiten, 27,80 Euro



Roberto Saviano ZERO ZERO ZERO

Sieben Jahre nach dem Welterfolg von »Gomorra« legt Roberto Saviano eine Reportage über Kokain vor. Er beleuchtet die Weltmacht Kokain, einer der lukrativsten Geschäftszweige überhaupt. Nach Europa werden jährlich aus den Anbauländern der Anden 150 bis 170 Tonnen Kokain geschmuggelt. Der Europäische Drogenbericht 2013 zeigt, dass Kokain »das am häufigsten konsumierte illegale Stimulans in Europa« ist.

HANSER, 480 Seiten, 25,60 Euro

Familien, Feste & eine Mutter



Fabian Hischmann
AM ENDE SCHMEISSEN
WIR MIT GOLD

Max ist seit kurzem Lehrer, aber das hat nichts daran geändert, dass er noch immer am liebsten lethargisch vor dem Fernseher herumhängt und Tierfilme schaut. Doch dann kommt der Anruf seiner Eltern: Er soll Haus und Hund hüten, während sie in Griechenland sind. Als er sich auf den Weg macht, ahnt er noch nicht, dass er von Süddeutschland weiter nach Kreta reisen wird.

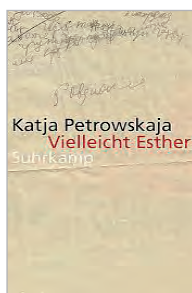
BERLIN VERLAG, 256 Seiten, 14,99 Euro



Per Leo
FLUT UND BODEN

In einer persönlichen Krise stürzt sich der angehende Historiker Per in die Erforschung der Vergangenheit seines Großvaters Friedrich. Aber erst als er Friedrich dessen vergeistigten Bruder Martin an die Seite stellt, gewinnt er ein Bild vom Glanz und Niedergang seiner Familie. In dem ihm immer fremd gebliebenen Nazi-Opa entdeckt er einen rebellischen jungen Mann, der uns viel näher ist, als uns lieb sein kann.

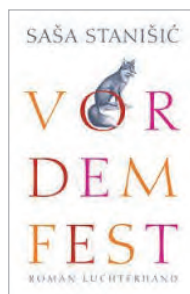
KLETT-COTTA, 352 Seiten, 22,70 Euro



Katja Petrowskaja
VIELLEICHT ESTHER

Die unabgeschlossene Familiengeschichte, die Katja Petrowskaja in kurzen Kapiteln erzählt, hätte ein tragischer Epochenroman werden können. Statt ihren Stoff episch auszubreiten, schreibt die Autorin von ihren Reisen zu den Schauplätzen, reflektiert über ein zersplittertes, traumatisiertes Jahrhundert und rückt Figuren ins Bild, deren Gesichter nicht mehr erkennbar sind.

SUHRKAMP VERLAG, 285 Seiten, 20,60 Euro



Saša Stanišić
VOR DEM FEST

Es ist die Nacht vor dem Fest im uckermärkischen Fürstenfelde. Das Dorf schläft. Bis auf den Fährmann – der ist tot. Und Frau Kranz, die nachtblinde Malerin, die ihr Dorf zum ersten Mal bei Nacht festhalten will. Ein Glöckner und sein Lehrling wollen die Glocken läuten, das Problem ist bloß: die Glocken sind weg. Eine Füchsin sucht nach Eiern für ihre Jungen, und Herr Schramm kann sich nicht entscheiden.

LUCHTERHAND, 320 Seiten, 20,60 Euro



Max Frisch
AUS DEM BERLINER JOURNAL

Als Max Frisch 1973 in der Berliner Sarrazinstraße eine neue Wohnung bezog, begann er, wieder ein Tagebuch zu führen, und nannte es Berliner Journal. Einige Jahre später betonte er in einem Interview, es handle sich dabei mitnichten um ein »Sudelheft«, sondern um ein »durchgeschriebenes Buch«. Neben Betrachtungen aus dem Alltag des Schriftstellers finden sich erzählende und essayistische Texte sowie Porträts.

SUHRKAMP, 235 Seiten, 20,60 Euro



Erich Hackl
DIESES BUCH GEHÖRT
MEINER MUTTER

»So weit ich zurückdenken kann, hat meine Mutter von der Welt ihrer Kindheit und Jugend erzählt«, schreibt Erich Hackl im Nachwort zu diesem poetischen, innigen Lebensbild. »Ich bin nun, nach ihrem Tod, darangegangen, mich dieser Welt zu versichern, sie mit ihrem Blick und in ihren Worten wahrzunehmen, und deshalb gehört dieses Buch meiner Mutter.«

DIOGENES, 128 Seiten, 18,40 Euro

1. <http://www.andreas-unterberger.at/2014/02/versohnung-tut-not-aber-bitte-richtig/#sthash.LVpjKripJ5aTbPpf.dpbs>
2. <http://diepresse.com/home/meinung/gastkommentar/1560940/Die-drei-Fehler-im-Blick-auf-den-12-Februar>
3. <http://derstandard.at/1389859705748/Unser-Held-der-Terrorist>
4. <http://www.profil.at/articles/1405/980/372252/reinhold-lopatka-dollfuss-bild-oevp-klub>
5. Goldinger (Hrsg), Protokolle des Klubvorstands der Christlichsozialen Partei 1932–1934 (1980) 212.

Eine geschichtspolitische Wende?

Die gemeinsame Kranzniederlegung der Regierungsspitze anlässlich des 80. Jahrestages des 12. Februars 1934 wurde medial als geschichtspolitisches Umdenken in der ÖVP interpretiert. Zu Recht? Dass die Regierungsspitze erstmals seit 50 Jahren den Februarereignissen wie 1964 gemeinsam gedachte, wurde auch als Zeichen des Umdenkens – vor allem in der ÖVP – gedeutet.

Die Mahner wider die linke Weltverschwörung ließen nicht lange auf sich warten, um davor zu warnen, dass die »in Selbstauflösung befindliche ÖVP« (Andreas Unterberger) zeitgeschichtlich kapituliere¹. Das hängt wohl auch damit zusammen, dass die gleichzeitig schonungslos enttarnten »30 Jahre ideologisch einseitiger Besetzung von Planstellen im Fach Zeitgeschichte«² (Gudula Walterskirchen) die traditionell-skurille Geschichtsumdeutung der rechtskonservativen Hardliner – die Linke sei gewalttätig und vaterlandsverräterisch gewesen und Dollfuß sei der »Diktatur des Proletariats« nur knapp zugekommen – zu Beginn des 21. Jahrhunderts schwer vertretbar macht.

Andreas Khol bemühte sich rund um die Gedenktage 2014 um rhetorische Kompromisse: Im Gegensatz zum aktuellen ÖVP-Klubobmann erkannte er in der Ausschaltung des Parlaments im März 1933 einen Putsch. Der diktatorische Ständestaat sei im Februar 1934 Täter, die Sozialdemokratie Opfer gewesen.³ Auch wenn das manchen schon zu weit ging, betreibt Khol dabei nur taktisch kluge Frontbeogradung. Denn der eigentliche Dollfuß-Mythos bleibt von diesen »Zugeständnissen« unberührt: Dollfuß' Handeln sei vom Kampf gegen die Nazis bestimmt gewesen. Auch Reinhold Lopatka erkannte neben den »dunklen Seiten« Dollfuß' die Schokoladenseite des Kanzlers darin, dass er an dieses Österreich zu einem Zeitpunkt glaubte, als viele den Glauben schon aufgegeben hatten ... »Dafür bezahlte er mit seinem Leben.«⁴

Es ist schade, dass sich die ÖVP auch 80 Jahre nach den Februarereignissen die traurige Wahrheit nicht zumuten will:

Dass Dollfuß seinen Hauptfeind nicht in den Nazis, sondern in der Sozialdemokratie sah; dass er die Nazis nicht aus politischer Überzeugung, sondern aus taktischen Erwägungen bekämpfte; und dass unabhängig von seinen subjektiven Motiven, die Beseitigung der Demokratie und die außenpolitische Anlehnung an das faschistische Italien der Machtübernahme der Nazis objektiv den Weg geebnet hat. Es ist Dollfuß' persönliche Tragödie, dass er selbst Opfer der Nazis und damit auch seiner falschen Erwartung wurde, die »braune Welle... nur auffangen« zu können, »wenn wir das, was die Nazi versprechen,... selber machen«.⁵

80 Jahre danach besteht ein durchaus verständliches Bedürfnis der veröffentlichten Meinung, zu einer gemeinsamen Erzählung zu kommen und dabei klare Verantwortlichkeiten zugunsten diffuser Vorwürfe an alle Lager aufzulösen. Dem entgegenzutreten ist keineswegs Rechthaberei. Es ist vielmehr so, dass man aus der Geschichte nur lernen kann, wenn man die Zusammenhänge ihres Verlaufs erkennt, statt sie zu verschleiern. Der Versuch der Christlichsozialen und ihrer Bündnispartner, »den Nationalsozialismus in Österreich [zu] schlagen, indem wir ihn überhitlern« (Odo Neustädter-Stürmer) ist kolossal gescheitert. Die Annahme der bürgerlichen Rechten, die Verfassung könne nach machtpolitischen Erwägungen gebeugt und gebrochen werden, führte – ebenso wie in Deutschland – in die Katastrophe.

Diese Lehren sind angesichts des Erstarkens rechtsextremer Parteien in Europa und des eigenwilligen Umgangs mit EU-Verfassungsgrundlagen, wenn die Finanzmärkte dies zu verlangen scheinen, von durchwegs aktueller Bedeutung. Sie machen es lohnend, auch 80 Jahre danach die Diskussion – sachlich und ohne persönliche Ressentiments – fortzuführen.



LUDWIG DVOŘÁK

ist geschäftsführender Chefredakteur der Zukunft.

